Plenarprotokoll 18 / **16**
5.11.2026

Landtag von Baden-Württemberg

16. Sitzung **18. Wahlperiode**

Stuttgart, Donnerstag, 5. November 2026 • Haus des Landtags

Beginn: 9:41 Uhr | Mittagspause: 12:46 bis 14:02 Uhr | Schluss: 16:25 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 585

Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Bernhard Pepperl. 585

Abg. Sandro Scheer AfD (zur Geschäftsordnung) 585
Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 586

Beschluss. 586

1. Aktuelle Debatte – **Eine Generation erhebt die Stimme – nehmen wir sie ernst!** – beantragt von der Fraktion der SPD 586

   Abg. Sascha Binder SPD 586, 594
   Abg. Berat Gürbüz GRÜNE 587, 596
   Abg. Dr. Tim Breitkreuz CDU. 589
   Abg. Emely Knorr AfD 591
   Minister Oliver Hildenbrand 592
   Abg. Christian Schäfer AfD. 595

2. Aktuelle Debatte – **15 Jahre Enttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) – Mahnung für ein entschlossenes Vorgehen gegen Rechtsterrorismus** – beantragt von der Fraktion GRÜNE. 596

   Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE 596, 606
   Abg. Christian Gehring CDU. 597
   Abg. Chris Hegel AfD 599
   Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 601
   Minister Manuel Hagel 603

3. **Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 18. Bundesversammlung**. 607, 611

   Abg. Miguel Klauß AfD (zur Geschäftsordnung) . . 607

4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes** – Drucksache 18/741

   Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat – Drucksache 18/831. 608

   Abg. Martina Braun GRÜNE. 609
   Abg. Stefanie Wernet CDU 609
   Abg. Bernhard Eisenhut AfD. 610
   Abg. Viviane Sigg SPD 610
   Ministerin Marion Gentges 611

   Beschluss 611

5. **Fragestunde** – Drucksache 18/763

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – **Silvesterkrawalle im Mannheimer Stadtteil Schönau** 612

   Abg. Dr. Boris Weirauch SPD. 612, 613
   Staatssekretär Reiner Moser 612, 613

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – **Kostenloses Mittagessen in Mannheimer Startchancen-Schulen**. 613

   Abg. Dr. Boris Weirauch SPD. 613, 614
   Staatssekretär Andreas Deuschle. 614, 615
   Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD. 615

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Stephan Schwarz AfD – **Prävention von Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg** 615

   Abg. Stephan Schwarz AfD. 615
   Staatssekretärin Petra Krebs 616

5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Peter Hörner AfD – **Coronahilfen für die TSG Balingen** ... 617

Abg. Hans-Peter Hörner AfD 617, 618
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut .. 617, 618

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Peter Hörner AfD – **Entwicklung der Schülerzahlen an Privatschulen: Stichtagsmeldung** 618

Abg. Hans-Peter Hörner AfD 618
Staatssekretär Andreas Deuschle..... 618, 619

5.6 Mündliche Anfrage der Abg. Silke Gericke GRÜNE – **Weiterentwicklung der Erstaufnahmestruktur im Raum Stuttgart und Ludwigsburg** 619

Abg. Silke Gericke GRÜNE 619
Staatssekretär Siegfried Lorek..... 619

6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – **Gesetz zur Ordnung des Dienstrechts der Beamtinnen und Beamten des Landtags von Baden-Württemberg** – Drucksache 18/836 620

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE 620, 624
Abg. Winfried Mack CDU..... 621
Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD 622
Abg. Dennis Klecker AfD 623

Beschluss 625

7. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – **Was unternimmt die Landesregierung gegen Rechtsextremismus?** – Drucksache 18/253..... 625

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 625
Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE 627
Abg. Lorenzo Saladino CDU..... 628
Abg. Chris Hegel AfD 629
Staatssekretär Reiner Moser..... 630

8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – **Perspektive für den weiteren Ausbau der Windkraftnutzung im Land** – Drucksache 18/275..... 632

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 632
Abg. Clara Schweizer GRÜNE 633
Abg. Dr. Maximilian Menton CDU 634
Abg. Andreas Grammel AfD 636
Ministerin Thekla Walker..... 637

Beschluss 639

9. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 18/613

10. **Kleine Anfragen** 639

Beschluss..... 639

Nächste Sitzung 639

Anlage 1
Vorschlagsliste Nr. 1 – Vorschlag der Fraktion GRÜNE für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung..... 640

Anlage 2
Vorschlagsliste Nr. 2 – Vorschlag der Fraktion der CDU für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung..... 642

Anlage 3
Vorschlagsliste Nr. 3 – Vorschlag der Fraktion der AfD für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung..... 645

Anlage 4
Vorschlagsliste Nr. 4 – Vorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung..... 647

Protokoll

über die 16. Sitzung vom 5. November 2026

Beginn: 9:41 Uhr

Präsident Thomas Strobl: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen.

Damit eröffne ich die 16. Sitzung des 18. Landtags von Baden-Württemberg.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt: Frau Ministerin Schopper, Herr Staatssekretär Hoogvliet und bis 11:15 Uhr Frau Staatssekretärin von Loga.

Außerdem entschuldigt sind Herr Minister Dr. Bayaz und Frau Staatssekretärin Erikli sowie Herr Abg. Fink, der an einer Sitzung des Jahresforums der EU-Donauraumstrategie in Sofia, Bulgarien, teilnimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abg. Dr. Pepperl hat heute Geburtstag. Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich ihm herzlich dazu und wünsche alles Gute.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, zu Punkt 4 der Tagesordnung – Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG), Drucksache 18/741 – ist den Fraktionsgeschäftsstellen gestern die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat zugegangen, die auch auf Ihren Tischen liegt. Damit der Gesetzentwurf heute in zweiter Lesung beraten werden kann, bedarf es nach § 50 Satz 3 in Verbindung mit § 45 Absatz 1 der Geschäftsordnung einer Fristverkürzung. Mir ist mitgeteilt worden, dass sich die Fraktionen auf eine Fristverkürzung verständigt haben. – Das ist korrekt. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich sehe, dass die AfD-Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag hat, und erteile Herrn Abg. Scheer das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Sandro Scheer AfD: Herr Präsident! Ich beantrage für die Fraktion der AfD, die Tagesordnung zu ändern und folgende Wahlen auf die Tagesordnung zu setzen:

Erstens: Wahl des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung.

Zweitens: Wahl der Vertreter des Landtags in den Beirat des Linden-Museums Stuttgart.

Drittens: Wahl von Vertretern des Landtags für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Viertens: Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretungen in den Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien Karlsruhe (ZKM) auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Fünftens: Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Sechstens: Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Siebtens: Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Achtens: Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Neuntens: Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Zehntens: Wahl der parlamentarischen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat auf Vorschlag der Fraktion der AfD.

Ich möchte das wie folgt begründen: Zu all diesen Gremien wurden die Vertreter der AfD nicht gewählt. Damit wird unser Vorschlagsrecht entwertet. Diese Plätze stehen uns nach Stärke zu. Das Gebot der Spiegelbildlichkeit gilt für alle Fraktionen, auch für meine.

Wer uns aus dem Parlamentarischen Kontrollgremium, dem SWR-Rundfunkrat und der Landeszentrale sowie den Aufsichtsgremien heraushält, schließt über eine Million Wähler von der parlamentarischen Kontrolle aus.

Eine nicht vollzogene Wahl muss wiederholt werden. Ich bitte Sie hier um Zustimmung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Mit diesem Geschäftsordnungsantrag aus der AfD-Fraktion ist eine Geschäftsordnungsdebatte eröffnet. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lede Abal für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den Geschäftsordnungsantrag der AfD-Fraktion ab.

(Zurufe von der AfD: Wie überraschend!)

Wahlen, die nicht vollzogen wurden, werden wiederholt – in der Tat –, aber eben nicht in jeder Sitzung.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Warum nicht?)

Das wird turnusgemäß wieder nachgeholt, aber dies

(Abg. Miguel Klauß AfD: Was heißt „turnusgemäß“? Alle fünf Jahre, oder was?)

eben zu einem späteren Zeitpunkt. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Gibt es zur Geschäftsordnung weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer möchte zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass ohne Enthaltungen und bei Zustimmung der AfD-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt ist.

(Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Sie haben heute in der Mittagspause der Plenarsitzung die Gelegenheit, der Ausstellungseröffnung des bewegten künstlerischen Baden-Württemberg-Puzzles des Landesverbands der Kunstschulen Baden-Württemberg beizuwohnen. Zu Beginn der Mittagspause wird das Puzzle mit einer künstlerischen Darbietung in der Eingangshalle des Landtags eröffnet. Die durch verschiedene Jugendkunstschulen im ganzen Land gestalteten 47 Einzelteile werden dann zu einer begehbaren Interpretation unseres Landes Baden-Württemberg zusammengefügt.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie durch Ihr zahlreiches Erscheinen den jungen Künstlerinnen und Künstlern die entsprechende Aufmerksamkeit für ihr Projekt zukommen lassen. Im Übrigen ist auch für einen kleinen Imbiss gesorgt. Die Ausstellung ist noch bis zum 13. November in der Eingangshalle zu sehen. Ich möchte Ihnen also unsere jungen Künstlerinnen und Künstler anempfehlen, insbesondere in der heutigen Mittagspause.

Damit treten wir gemeinsam in die vorgesehene Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte – Eine Generation erhebt die Stimme – nehmen wir sie ernst! – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erhält der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war uns wichtig, dass sich der Landtag, dieses Parlament, nicht nur wegen der Demonstrationen am vergangenen Wochenende, sondern wegen der drängenden Themen, die die junge Generation in diesen Tagen besonders beschäftigen, mit diesen Forderungen und auch mit diesen Zukunftsängsten beschäftigt.

Nun gibt es nicht die Möglichkeit, im Rahmen einer Plenarsitzung Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich hier zu äußern. – Nur die Ruhe, wir haben auch nicht vor, daran etwas zu ändern. Aber wir haben heute einen anderen Weg gewählt: Wir haben junge Menschen, die sich jeden Tag in politischen Organisationen, in Schülermitverantwortungen, in Jugendbeiräten für die Zukunft dieses Landes, für bessere Bedingungen an den Schulen, für bessere Lebensbedingungen hier in diesem Land engagieren, die sich für ihre Generation nicht nur am letzten Samstag, sondern ständig und dauerhaft einsetzen, in den Landtag eingeladen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dieser Generation und diesen Engagierten herzlichen Dank zu sagen für ihr und euer Engagement für die Jugend in diesem Land.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Tagen wurde fast ausschließlich über die Sicherheitslage am vergangenen Wochenende gesprochen. Ich möchte Ihnen sagen: Ich bin sehr dankbar sowohl denen gegenüber, die die Demonstrationen positiv begleitet haben, die ihren Willen damit zum Ausdruck gebracht haben, als auch gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in diesem Land, die dafür gesorgt haben, dass es deutlich friedlicher ablief als in Frankreich und andernorts in Deutschland, wie wir es auf den Bildern gesehen haben.

All denjenigen Beamtinnen und Beamten, die am Wochenende Verletzungen davongetragen haben, danken wir für ihre Arbeit. Herr Innenminister, richten Sie im Namen des ganzen Landtags beste Genesungswünsche aus.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD)

Ich möchte heute nicht viele Äußerungen zum Versammlungsrecht machen. Ich hoffe nur, dass alle, die sich in diesen Tagen zum Versammlungsrecht äußern, wissen, was das Versammlungsrecht ist und welche Aufgabe der Staat, das Gewaltmonopol des Staates hat, nämlich Versammlungen zu sichern, die Versammlungsfreiheit zu ermöglichen.

(Sascha Binder)

Ich wünsche all denen, die Mitte November wieder auf die Straße gehen, dass andere Gruppen, dass diejenigen, die sich nicht mit den Forderungen von Gen Z gemein machen, diese Demonstrationen nicht für ihre Zwecke nutzen, sondern der Jugend ihre Stimme und ihre Forderungen lassen. Denn darauf kommt es bei diesen Demonstrationen an. Es sollte keine Trittbrettfahrer geben. Respekt vor der Jugend bedeutet vielmehr, ihnen ihre Demonstrationen zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das sind Forderungen, mit denen wir uns hier in diesem Parlament auseinandersetzen müssen. Denn wir haben die Aufgabe, heute Entscheidungen zu treffen, die für die Zukunft wichtig sind. Es geht in dem zentralen Positionspapier der Gen Z um kaputte Schulen und Sparkurse. Es geht um die Frage, wie viel Geld wir in funktionierende Schulen investieren wollen, jedoch nicht nur in Schulbauten. Vielmehr geht es auch um die Frage, ob es wirklich so sein darf wie an einer Schule in Baden-Württemberg, in der, wie wir in dieser Woche im SWR gehört haben, ein Jahr lang kein Matheunterricht stattgefunden hat. Ich bin ehrlich: Ich weiß gar nicht, ob ich mich als Schüler so sehr darüber geärgert hätte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber die junge Generation ist deutlich klüger, als ich es damals vielleicht war. Wenn ein Land wie Baden-Württemberg es zulässt, dass ein Jahr lang kein Mathematikunterricht stattfindet – die Rede ist also nicht von einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Nebenfach, sondern von einem Hauptfach, im Übrigen einem Fach, bei dem Baden-Württemberg im PISA-Vergleich ständig schlecht abschneidet –, dann darf das in Zukunft nicht mehr passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, es geht auch um steigende Lebenshaltungskosten. Was kostet es für die junge Generation, in diesem teuren Land Baden-Württemberg zu leben, was kostet es für Studierende, hier zu wohnen?

(Abg. Anton Baron AfD: Studenten!)

Studierende müssen in Baden-Württemberg im Durchschnitt 500 € pro Monat zahlen, um dort zu studieren, wo sie studieren wollen, um dort zu studieren, wo sie ihre Zukunft sehen.

Allzu oft hängt es eben doch vom Geldbeutel ab, ob man in der einen oder anderen Stadt, an der einen oder anderen Universität studieren kann. Darauf darf es im Interesse der Jugend nicht mehr ankommen. Wir müssen in diesem Land mehr Leistung ermöglichen und dafür sorgen, dass es nicht auf die Herkunft ankommt, sondern darauf, wo die junge Generation hinwill, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Binder, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Renner von der CDU-Fraktion?

Abg. Sascha Binder SPD: Keine Zwischenfrage. – Es geht auch um ungerechte Lastenverteilung, um die Frage, ob stärkere Schultern in diesem Land wirklich mehr tragen als schwächere Schultern. Und ja, da können wir in diesem Parlament einen Beitrag leisten, wenn wir darüber reden, ob es in diesem Land attraktiv ist, Familien zu gründen, ob das gerade auch angesichts des Fachkräftemangels richtig ist –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Eine Lüge! Fachkräftemangel gibt es nicht!)

das ist übrigens auch ein Thema, mit dem sich Gen Z beschäftigt –, ob es richtig ist, von jungen Familien weiterhin hohe Gebühren für die Kita zu erheben.

Aber es geht natürlich auch um Lastenverteilung, wenn es um Steuerfragen, um Substanz, um Erbschaft- und um Vermögensteuer geht. Es geht darum, ob wir es schaffen, dass dieses Land gerechter wird und dass stärkere Schultern letztlich wirklich mehr tragen als schwache, um dieser jungen Generation eine gute Zukunft zu bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Und ja, wir haben auch Aufgaben. Deshalb ist es auch gut, dass Sie, Herr Sozialminister, nachher sprechen. Auch geht es um die Frage der seelischen Gesundheit, um die Frage, ob sich Schülerinnen und Schüler an der Schule wohlfühlen, ob sie bei all den Herausforderungen, die ihr Leben mit sich bringt, lernen können. Daher ist es wichtig, dass das Land dafür sorgt, dass Schulsozialarbeit in diesem Land nicht den Kommunen allein überlassen wird. Es ist wichtig, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden, die Schulsozialarbeit in diesem Land zu sichern, und damit dauerhaft auch die Zusage machen, dass Schulsozialarbeit der Kommunen jetzt in diesen Haushaltsverhandlungen nicht abgebaut wird. Vielmehr müssen Sie dafür sorgen, dass Schulsozialarbeit so gut ausgestattet ist, wie es jetzt der Fall ist. Noch besser wäre es, sie auszubauen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Gürbüz zu seiner ersten Rede hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg das Wort.

(Beifall bei den Grünen)

Abg. Berat Gürbüz GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kindern und Jugendlichen begegnen oft folgende Sätze: Ene, mene, muh und raus bist du! Bist du jung, dann hör gut zu. Halt dich zurück, und gib schön Ruh. Willst du für die Zukunft streiten, sollst du bloß keinen Ärger bereiten.

Das ist eine Realität von jungen Menschen. Und zuletzt, bei den Demonstrationen von Gen Z, die am Wochenende stattgefunden haben, haben wir mal wieder bitter vor Augen geführt bekommen, was junge Menschen wollen, wie es jungen Menschen geht. Sie wollen ganz einfach gehört und gesehen werden.

Und ganz ehrlich: Ich verstehe das. Ich verstehe die Wut, die dahinter steckt. Ich verstehe die Ängste, ich verstehe die Sorgen. Ich denke, das tun viele hier in diesem Raum. Auch deswegen setzen wir uns jeden Tag für junge Menschen ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Berat Gürbüz)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin selbst Teil dieser Gen Z. Mit 24 Jahren hier im Landtag sitzen zu dürfen, ist eine unglaublich große Ehre, ist ein unglaublich großes Privileg. Wenn Sie mal nach links oder rechts schauen, sehen Sie, dass es nicht selbstverständlich ist, dass auch junge Menschen hier im Parlament sitzen. Es ist auch nicht wichtig, dass hier überall junge Menschen sitzen, denn es macht sowohl die Erfahrung als auch der frische Wind – es braucht beides. Deswegen bin ich froh, dass dieser Landtag seit der letzten Legislatur jünger geworden ist. Aber wir haben noch Aufholbedarf. Auch da zeigt die Regierungskoalition, dass wir dransitzen und uns dranmachen.

Sie kennen den Satz: „Ach, die Jugend von heute, sie wollen doch alle nicht mehr arbeiten, sind eher unfleißig“, und sie müssen sich sowieso immer wieder anhören, dass sie respektlos seien. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht wundern, wenn junge Menschen das Gefühl bekommen, nicht gehört zu werden, wenn es das ist, was sie die ganze Zeit hören. Diese Generation hat eine Pandemie erlebt, hat wieder Krieg in Europa erlebt und eine Klimakrise

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

verbunden mit steigenden Lebenshaltungskosten. Und jetzt diskutiert die Bundesregierung wieder darüber, ob die Wehrpflicht zurückkommen soll.

Meine Damen und Herren, ich verstehe das, was junge Menschen auf die Straßen treibt. Ich denke, wir alle tun das. Eine neue Umfrage hat auch gezeigt, dass ein Großteil der Bevölkerung versteht, wie es jungen Menschen geht. Gleichzeitig sollen junge Menschen Arbeit leisten, gute Abschlüsse machen, Leistung erbringen, unsere Wirtschaft stärken, die Renten finanzieren. Das sind alles Dinge, wo sie unglaublich viel Verantwortung übernehmen müssen. Gleichzeitig stellt sich diese Generation dann aber auch die Frage: „Was dürfen wir eigentlich noch erwarten?“ Das war auch einer der Anlässe, aus denen junge Menschen auf die Straßen gegangen sind.

Ganz ehrlich: Warum stellen sie sich diese Frage? Arbeitsplätze sind durch KI gefährdet, unser Klima, unsere Artenvielfalt droht immer weiter zu schrumpfen. Das sind berechtigte Sorgen junger Menschen. Was wurde denn aus dem Spruch „Schaffe, schaffe, Häusle baue“? Das war über die letzten Jahre ein Versprechen, das sich für junge Menschen heute finanziell fast gar nicht mehr erfüllt. Sie schaffen, sie zahlen ihre Studiengebühren, sie machen eine erste Ausbildung, verdienen ihr eigenes Geld, und was bleibt? Eine verlässliche Perspektive? Eher weniger.

Auch deswegen müssen wir hier in diesem Hohen Haus uns jeden Tag die Frage stellen: Wo können wir jungen Menschen wieder eine Perspektive aufzeigen? Wir dürfen nicht damit weitermachen, in Amtszeiten zu denken. Da bin ich auch unserem ehemaligen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann sehr dankbar, dass er mit der Politik des Gehörtwerdens gerade hier in Baden-Württemberg ein wirkliches Markenzeichen gesetzt hat. Das gilt auch für die Jugend: Ihr werdet gehört.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Viviane Sigg SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört aber auch: Baden-Württemberg hat bereits viel für junge Menschen auf den Weg gebracht. Um einmal ein Beispiel aufzuzeigen – Herr Binder, Sie haben es vorhin schon angesprochen –: Sie haben junge Menschen, die sich engagieren, heute hier in den Landtag eingeladen. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, weil das genau der richtige Weg ist.

Was haben wir in Baden-Württemberg über die letzten Jahre aufgebaut? Wir haben den Landesjugendbeirat, den Landesschülerbeirat, wir haben den Jugendrat für Klima & Nachhaltigkeit. Wir haben das Landesjugendforum mit der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung, daneben noch die Jugendgemeinderäte durch § 41a der Gemeindeordnung. Seit Neuestem haben wir hoffentlich auch bald einen Jugendberaterkreis beim Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren, es ist unglaublich viel, was Baden-Württemberg hier schon für junge Menschen leistet. Da bin ich unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar. Lieber Cem, lieber Herr Özdemir, ich bin Ihnen da sehr dankbar,

(Heiterkeit bei den Grünen)

dass Sie sich für junge Menschen einsetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Sie merken, das ist meine erste Rede. Da steigt natürlich die Nervosität.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Güte, was machen wir alles für junge Menschen! Damit aber nicht genug. Allein über 150 Jugendkonferenzen, die im letzten Schuljahr stattgefunden haben, haben über 10 000 junge Menschen erreicht. Das ist einiges. Aber die Zahl von Gremien oder auch die Art und Weise, wie wir Neues schaffen, zeigt nicht, wie gut junge Menschen bei uns beteiligt werden. Um Gottes willen, nein.

Aber ich sage Ihnen auch aus meiner Erfahrung als ehemaliger Vorsitzender des Landesschülerbeirats: Baden-Württemberg ist da im Vergleich zu anderen Ländern wirklich gut dabei. Wir müssen jungen Menschen wieder Hoffnung geben, Perspektiven aufzeigen, sie an den Tisch nehmen und ihnen auch wieder etwas zutrauen. Ich meine, wir haben jungen Menschen ja auch am Wochenende schon sehr viel zugetraut, wenn man sich einmal ansieht, wie viele Barrikaden aufgestellt worden sind, wie sich die Läden teilweise abgeschottet haben. Warum trauen wir uns nicht auch zu, jungen Menschen Verantwortung zu übertragen? Wie sollen sie es sonst lernen?

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen, meine Damen und Herren, begrüße ich auch die Entscheidung des Kultusministers Jung, in vier Landkreisen sogenannte Schülerräte einzurichten. Da kann man vielleicht der Meinung sein, das braucht’s vielleicht auch gar nicht. Vielleicht funktioniert’s auch gar nicht. Aber wenn wir hier von der Politik von vornherein sagen: „Nee, das geht nicht, das machen wir aus den und den Gründen nicht“, ist das das falsche Signal. Wir müssen eher sagen: Wir testen es einfach mal, und vielleicht kommen junge Menschen dann selbst auf die Idee, dass es vielleicht die falsche Idee war.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

(Berat Gürbüz)

Aber es gilt, ihnen zumindest die Möglichkeit einzuräumen, ihnen die Chance zu geben, auch hier mitzubestimmen. Deswegen, Herr Jung, vielen herzlichen Dank, dass Sie das auch direkt aus den Protesten mitnehmen und sich mit jungen Menschen an einen Tisch setzen. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit nicht genug: Auch bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Auszubildende wurde im Jahr 2025 mit über 1 100 neuen Wohnungen gefördert. Wir stärken die berufliche Bildung. Sie haben es gestern gehört: Wir werden die Meisterprämie auf 3 000 € verdoppeln. Auch das ist ein wichtiges Signal für junge Menschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn wir können es uns nicht mehr leisten, junge Menschen zu verlieren. Gerade in unserer Volkswirtschaft wird jeder junge Mensch gebraucht. Jede Perspektive, die hier verloren geht, schadet uns auch volkswirtschaftlich.

Auch im Bereich Bildung tut sich einiges. So wurden beispielsweise die Mittel für den Schulbau und für Schulsanierungen im Vergleich zum Haushalt 2025/2026 mittlerweile verdoppelt. Genau das zeigt: Junge Menschen werden gehört. Wir nehmen das wahr.

Natürlich, wir können immer noch mehr machen. Auch der Koalitionsvertrag der beiden Regierungsfraktionen hat ja schon einiges in petto. Deswegen: Gutes braucht manchmal Zeit.

Wir müssen auch die psychische Gesundheit und mentale Gesundheit junger Menschen ernst nehmen, und zwar insbesondere dann, wenn es darum geht, sie zu beteiligen. Denn wenn wir es uns einmal überlegen, sehen wir: Jeder Bildungsabschluss und auch die beste Ausbildung bringen uns am Ende wenig, wenn junge Menschen auf der Strecke bleiben, wenn sie nicht rechtzeitig Hilfe bekommen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Generationenvertrag erneuern. Wir müssen jungen Menschen wieder das Gefühl geben, dass auch diese Generation ihre Lasten zu tragen hat, aber eben die Rechnung am Ende nicht allein bezahlt.

Auch da sehe ich die Perspektive: Unsere Regierung wird da viel tun. Ich bin auch dem Herrn Innenminister sehr dankbar für seine Reaktion auf die Proteste am Wochenende; denn das zeigt eben: Wir hören junge Menschen, wir sehen junge Menschen. Das muss auch ein Signal sein, das heute aus der Debatte gesendet wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eine Sache will ich aber schon noch mal betonen: die Ausschreitungen am Rande der Proteste. Ganz klar ist auch: Wer die Polizei angreift, wer unsere Polizisten bedroht, mit Gewalt agiert und Eigentum zerstört, den muss die volle Härte unseres Rechtsstaats treffen. Wer aber hier jetzt nur von Gewalt spricht und die Sorgen der friedlich demonstrierenden Jugendlichen ausblendet, der verfehlt hier die Debatte und den Kern davon.

Meine Damen und Herren, zum Schluss ist es mir wichtig, zu sagen, dass wir im Landtag von Baden-Württemberg geschlossen ein Zeichen an die Jugend senden: Wir hören euch, wir sehen euch, wir nehmen eure Anliegen ernst, und damit basta.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Gürbüz, zu Ihrer ersten Rede.

Für die CDU-Landtagsfraktion spricht nun der Kollege Dr. Breitkreuz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Tim Breitkreuz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier Punkte möchte ich heute ansprechen. Erstens: Gen Z. Die Kriege in Europa und Nahost bereiten über 62 % der jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren die größten Sorgen. 53 % fürchten die Folgen der Inflation, 50 % den Mangel an Wohnraum, 45 % die Folgen des Klimawandels.

Das sind Ergebnisse der aktuellen Trendstudie „Jugend in Deutschland 2026“. Es geht um Frieden, es geht um Sicherheit, es geht um Wohlstand, es geht um die Zukunft einer ganzen Generation.

Ich spreche bewusst von der ganzen Generation Z, von zwölf Millionen bis 13 Millionen Menschen in Deutschland, ja, von denen, die am letzten Samstag demonstriert haben, aber auch von denen, die nicht demonstriert haben. Ich spreche von einem Auszubildenden, der morgens um 6 Uhr in der Werkstatt steht, von der jungen Pflegekraft im Schichtdienst, vom Schüler, der um seinen Abschluss kämpft, von der jungen Mutter, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen möchte. Ihre Sorgen sind berechtigt, und ich kann sie nachvollziehen.

Wer heute 18 Jahre alt ist, erlebt bereits seit seinem 14. Lebensjahr einen brutalen Angriffskrieg mitten in Europa. Die Truppen eines wild gewordenen Diktators Putin bombardieren Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser Tag für Tag.

Natürlich macht das etwas mit den jungen Menschen in Deutschland. Wer heute 16 ist, fragt sich: Was kommt nach der Schule? Finde ich einen guten Ausbildungsplatz? Finde ich eine sichere Arbeit? Kann ich mir mit Leistung denselben Wohlstand erarbeiten, wie es die Generation meiner Eltern konnte? Und wer im Jahr 2020 in der fünften Klasse war, wollte lernen, Freundschaften schließen, gemeinsam etwas erleben.

Aber dann kam Corona, kamen Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen. Wir müssen selbstkritisch feststellen: Die damals politisch Verantwortlichen haben in dieser extremen Ausnahmesituation jungen Menschen viel zugemutet und, ja, auch Fehler gemacht. Die Generation kennt den Krisenmodus nicht als Ausnahme; er ist vielmehr zum Normalzustand geworden, und das hinterlässt Spuren. Auch aus der Studie: 34 % sagen, ihnen fehlen Menschen, die sich ihnen wirklich verbunden fühlen, 29 % sagen, sie benötigen psychologische Hilfe.

(Dr. Tim Breitkreuz)

Deshalb bin ich der Landesregierung und auch dem Sozialminister sehr dankbar, dass Sie, Herr Hildenbrand, am vergangenen Montag mit 56 Organisationen in Baden-Württemberg das Bündnis gegen Einsamkeit gegründet haben; ein ganz wichtiger Schritt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Aber machen wir uns nichts vor: Wenn Schülerinnen und Schüler in Klassenzimmern mit undichten Fenstern sitzen und kaputte Schultoiletten benutzen müssen, dann müssen wir selbstkritisch feststellen: Hier gibt es Handlungsbedarf. Wenn junge Menschen trotz Ausbildung und harter Arbeit keine bezahlbare Wohnung finden, dann müssen wir besser werden. Unser Anspruch ist, dass sich Leistung lohnt, dass junge Menschen mit Fleiß und Arbeit vorankommen, dass sie sich etwas aufbauen können, und daran arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir investieren in die Infrastruktur: 8,8 Milliarden € aus dem Infrastruktursondervermögen, zwei Drittel, die direkt an die Kommunen weitergegeben werden; das ist viel mehr als in anderen Bundesländern. Eine Bürgermeisterin aus meinem Wahlkreis hat gesagt: Natürlich investiere ich das Geld in unsere Schule vor Ort.

Mit der Klimamilliarde schaffen wir zusätzliche Investitionsmöglichkeiten, die Meisterprämie verdoppeln wir, wir starten ein Förderprogramm für Schwimmbäder, damit Kinder schwimmen lernen und Schülerinnen und Schüler Schwimmunterricht haben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir unterstützen mit 225 Millionen € Unternehmensansiedlungen in Baden-Württemberg – ein klares Zeichen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Anliegen der Generation ernst, nicht indem wir jede Forderung ungeprüft übernehmen würden, sondern indem wir Kritik annehmen, Probleme lösen und jungen Menschen echte Perspektiven eröffnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zweiter Punkt: Verantwortung. Dass am Samstag fast 15 000 Menschen in Baden-Württemberg demonstriert haben, ist erst mal eine gute Nachricht für unsere Demokratie. Eine Generation, die sich einmischt, bringt unser Land doch viel mehr voran als eine Generation, die resigniert. Aber Demokratie lebt von mehr als nur vom Protest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

„Demos“ – Volk – „Kratos“ – die Herrschaft –: Das Volk regiert. Das ist eine Errungenschaft, die Generationen erkämpft haben. Das bedeutet auch: Jede und jeder ist aufgefordert, sich einzubringen, mitzumachen. Ich selbst bin mit 17 Jahren Mitglied der CDU geworden, weil ich mitentscheiden wollte, mitdebattieren wollte, das nicht anderen überlassen wollte, nicht nur im Stadion auf der Tribüne sitzen und über die Spieler schimpfen wollte, sondern selbst auf dem Feld stehen wollte.

Deswegen meine Bitte an alle jungen Menschen: Tragt die Energie der letzten Wochen weiter! Geht nicht nur auf die Straße, geht in die Gemeinderäte, in die Jugendgemeinderäte, in die Vereine, in die Feuerwehren, in demokratische Parteien!

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Streitet für eure Überzeugungen! Viele tun es bereits. Entscheidet mit, denn es ist völlig klar: Unsere Demokratie braucht Gen Z.

Die Sicht von jungen Menschen wird auch ganz konkret von der Landespolitik gehört – wir haben es gerade eben schon gehört –, beispielsweise im Landesjugendbeirat, der gegründet worden ist. Ich bin unserem Bildungsminister Andreas Jung sehr dankbar, der jetzt gemeinsam mit dem Landesschülerbeirat pilotweise die Einführung von Kreisschülerbeiräten voranbringt.

Gestern Abend wurde mit dem Landkreistag ein Plan aufgestellt, dass die SMVen Vertreter in die Kreisschülerbeiräte schicken können, in die die Anliegen der Schülerinnen und Schüler auf Kreisebene ganz konkret eingebracht werden können. Das ist Demokratie, wie wir sie uns wünschen. Junge Menschen fordern Beteiligung, junge Menschen bekommen Beteiligung. Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dritter Punkt: Bärendienst. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Jugendstudie zeigt noch etwas anderes Bemerkenswertes: 48 % der Gen Z sorgen sich um die Spaltung der Gesellschaft. Die Shell Jugendstudie spricht sogar von 64 %. Die größte Sorge ist die wachsende Feindseligkeit zwischen den Menschen. Genau deshalb müssen wir auch über diejenigen reden, die am Samstag Hass und Gewalt nicht nur auf die Straßen, sondern auch in unsere Gesellschaft gebracht haben.

Die Demonstrationen in Baden-Württemberg wurden teilweise von Personen aus dem linksextremistischen Bereich

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ach!)

und auch von radikalen Teilen der „Free Palestine“-Bewegung instrumentalisiert. Für uns ist doch ganz klar: Wer Polizisten angreift, Menschen verletzt oder fremdes Eigentum zerstört, dem antwortet unser Rechtsstaat mit voller Härte,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja, „mit voller Härte“! Keine Ahnung!)

und so muss es auch sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Sascha Binder SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wer die Anliegen friedlicher Demonstrationen als Deckmantel für Gewalt missbraucht, schadet genau den jungen Menschen, für die er angeblich kämpft.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Abschiebungen!)

(Dr. Tim Breitkreuz)

Ich bin sehr froh, dass uns in Baden-Württemberg Ausschreitungen wie in Frankfurt erspart geblieben sind.

Das verdanken wir den rund 1 500 Polizistinnen und Polizisten, die auf der Straße waren. Das sind Mütter, das sind Väter, das sind Menschen mit und ohne Migrationshintergrund; das sind auch Angehörige der Generation Z. Sie waren auch auf der Straße – in Uniform –, sind für unsere Demokratie, für unseren Rechtsstaat und für unsere Freiheit eingestanden. Ihnen gilt unser ganz großer Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der SPD)

Und an die junge Generation gerichtet sage ich: Lasst nicht zu, dass Extremisten – egal, ob von rechts oder links außen – eure Anliegen für Hass und Spaltung missbrauchen. Sie wollen unsere Gesellschaft auseinanderreißen. Sie reden jeden Tag unser Land schlecht, sie reden jeden Tag die Menschen in unserem Land schlecht. Sie schaden unserer Zukunft. Ihnen stellen wir uns gemeinsam konsequent entgegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der vierte und letzte Punkt – Zukunft – ist etwas Persönliches. Als 32-jähriger Bürger dieses Landes empfinde ich tiefe Dankbarkeit und Ehrfurcht, in diesem Land groß geworden sein zu dürfen, in Deutschland, in Baden-Württemberg, in einem Land, in dem wir unsere Meinung frei äußern können,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Na ja, „freie Meinung“ kann man nicht mehr sagen!)

unsere Regierung kritisieren können. Milliarden Menschen auf dieser Welt haben die Möglichkeit nicht,

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Tag für Tag einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

und mit Debatten die Lebenszeit anderer Menschen zu klauen. Aus diesem Glück heraus – –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Könnte man ändern, wenn man kein Antidemokrat wäre wie Sie!)

Die Geschichte zeigt uns, was wir schaffen, wenn mehrere Generationen gemeinsam arbeiten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Den gibt es noch fünf Jahre lang, den Geschäftsordnungsantrag!)

Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs wurde Deutschland von Jung und Alt wiederaufgebaut. 1989 wurde eine Diktatur zu Fall gebracht – Jung und Alt. Deswegen bin ich auch optimistisch für die Zukunft. Wir haben eine junge Generation, die Frieden will, die Sicherheit will, die Bildung will und die eine starke Gesellschaft will. Was kann unserem Land Besseres passieren? Deswegen erreichen wir das alles am besten im Bündnis zwischen Jung und Alt.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Miguel Klauß AfD: Das war ja peinlich!)

Präsident Thomas Strobl: Das Wort erteile ich Frau Abg. Knorr für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Endlich mal was Richtiges statt diese hohlen Phrasen, diese ChatGPT-Parolen!)

Abg. Emely Knorr AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer wissen möchte, warum die jungen Menschen auf die Straßen gehen, der sollte vor allem eines: zuhören –

(Abg. Winfried Mack CDU: Mhm!)

nicht denjenigen, die mit Hassparolen, Gewalt und Zerstörungswut die Schlagzeilen beherrschen, sondern den Jugendlichen, die sich ernsthafte Sorgen um ihre Zukunft machen.

Die „Stuttgarter Zeitung“ hat am 31. Oktober unter der Überschrift „Die Politik ignoriert unsere Generation“ mit jungen Menschen gesprochen, die an der Demonstration teilgenommen haben. Sie berichten u. a. von steigenden Mieten, hohen Lebenshaltungskosten, sozialer Ungerechtigkeit und ihrer generellen Sorge um ihre eigene Zukunft.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Verursacht durch die Politik!)

Das sind keine herbeifantasierten Ängste, sondern ist Ausdruck einer tiefen Verunsicherung einer ganzen Generation. Diese Zukunftsängste sind auch keineswegs abstrakt; denn die Jugendlichen in unserem Land werden tagtäglich mit deren Ursachen konfrontiert – beispielsweise am heimischen Küchentisch, wenn ihre Eltern um ihren Arbeitsplatz bangen, weil Kurzarbeit droht oder gar die Schließung des Betriebs, in dem sie seit vielen Jahren arbeiten.

Auch die Zustände an den Schulen in unserem Land sind Thema der Proteste.

Viele Schüler ärgern sich ausdrücklich darüber, dass die Forderungen, die sie überhaupt erst auf die Straße treiben, durch das Auftreten von teilweise extremistischen Gruppen und deren Vereinnahmung überlagert werden.

(Beifall bei der AfD)

Diese jungen Menschen wollen keine politischen Grabenkämpfe, sie wollen Antworten auf die Fragen, die ihre Zukunft betreffen. Die Schüler beklagen Unterrichtsausfall, sanierungsbedürftige Schulgebäude und eine Ausstattung, die vielerorts längst nicht mehr zeitgemäß ist. Mehr Geld für Bildung ist angekündigt. Entscheidend wird sein, was davon tatsächlich dort ankommt, wo es auch dringend benötigt wird. Denn wissen Sie, was diese Schüler wirklich brauchen? Keine weiteren Ankündigungen, sondern funktionierende sanitäre Anlagen,

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

(Emely Knorr)

ein Klassenzimmer, in dem sie im Sommer nicht bei 35 Grad Raumtemperatur schwitzen müssen, und Lehrer, die tatsächlich auch vor der Klasse stehen.

(Beifall bei der AfD)

Das sind keine überzogenen Ansprüche, das sind die grundlegenden Voraussetzungen für ein Lernumfeld, in dem die Kinder und Jugendlichen in unserem Land sich konzentrieren, entfalten und auch erfolgreich lernen können. Genau daran muss sich die Bildungspolitik dieser Landesregierung auch messen lassen.

(Beifall bei der AfD)

Doch die Sorgen der Jugendlichen enden nicht am Schultor. Genauso fragen sie sich: Welchen Beruf soll ich ergreifen? Wird es diesen Beruf in zehn oder 20 Jahren überhaupt noch geben, und werde ich von meiner Arbeit später auch leben können?

In Baden-Württemberg bleiben jedes Jahr Tausende Ausbildungsplätze unbesetzt. Betriebe suchen Nachwuchs, Jugendliche suchen Perspektiven. Doch allzu oft finden beide leider nicht zusammen. Deshalb brauchen wir eine bessere Berufsorientierung, eine stärkere Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft und eine berufliche Bildung, die echte Perspektiven eröffnet.

(Beifall bei der AfD)

Denn junge Menschen wollen ja nicht nur arbeiten, sie wollen sich mit ihrer Arbeit auch eine Zukunft aufbauen können. Dazu gehört vor allem auch die Aussicht, sich irgendwann eine eigene Wohnung leisten und auf eigenen Beinen stehen zu können.

Ja, die jungen Menschen haben ihre Sorgen und ihren Frust längst deutlich gemacht. Jetzt ist die Regierung gefragt, daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Denn zuhören allein reicht nicht. Man wird Sie nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Taten messen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Das kannst du vergessen!)

Meine Damen und Herren, die bundesweite Jugendstudie „Jugend in Deutschland 2026“ zeichnet ein alarmierendes Bild. 41 % der befragten jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren können sich vorstellen, Deutschland zu verlassen. Mehr als jeder Fünfte gibt sogar an, konkrete Auswanderungspläne zu haben.

Wenn so viele junge Menschen darüber nachdenken, ihre Zukunft außerhalb Deutschlands zu suchen, dann muss uns das wirklich zu denken geben.

(Beifall bei der AfD)

Denn hinter all den Parolen und den Gewaltexzessen auf unseren Straßen, die den Protest leider überschatten, dürfen wir eines nicht überhören: den Hilferuf einer Generation, die um ihre Zukunft bangt. Deren Sorgen verdienen unsere Aufmerksamkeit, und vor allem verdienen sie Antworten. Denn ihre Jugend lässt sich nicht verschieben, ihre Ausbildung nicht beliebig nachholen, und verlorene Chancen lassen sich nicht einfach zurückgeben.

Die Jugend von heute braucht keine weiteren Versprechen für irgendwann; sie braucht Perspektiven, und sie braucht wieder Zuversicht – und zwar heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Sehr gut!)

Präsident Thomas Strobl: Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Hildenbrand.

Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit Oliver Hildenbrand: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich der SPD-Fraktion ausdrücklich dafür danken, dass sie die heutige Aktuelle Debatte angemeldet hat und uns damit die Möglichkeit gibt, über ein Thema zu sprechen, das in diesen Tagen ganz besonders wichtig ist, nämlich über eine starke Jugendbeteiligung und damit über einen starken Zusammenhalt und eine starke Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Junge Menschen haben etwas zu sagen, sie wollen gehört werden, sie wollen mitreden und mitgestalten, sie setzen sich ein, bringen sich ein, und sie machen deutlich, welche Themen sie bewegen und welche Erwartungen sie an die Politik haben. Das ist für mich die Botschaft der vergangenen Tage und Wochen, und das ist eine wichtige Botschaft für unsere Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Forderungen sind vielfältig: ein bezahlbares Leben, mehr Investitionen in Schulen, mehr Einsatz für die mentale und psychische Gesundheit, konsequenter Klimaschutz und die Ablehnung bzw. die große Skepsis bezüglich einer Wiedereinführung der Wehrpflicht. Diese Themen zeigen, was junge Menschen beschäftigt. Das sind keine Randthemen; das, was junge Menschen beschäftigt, sind die zentralen gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit. Daher verdienen sie Aufmerksamkeit und müssen ihren Platz in unserer politischen Debatte haben.

Ein wichtiger Ort dieser politischen Debatte ist auch der Landtag von Baden-Württemberg. Deshalb ist es gut, dass wir heute darüber beraten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Auch in Baden-Württemberg sind am vergangenen Wochenende Tausende auf die Straße gegangen. Die weit überwiegende Mehrheit hat friedlich demonstriert. Auf diese Mehrheit möchte ich meinen Blick richten, und an diese Mehrheit möchte ich auch mein Wort richten. Unsere Botschaft als Landesregierung ist klar: Wir begrüßen dieses Engagement. Ihr sollt eure Meinung äußern, eure Forderungen formulieren und für eure Überzeugungen eintreten können. Denn genau davon lebt unsere politische Debatte.

Gleichzeitig ist es mir wichtig, zu sagen, dass ihr nicht erst auf die Straße gehen müsst, um Gehör zu finden. Da müssen wir offensichtlich besser werden. Das ist eine selbstkritische Botschaft, die ich heute bewusst aussenden möchte. Junge

(Minister Oliver Hildenbrand)

Menschen müssen dauerhaft die Möglichkeit haben, ihre Perspektiven und Anliegen einzubringen, und vor allem müssen sie erleben können, dass ihre Stimme, ihr Engagement tatsächlich etwas bewirken kann.

Ebenso aber gilt – und das ist ausdrücklich keine Frage des Alters, auch nicht im Rahmen einer jugendpolitischen Debatte –: Gewalt ist niemals ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Das gilt für alle, das gilt überall und immer.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Ich möchte heute vor allem eines deutlich machen: Die Landesregierung wartet nicht darauf, dass junge Menschen auf die Straße gehen, um ihnen zuzuhören. Wir haben bereits Strukturen geschaffen, suchen aktiv den Austausch und fördern vielfältige Formen der Jugendbeteiligung. Denn gute Jugendbeteiligung braucht verlässliche Strukturen und eine solide finanzielle Grundlage.

Eine ganz zentrale Rolle spielt dabei der „Masterplan Jugend“. Er bildet den strategischen Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg. Seit 2013 sorgt der sogenannte Bündnisschutz für eine verlässliche Finanzierungszusage des Landes. In unserem Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, den Bündnisschutz neu aufzulegen. Ich freue mich, Ihnen berichten zu können, dass wir das bereits umgesetzt haben. Die Landesregierung hat am 22. September beschlossen, den Bündnisschutz erneut zu verlängern. Dadurch steht uns im Bereich des „Masterplans Jugend“ für die gesamte Legislaturperiode jährlich ein Gesamtvolumen von rund 28 Millionen € zur Verfügung – solide finanzielle Grundlagen, eine wichtige Voraussetzung für wirksame Beteiligung, für wirksame Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wie die Unterstützung konkret aussieht, zeigen zahlreiche Beispiele. Ich will hier nur einige nennen: die Unterstützung der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung mit Projektförderungen, das Projekt Jugenddialog auf Landkreisebene, die Unterstützung des Dachverbands der Jugendgemeinderäte, die Entwicklung eines landesweiten Jugendforums sowie die Stärkung der Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe. Das zeigt: Wir sprechen nicht nur über Beteiligung, wir schaffen die Rahmenbedingungen, fördern konkrete Angebote und stärken die Strukturen, die Beteiligung vor Ort möglich machen.

Ein Beispiel dafür ist die Landesjugendkonferenz, ein wichtiger Baustein unserer Jugendbeteiligung. Bei der Konferenz im letzten Jahr haben mehr als 500 Jugendliche die Gelegenheit genutzt, direkt mit Mitgliedern der Landesregierung sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ministerien ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen einzubringen. Damit haben junge Menschen einen direkten Draht zur Landespolitik. Sie können ihre Anliegen einbringen, ihre Perspektiven sichtbar machen und die Landesregierung unmittelbar beraten.

Ich möchte dabei betonen: Die Jugendlichen, die sich hier an ganz verschiedenen Stellen, an ganz verschiedenen Orten, in ganz verschiedenen Formaten einbringen, zeigen sehr eindrucksvoll, wie konstruktiver Dialog gelingen kann, wie man Kompromisse aushandelt, wie man respektvoll miteinander umgeht. Das ist gelebte Demokratie. Dieses Engagement verdient unsere höchste Anerkennung.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Und jetzt gehen wir noch weiter. Ministerpräsident Cem Özdemir richtet derzeit seinen Jugendberaterkreis ein.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wieder ein Beraterkreis!)

20 bis 30 zufällig ausgewählte junge Menschen aus dem ganzen Land direkt bei sich in der Staatskanzlei – das ist eine Politik des Gehörtwerdens, die junge Stimmen hört, die sich für junge Perspektiven interessiert und die junge Perspektiven in aktuelle politische Fragestellungen und Debatten einbezieht. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, für dieses Engagement.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bei alldem ist natürlich ganz klar: Ohne die vielen Partnerinnen und Partner, ohne die vielen Akteurinnen und Akteure im Land würde das alles überhaupt nicht funktionieren. Ich nenne hier jetzt beispielhaft den Landesjugendbeirat, den Dachverband der Jugendgemeinderäte, den Landesschülerbeirat und den Landesjugendring. Alle Akteurinnen und Akteure setzen sich unermüdlich für eine starke Jugend ein, stärken ihre Beteiligung und geben ihren Anliegen eine Stimme. Dafür danke ich allen ganz herzlich. Ich freue mich auch, dass einige Vertreterinnen und Vertreter heute hier sind. Bitte geben Sie auch weiter: Wir sehen dieses Engagement, und wir wertschätzen dieses Engagement.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Genau hinzuhören bedeutet auch, die kritischen Stimmen wahrzunehmen. Deshalb will ich sagen: Wir hören auch, dass wir unsere Beteiligungsangebote noch besser machen müssen. Genau daran arbeiten wir gemeinsam mit jungen Menschen. Dabei geht es uns nicht darum, einfach immer neue Gremien zu schaffen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Doch! Das haben Sie doch gerade eben gesagt! Arbeitskreise!)

Es geht darum, Beteiligung so zu gestalten, dass sie junge Menschen tatsächlich erreicht und konkrete Wirkung entfaltet. Wir nehmen sehr ernst, dass manche junge Menschen Zweifel haben, ob ihre Anliegen in der Politik gehört werden und ob sie tatsächlich etwas bewirken können. Das machen ja durchaus auch die aktuellen Proteste deutlich, dass wir hier noch besser werden müssen.

Deshalb haben wir einen Prozess zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für eine landesweite Jugendbeteiligung gestartet. Im Mittelpunkt stehen dabei die Erwartungen, Wünsche und Vorstellungen der jungen Menschen selbst. Die Ergebnisse werden mir am 28. November übergeben und dann auch öffentlich vorgestellt. Ich bin sehr gespannt auf diese Vorschläge, und ich kann schon heute zusagen: Wir werden

(Minister Oliver Hildenbrand)

sehr ernsthaft prüfen, wie wir sie möglichst gut in die Praxis bringen können. Auch das ist Beteiligung, nämlich die Frage: Wie gestalten wir Beteiligung so, dass junge Menschen auch das Gefühl haben, dass sie einen Unterschied machen können? Das ist unser Anspruch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, es ist schon so: Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, einen Blick in unsere Gesellschaft werfen, dann können wir schnell feststellen, dass es eine Zeit großer Veränderungen, großer Umbrüche und Unsicherheiten ist. Dass junge Menschen Fragen stellen, Forderungen erheben und Veränderungen einfordern, ist nicht nur vollkommen verständlich, es ist für unsere Gesellschaft, unseren Zusammenhalt und eine starke Demokratie wirklich enorm wichtig.

Deshalb müssen wir jedes Anliegen genau anhören und ernsthaft prüfen. Meine Botschaft ist: Setzt euch weiter ein, engagiert euch, bringt euch ein, nutzt eure Stimme! Wir hören euch bereits, wir hören aber auch: Wir müssen noch besser werden. Das tun wir, gemeinsam mit euch; denn unser Ziel ist eine Jugendbeteiligung, die nicht nur gut gemeint ist, sondern tatsächlich etwas bewirkt.

Abschließend, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Binder, möchte ich auf zwei Themen eingehen, bei denen Sie mich in Ihrem Redebeitrag angesprochen haben. Das ist einmal das Thema „Mentale Gesundheit“, das auch für mich ein echtes Herzensanliegen ist. Sie wissen: Ich bin von meinem beruflichen Hintergrund her Psychologe. Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass wir unsere Verantwortung zur Stärkung der mentalen und psychischen Gesundheit auch wahrnehmen. Die Frage der mentalen Gesundheit ist nicht in erster Linie nur eine persönliche Frage, sondern sie wird auch verursacht durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen wir leben.

Der Kollege Dr. Breitkreuz hat dankenswerterweise angesprochen, dass wir in dieser Woche ein landesweites Bündnis gegen Einsamkeit ins Leben gerufen haben. Wir werden gemeinsam mit den Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern, die aus der ganzen Breite der Gesellschaft kommen, eine Landesstrategie gegen Einsamkeit entwickeln. Einsamkeit ist nicht nur ein Thema für die junge Generation, sondern ein Thema für Menschen in allen Lebensphasen und in allen Lebenslagen. Es ist auch ein Thema, bei dem wir genau wissen, dass insbesondere auch die Erfahrungen aus der Coronapandemie Spuren bei jungen Menschen hinterlassen haben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Die Coronamaßnahmen, nicht die Pandemie! Das muss man unterscheiden!)

Deshalb ist es ein ganz konkretes Beispiel, wo wir aktiv werden. Wir binden es übergeordnet darin ein, dass wir unsere Strategie „Health in All Policies“ ganz dezidiert und mit Blick auf das Thema „Mentale Gesundheit“ weiterentwickeln wollen. Da dürfen Sie in dieser Legislaturperiode einiges von uns erwarten, Herr Binder.

Außerdem will ich das Thema Schulsozialarbeit ansprechen. Das Land stellt jährlich rund 45 Millionen € für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Diese Summe hat sich seit dem Jahr 2012 verdreifacht. Das wissen Sie, Herr Kollege Binder.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ist das eine gute Nachricht oder eine schlechte? Warum brauchen wir so viele Schulsozialarbeiter?)

Ich will heute und hier deutlich sagen: Sowohl in dem Schuljahr 2026/2027 als auch in dem Schuljahr 2027/2028 werden bis zu 45 Millionen € für die Förderung der Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen. Das ist uns wichtig; denn den hohen Wert der Schulsozialarbeit sehen wir; den wollen wir nicht nur anerkennen, sondern das wollen wir auch fördern und unterstützen.

– Ihre Zwischenrufe lassen tief blicken. Es geht Ihnen um alles Mögliche, aber nicht darum, junge Menschen in ihren Lebenswelten ernst zu nehmen, wahrzunehmen, zu unterstützen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Warum brauchen wir denn so viele? Was ist der Hintergrund?)

– Wenn Sie hier gegen die Schulsozialarbeit wettern, kann ich mich wirklich nur wundern, und ich hoffe, dass die Menschen sehr genau wahrnehmen, wie Sie diese Debatten führen. Sie wollen Angst schüren, Sie wollen Wut erzeugen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Was ist der Hintergrund?)

Sie wollen Unsicherheit schaffen. Wir wollen Zuversicht vermitteln, Hoffnung geben und das Beste für unser Land. Sie wollen offenbar nichts Gutes für unser Land.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Präsident Thomas Strobl: In der zweiten Runde erhält das Wort der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der Kollege Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank auch an die Kollegen der Grünen und der CDU für die – das finde ich – sehr, sehr angemessene Debatte, weil eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Forderungen der jungen Generation stattgefunden hat, und zwar in der uns von der Geschäftsordnung vorgegebenen Zeit; das will ich hinzufügen.

Ich will auch sagen, dass es nicht nur heute darum geht, euch zu signalisieren, dass wir zuhören, dass wir sehen, wo eure Wünsche und eure Ängste in der Zukunft liegen, sondern dass wir auch morgen früh noch und übermorgen und in den nächsten Wochen, wenn wir den Landeshaushalt für Baden-Württemberg hier beraten und beschließen, daran denken, was wir heute hier gesagt haben. Ich denke, dann hat die heutige Debatte einen wirklichen Wert gehabt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen. Ich habe gestern schon einmal an anderer Stelle gesagt, Herr Minister Hildenbrand: 45 Millionen € sind gut; wir werden aber im nächsten Jahr sehen, wie viele Stellen für Schulsozialarbeit es in Baden-Württemberg dann weniger gibt als in diesem Jahr. Das liegt an der finanziellen Situation der Kommunen, für die das Land nach der Verfassung die Verantwortung trägt. Deshalb geht es darum, dass das Land seinen Beitrag leistet, dass es in diesem

Land im nächsten Jahr keine Schulsozialarbeiterstelle weniger gibt als in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe einen ganz wichtigen Wunsch. Ich finde es eine gute Idee, 20, 30, 40 Jugendliche ins Staatsministerium einzuladen und mit ihnen darüber zu diskutieren, wohin dieses Land in Zukunft will. Jetzt wissen wir aber auch, wie die Landesregierung mit anderen Beiräten umgeht. Ich will mal nur den Klima-Sachverständigenrat nennen, der auch berufen wurde, der Empfehlungen ausspricht, die sämtlich von der Regierung ignoriert werden. Deshalb ist es wichtig, dass man Jugendliche, wenn man sie beteiligt, ernst nimmt und dass aus diesen Gesprächen, Herr Ministerpräsident, am Ende auch wirklich echte Politik der Jugend wird. Darauf hoffe ich, und ich wünsche mir, dass Sie das einrichten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Kollege Gürbüz? – Nein.

Dann erteile ich für die AfD-Fraktion dem Kollegen Christian Schäfer für seine erste Rede hier im Landtag von Baden-Württemberg das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Christian Schäfer AfD: Ist das mein Wasser?

(Heiterkeit)

Präsident Thomas Strobl: Bitte.

Abg. Christian Schäfer AfD: Danke.

Präsident Thomas Strobl: Trinken Sie kräftig, Herr Kollege.

(Heiterkeit – Abg. Miguel Klauß AfD: Das Wasserglas wurde schon gewechselt!)

Abg. Christian Schäfer AfD: Solange der Palmer nicht daraus getrunken hat.

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Ha, ha, ha!)

Herr Präsident, liebe Kollegen! Emely Knorr hat berechtigte Anliegen erklärt, welche Schüler vorbringen konnten. Dazu gehörten marode Schulgebäude oder die Indoktrination im Unterricht. Aber ein Blick auf die Proteste zeigt, dass es eben nicht die 5 b des örtlichen Gymnasiums war, die für neue Schulbücher demonstriert.

(Beifall bei der AfD)

Alexander Dobrindt, welcher als Bundesinnenminister das beste Lagebild haben dürfte, hat klargestellt, wer hier auf der Straße war, nämlich ein linksextremer Mob und migrantische Chaoten. Als prägendes Bild des 31. Oktober ging ein Foto der Agentur Reuters um die Welt: von einem migrantischen Plünderer, der lauter linke Schuhe klaut.

(Heiterkeit bei der AfD)

Unvermeidlich der Reflex der SPD, sofort die Wahrheit zu vertuschen. Der nicht zuständige Verteidigungsminister Pistorius hat Dobrindt sofort widersprochen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Denn Fakten passen nicht ins spezialdemokratische Weltbild.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Auch die hiesige rote Kleinstfraktion in ihrer finalen Legislatur versuchte, Gewaltexzesse schönzureden.

Man muss der Polizei zugutehalten, dass sie vorbereitet war. Wie man hört, wurden Büros der CDU bestreift, und Synagogen mussten am 31. besonders bewacht werden – und auch das nicht wegen der 5 b.

In Mannheim waren palästinensische Extremisten, linksradikale Wirrköpfe, SDAJ, MLPD, kurdische Aktivisten usw. unterwegs. Die junge Generation wird instrumentalisiert für linksextreme Parolen, für antisemitischen Hass. Wer Palästinafahnen trägt, der soll lieber dorthin auswandern.

(Beifall bei der AfD)

Laut einem Artikel der WELT waren 95 % der Festgenommenen Zugewanderte. Was diese Leute aus Paris oder Frankfurt gemacht haben, ist die Vorstufe zum Bürgerkrieg.

(Zuruf von den Grünen: Ach komm!)

Diese Verbrecher gehören nicht gelobt, liebe SPD, sondern heimgeschickt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Ich selbst war letzten Monat in Paris, um mir ein Bild zu machen.

(Zuruf von der AfD: Oha!)

Der Schaden allein aus der Nacht des 17. Oktober liegt im Milliardenbereich. Auch hier in Stuttgart mussten Läden wieder ihre Türen verbarrikadieren. Aus der Krawallnacht von 2020 hat die Regierung nichts gelernt. Vergangenen Samstag hat dieselbe Szene die Demo der Schüler gekapert. Hunderte Linksextreme haben die Route verlassen, Pyrotechnik gezündet und Polizisten attackiert. Das ist kein Jugendprotest, es ist eine Kriegserklärung an den Rechtsstaat.

(Beifall bei der AfD)

Man hörte nur noch Antifa, Terrorverherrlichung und Palästina. Wenn das Ihre Themen sind, liebe SPD, sind Sie ein Fall fürs LfV.

(Beifall bei der AfD – Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Parlamentarische Gepflogenheiten?)

Der Versuch, eine ganze Generation für linksextreme Gedanken zu vereinnahmen, ist verzweifelt – und er ist erfolglos. Denn die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Junge Menschen wählen immer häufiger blau.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Schäfer, auch Ihnen gratuliere ich zu Ihrer ersten Rede. – Herr Abg. Gürbüz GRÜNE möchte noch einmal zu uns sprechen. Mit seiner Redeerfahrung, die er heute im Landtag von Baden-Württemberg gewonnen hat, weiß er, dass er sich sehr kurzfassen muss.

(Heiterkeit)

Abg. Berat Gürbüz GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, ich fasse mich kurz; aber ich will das nicht einfach so stehen lassen, was Sie hier gerade gesagt haben, Herr Schäfer. Auch die jungen Menschen, die Jugendvertreter haben gerade den Saal verlassen, als Sie von „Kriegserklärung“ gesprochen haben.

(Zuruf von der AfD: Macht nichts!)

Ihre Rede hat gezeigt, dass Sie die jungen Menschen nicht ernst nehmen. Das kann einfach nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir müssen sehen, dass die demokratische Mitte hier zusammensteht. Ich möchte mich bei den Kollegen von SPD und CDU dafür bedanken, dass es hier einen würdigen Rahmen gab. Aber was Sie gesagt haben, war nicht würdig für dieses Hohe Haus.

(Zurufe von der AfD)

Das wird den jungen Menschen nicht gerecht.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Tagesordnungspunkt 1 ist erledigt.

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte – 15 Jahre Enttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) – Mahnung für ein entschlossenes Vorgehen gegen Rechtsterrorismus – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich ebenfalls an den gegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Daniel Lede Abal.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter wurden zwischen September 2000 und April 2007 ermordet. Ein weiteres Opfer, Atilla Özer, starb 2017 an den Spätfolgen.

Rund 30 Menschen wurden verletzt, darunter schwerstverletzt der Polizeibeamte M. A., der gemeinsam mit Michèle Kiesewetter im Polizeiwagen saß.

Sie alle waren Opfer des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds, NSU.

In allen diesen Fällen tappten die Ermittlungsbehörden über Jahre im Dunkeln. In einigen Fällen gab es blamable Ermittlungspannen. Die migrantischen Opfer und ihre Angehörigen wurden zu Unrecht unter den Verdacht gestellt, selbst in kriminelle Strukturen verwickelt zu sein. Der unsägliche Begriff „Döner-Morde“ sollte genau das suggerieren – obwohl auch in Ermittlerkreisen Hinweise auf eine rechtsextreme Urheberschaft gesehen wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit der Enttarnung des NSU am 4. November 2011 wissen wir: Es waren keine „Döner-Morde“, keine ausländischen Mafiastrukturen, keine Abrechnungen, sondern Hinrichtungen – Hinrichtungen durch deutsche Rechtsterroristen, die Angst und Schrecken verbreiten sollten.

Der Schaden ist immens, weit über die Morde hinaus, und er ist auch nicht verschwunden – bei den Angehörigen der Opfer, bei ihrem Gedenken an die Opfer und bei vielen Menschen in diesem Land, bei Migrantinnen und Migranten sowie ihren Kindern und Kindeskindern.

Das gilt übrigens auch für Michèle Kiesewetter, die ermordete Polizeibeamtin, über die während der Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse hier in Baden-Württemberg spekuliert wurde, sie sei selbst in irgendeiner Form mit der rechtsextremen Szene verbunden oder Teil der Szene gewesen. Dafür – lassen Sie mich das klar sagen – gab es nie irgendwelche Anhaltspunkte.

Baden-Württemberg war bei den Morden des NSU ein Sonderfall. Die Opfer hier waren zwei Polizeibeamte, Michèle Kiesewetter und ihr Kollege M. A. In Baden-Württemberg blieben die Ermittlungen bis November 2011 völlig ergebnislos, mit unsäglichen Ermittlungspannen und völlig falschen Spuren, denen nachgegangen wurde. Nur durch das Auffinden der Tatwaffen, einer Jogginghose mit Blutspuren sowie der beiden Dienstwaffen der Beamten Kiesewetter und M. A. konnte die Verbindung zwischen dem NSU und dem Mord sowie dem versuchten Mord in Heilbronn gezogen werden.

Warum der NSU so auch eine Spur zur Aufklärung gelegt hat, ist eigentlich unklar. Vielleicht ging es um Trophäen im Kampf gegen Polizei und Staat, vielleicht auch um Trophäen für einen gezielten Mord.

Der Landtag von Baden-Württemberg hat sich 2011 richtigerweise die Aufklärung selbst zur Aufgabe gemacht und hat in zwei Untersuchungsausschüssen viele Erkenntnisse über rechtsextreme Aktivitäten im Land gewonnen, besonders auch über die rechtsextreme Musikszene. Die Untersuchungsausschüsse sind Hinweisen auf Verbindungen der NSU-Mitglieder in Baden-Württemberg nachgegangen, auch über mögliche Anschlagsplanungen.

(Daniel Lede Abal)

Nicht für alles konnten hinreichende oder zufriedenstellende Erklärungen oder Belege gefunden werden, auch weil das Schweigen von Zschäpe und anderen Eingeweihten bis heute anhält. Diese Fragen bleiben leider offen.

Umso wichtiger sind aber die Ergebnisse, die unsere Kolleginnen und Kollegen in den beiden Untersuchungsausschüssen zusammengetragen haben, welche politischen Lehren und welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Dafür haben die Untersuchungsausschüsse auch Empfehlungen ausgesprochen.

An erster Stelle sollten zu Recht die Opfer stehen. Eine dringende Empfehlung war, den Opferschutz und die Opferhilfestrukturen zu stärken, Hilfe und Beratung für die Opfer in Ermittlungs- und Strafverfahren zu bieten. Dafür wurden Opferbeauftragte bei den Staatsanwaltschaften, Ansprechpartner und Lotsen für die Opfer von Straftaten geschaffen, das Opferentschädigungsgesetz modernisiert und der Opferentschädigungsfonds verdoppelt.

Ein weiterer Punkt war die Stärkung der Prävention, insbesondere bei Jugendlichen, bei der Demokratiebildung und Demokratieförderung; auch Einrichtungen wie das konex gehören in diesem Zusammenhang genannt. Die Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse beinhalteten auch die Einrichtung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe und des Instituts für Rechtsextremismusforschung in Tübingen.

(Zuruf von der AfD)

Wir danken für die dort geleistete Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch die konsequente Bekämpfung der rechtsextremistischen Musikszene, wie sie in Baden-Württemberg seit Jahren konsequent und erfolgreich betrieben wird. Es gehören Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz dazu; es ging dabei um Themen wie Sensibilisierung, um Fachwissen und auch um die Frage der Verwendungstiefe von Beamten mit speziellen Kenntnissen. Und es gehört auch dazu, den Waffenbesitz von Rechtsextremisten zunehmend einzuschränken und zu unterbinden – ein Weg, der hier in Baden-Württemberg konsequent verfolgt wird.

Wir wollen an dieser Stelle aber nicht stehen bleiben, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Rechtsextremismus, der Rechtsterrorismus ist nicht die einzige Gefahr in diesem Land, in unserer Demokratie, aber die Gefahr des Rechtsterrorismus ist mit der Enttarnung des NSU auch nicht vorbei. Seit der Enttarnung des NSU im Jahr 2011 haben wir von der Gruppe Freital, von der Terrorzelle des Nazidruiden, von der Revolution Chemnitz, von den Anschlägen auf die Oberbürgermeisterin Henriette Reker in Köln oder dem Mord an dem Regierungspräsidenten Walter Lübcke gehört. Es gab den Anschlag in Halle, den Anschlag in Hanau, die „Gruppe S.“. Es gab den NSU 2.0, der Drohbriefe versandt hat, und dies mit Daten, die teilweise aus einem Polizeicomputer in Hessen stammten. Es gab einen rechtsextremen Bundeswehrsoldaten, der sich als Flüchtling ausgab, Anschläge plante und dafür zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Es gab den Putschversuch der sogenannten Patriotischen Union um den Prinzen Reuß, und es gab die sogenannte Letzte Verteidigungswelle, eine Gruppe von jungen und jugendlichen Tätern zwischen 15 und 20 Jahren, die Brand- und Sprengstoffanschläge geplant hat.

Es muss also auch darum gehen, wie wir in Zukunft rechtextremen Terror bekämpfen. Dazu mehr in der zweiten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Christian Gehring das Wort.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE)

Abg. Christian Gehring CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf die schrecklichen Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds eingehe, möchte ich über jene Zeit sprechen, auf die sich diese Terroristen mit ihrem Namen bewusst bezogen haben: den Nationalsozialismus.

Wenn wir daran denken, haben wir Bilder vor Augen, Bilder aus historischen Filmaufnahmen, Dokumentationen und die direkten Erzählungen von Opfern und Überlebenden, aber auch von Tätern. Der Nationalsozialismus war eben kein „Vogelschiss in der Geschichte“. Er war das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, die von unserem eigenen Land ausging.

Menschen erklärten sich zur Herrenrasse. Sie entrechteten, sie verfolgten, sie ermordeten andere wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Behinderung oder ihrer Überzeugung. Die Nationalsozialisten verantworten die Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden, den Völkermord an Hunderttausenden Sinti und Roma, die Ermordung von Menschen mit Behinderungen – darunter auch Menschen in meinem Heimatort Kernen im Remstal aus der Diakonie – und millionenfachen Tod durch Hunger, Krieg und Gewalt.

Hinter jeder Zahl stehen Menschen mit Namen, Familien und Lebensträumen. Und hinter diesen Verbrechen stehen Täter aus Deutschland, zum Teil aus unseren Familien und aus unserer Nachbarschaft. Noch heute sehen wir die Folgen in unseren Städten und in unseren Familiengeschichten.

Wir begegnen Überlebenden, die als Kinder Konzentrationslager durchleiden mussten. Wir begegnen Überlebenden, die wir heute noch sehen. Manche tragen noch immer eine tätowierte Nummer – verblichen – auf ihren Unterarmen.

Wir müssen uns immer daran erinnern, wohin es führt, wenn Menschen anderen ihre Würde absprechen und sich als Herrenrasse ansehen. Wir sind zwar nicht verantwortlich für die Taten, aber wir sind verantwortlich dafür, dass dies nie wieder passiert.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

(Christian Gehring)

Und es ist Auftrag an jede Generation – besonders an uns alle hier im Parlament –, Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen.

Diese Erinnerung ist wichtig, wenn wir über den Nationalsozialistischen Untergrund sprechen. Wer diese Ideologie verherrlicht und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion abwertet, ist ein Gegner unserer Demokratie, unserer Freiheit und der Menschenwürde. Ich sage es deutlich: Wer nach allem, was wir heute wissen, dieser Ideologie hinterherläuft, ist schlicht und ergreifend ein Idiot, und zwar ein gefährlicher Idiot.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Ich weiß, Herr Präsident, das ist für eine parlamentarische Rede ungewöhnlich deutlich. Aber diese Menschen gibt es bis heute. Sie vernetzen sich und finden Unterstützer. Das haben uns der NSU und auch die anderen Gruppierungen, auf die der Kollege Lede Abal hingewiesen hat, deutlich vor Augen geführt.

Ende der Neunzigerjahre tauchten Mundlos, Böhnhardt und Beate Zschäpe unter. Sie bildeten den Kern des NSU. Zwischen 2000 und 2007 ermordete die Gruppe zehn Menschen – neun Männer aus rassistischen Motiven und die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter, die 2007 in Heilbronn im Dienst hinterhältig erschossen wurde. Hinzu kamen Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle und weitere Gewalttaten. Familien wurden zerstört, Kinder verloren ihre Väter.

Während die Täter weiter mordeten, wurde ein rechtsextremistischer Hintergrund viel zu lange nicht ausreichend berücksichtigt. Stattdessen gerieten Angehörige selbst unter Verdacht. Man vermutete Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Angehörige, die eigentlich Schutz und Aufklärung erwarten durften, mussten sich selbst den Verdächtigungen stellen. Sie hatten nicht nur einen geliebten Angehörigen verloren, sondern fühlten sich lange Zeit vom Staat alleingelassen.

Erst im November 2011 wurde der NSU enttarnt. Mundlos und Böhnhardt starben in einem Wohnmobil in Eisenach. Die gemeinsame Wohnung in Zwickau wurde in Brand gesetzt. Das ganze Ausmaß des Terrors und die Fehler bei den staatlichen Ermittlungen wurden sichtbar.

Bis heute bleiben die Fragen offen: Wer half Ihnen? Wer waren die Unterstützer? Wer gab Geld? Wer besorgte Papiere? Nicht alles ist abschließend aufgeklärt worden. Deshalb dürfen wir nicht aufhören, hinzuschauen. Es geht um das Vertrauen in den Rechtsstaat, um die Verantwortung der Sicherheitsbehörden und darum, dass solche Verbrechen künftig nicht mehr ungesehen bleiben.

Aber aus den Fehlern wurden auch Konsequenzen gezogen. Doch dieser Lernprozess darf nicht enden. Gerade Sicherheitsbehörden müssen Fehler offen ansprechen und Erkenntnisse in die Ausbildung, die Zusammenarbeit und auch in ihre Ermittlungstätigkeit übertragen. Das ist keine pauschale Kritik an den vielen engagierten Beamtinnen und Beamten. Es ist aber der Anspruch an den Rechtsstaat, den wir alle haben müssen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für mich bleiben fünf zentrale Lehren aus dieser Zeit.

Erstens: Die nationalsozialistische Ideologie ist auch 80 Jahre nach dem Kriegsende nicht verschwunden; sie ist noch immer ein Stachel in unserem Fleisch. Noch immer gibt es Menschen, die ihre menschenverachtenden Vorstellungen mit Gewalt durchsetzen wollen. Rechtsextremistischer Terror ist keine historische Erinnerung, sondern auch heute noch eine reale Bedrohung.

Zweitens: Ermittler müssen eigene Annahmen ständig hinterfragen und ungewöhnliche Zusammenhänge prüfen. Bei der NSU-Mordserie wurde ein rechtsextremistisches Motiv nicht mit der notwendigen Konsequenz verfolgt. Die Polizei hat daraus aber Gott sei Dank gelernt. Das war notwendig, denn professionelle Ermittlungsarbeit bedeutet, Hypothesen immer wieder anhand von Tatsachen zu überprüfen. Genau dafür braucht es fachliche Kompetenz, Offenheit und eine kritische Struktur, in der selbst wieder hinterfragt wird. Ich bin dankbar dafür, wie reflektiert die Polizei damit umgegangen ist und wie sie sich stetig weiterentwickelt. Ich kann absolut festhalten, wie hoch professionell die Polizei arbeitet. Wir müssen allesamt dankbar sein, dass wir eine Polizei haben, die sich den Herausforderungen immer wieder stellt.

Sehr geehrter Herr Innenminister, gerade die Polizei in Baden-Württemberg – Kollege Lede Abal ist darauf eingegangen – hat durch den NSU eine 22-jährige, allseits beliebte Kollegin verloren. Ihr Kollege wurde schwer verletzt. Die Polizei war nach dieser Tat lange, lange traumatisiert. Ich bitte Sie, dass Sie allen Kolleginnen und Kollegen im Land unseren Respekt aussprechen, aber vor allem unseren Dank. Danke dafür, dass sie jeden Tag für uns alle diesen gefährlichen Job machen. Sie haben gesehen: Menschen sind gestorben – für unsere Freiheit. Dafür herzlichen Dank, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Dritter Punkt: Ein leistungsfähiger Staat darf sich nicht auf eine einzige Bedrohung konzentrieren. Nach dem 11. September 2001 lag der Fokus verständlicherweise verstärkt auf islamistischem Terrorismus. Andere Formen politisch motivierter Kriminalität dürfen aber auch bei einer Schwerpunktsetzung nie aus dem Fokus geraten.

In Baden-Württemberg haben wir durch das Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-Zentrum beim Landeskriminalamt leistungsfähigere Strukturen geschaffen. Sie bündeln Ermittlungen und beobachten extremistische Entwicklungen auch im Internet. Unser Staatsschutz muss jede Form des Extremismus im Blick behalten und darf auf keinem Auge blind sein, auch wenn sich die Sicherheitslage kurzfristig verschiebt.

Dabei geht es nicht um ein Gegeneinander verschiedener Gefahren, sondern um den umfassenden Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der vierte Punkt: Wir müssen Radikalisierungen verhindern, bevor aus Hass tödliche Gewalt wird. Prävention beginnt nicht erst nach einer Straftat. Mit dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus – konex genannt – haben wir eine Beratungsstelle geschaffen, und wir haben auch viele Akteure im Um-

feld – ich nenne beispielsweise FEX –, die sich dieser Strukturen annehmen.

Aber Polizei, Verfassungsschutz und Justiz allein können diesen Kampf nicht gewinnen. Er beginnt in Schulen, in Vereinen, in Familien – überall dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir müssen Radikalisierungen früh erkennen und Wege aus dem Extremismus aufzeigen.

Wer junge Menschen erreicht, bevor sie in Hass und Verschwörungsmythen verfallen, kann damit Leben schützen. Prävention ist deshalb kein weiches Randthema, sondern ein entscheidender Teil unserer Sicherheitsarchitektur.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Fünfter Punkt: Verlässliche, standardisierte Ermittlungsverfahren sind unverzichtbar, etwa bei DNA-Untersuchungen. In der NSU-Ermittlungsserie führten verunreinigte DNA-Proben zu falschen Spuren. Wir brauchen hier eine stetige Weiterentwicklung. Deswegen rüsten wir das KTI des LKA auf, verbessern es und werden auch die forensischen Möglichkeiten deutlich ausweiten.

Ich möchte zum Schluss kommen, Herr Präsident. Unser tiefes Mitgefühl gilt nach wie vor den Opfern dieser widerwärtigen Hassverbrechen. Ihnen schulden wir mehr als Worte, schulden wir das Versprechen, mit aller Kraft gegen Menschenfeindlichkeit, Extremismus und Hass einzutreten. Kein Mensch ist mehr wert als ein anderer. Niemand steht über seinem Nächsten. Dass wir in Deutschland in Freiheit und Wohlstand leben dürfen, ist kein Ausdruck irgendeiner völkischen Überlegenheit; es ist Anlass zu Demut und Dankbarkeit und eine Verpflichtung, für die Würde und Freiheit der Mitmenschen einzustehen.

Diese Haltung müssen wir im täglichen Miteinander zeigen, aber ebenso im entschlossenen Handeln unseres Rechtsstaats. Wir schulden den Opfern Erinnerung, den Angehörigen Respekt und den kommenden Generationen Wachsamkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hegel das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Chris Hegel AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am vergangenen Wochenende hätten wir unbeschwert Halloween feiern sollen. Stattdessen drohten Zustände wie in Frankreich: Geschäfte hinter Sperrholzplatten, Polizei im Großeinsatz und die Sorge, ob die Städte in unserem Land die Nacht unbeschadet überstehen.

Die Bilanz: brennende Barrikaden, Plünderungen in Frankfurt und rund 150 verletzte Polizeibeamte, Linksextremisten und Ihre Migranten, die Hand in Hand agierten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

Auch in Stuttgart waren rund 50 Straftaten und sieben verletzte Polizeibeamte zu verzeichnen.

Die SPD hat die von ihr beantragte Aktuelle Debatte genutzt, um diese Ausschreitungen zu verharmlosen.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Wir sind bei Tagesordnungspunkt 2! – Unruhe bei der SPD)

Allein der gewählte Titel ist an Hohn gegenüber den verletzten Polizisten kaum zu überbieten.

(Zuruf von den Grünen)

Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, stellen hier die Regierung. Sie hätten heute diese Ereignisse zum Thema machen und sich hinter unsere Polizei stellen können.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Vor allem aber hätten Sie sich fragen müssen, welchen Anteil Ihre eigene Politik an diesen Zuständen hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sind bei Tagesordnungspunkt 2, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Stattdessen missbrauchen Sie die schrecklichen Taten des NSU – aufmerksam zuhören! –, um Stimmung gegen eine angebliche Bedrohung von rechts zu machen. Das ist durchschaubar und unwürdig. Es gäbe zum NSU-Komplex durchaus wichtige Fragen.

(Zuruf der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

Denn auch 15 Jahre nach seiner Enttarnung und zahlreichen Untersuchungsausschüssen und Gerichtsverfahren sind weiterhin viele Fragen ungeklärt.

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Hegel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Renner?

Abg. Chris Hegel AfD: Nein. – Insbesondere die Rolle des sogenannten Verfassungsschutzes und seiner V-Leute bleibt undurchsichtig: vernichtete Akten, falsche Aussagen, bis zur Unkenntlichkeit geschwärzte Unterlagen und Dokumente, die bis heute unter Verschluss bleiben, dazu VS-Agenten, die auf Kameras in der Nähe von Tatorten erfasst wurden und nie dort gewesen sein wollen. Darüber sollten wir sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Der CDU-Politiker Clemens Binninger, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, erklärte im Februar 2017 sinngemäß: An keinem der 27 mutmaßlichen Tatorte von Böhnhardt und Mundlos sind Fingerabdrücke oder DNA-Spuren der beiden gefunden worden. Stattdessen gibt es an verschiedenen Tatorten DNA-Spuren, die bis dahin niemandem zugeordnet werden konnten. Auch die Bekenner-DVDs enthielten keine personenbezogenen Aussagen; dort ist immer nur vom NSU als einem Netzwerk von Kameraden die Rede. An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert.

(Abg. Christian Gehring CDU meldet sich.)

(Chris Hegel)

Besonders deutlich werden die offenen Fragen beim Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn. Mehrere unabhängige Zeugen beobachteten kurz nach der Tat, wie blutverschmierte Personen in ein Fahrzeug sprangen.

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Hegel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehring von der CDU-Fraktion?

Abg. Chris Hegel AfD: Auch das nicht. – Die daraufhin angefertigten Phantombilder ähnelten weder Mundlos noch Böhnhardt. Das LKA Baden-Württemberg formulierte seinerzeit die Arbeitshypothese von bis zu sechs Beteiligten.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das ist alles widerlegt!)

Nach der Enttarnung des NSU wurden diese Spuren und Thesen nicht ausreichend weiterverfolgt.

Auch das Tatmotiv wirft Fragen auf. Die offizielle Darstellung, wonach es um den Raub der Dienstwaffen ging, wird von Experten bis heute bezweifelt. Es ist nicht glaubhaft, dass Böhnhardt und Mundlos Hunderte Kilometer nach Heilbronn fuhren, um unter hohem Risiko zwei Dienstwaffen zu rauben, obwohl sie bereits über ein ganzes Waffenarsenal verfügten.

Hinzu kommt eine auffällige Häufung von Todesfällen unter Zeugen und Personen aus dem Umfeld. F. H., führendes Mitglied der Neonaziszene in Heilbronn, verbrannte 2013 in Stuttgart in seinem Auto, ausgerechnet an dem Tag, an dem er beim LKA hätte vernommen werden sollen. Zuvor hat er mitgeteilt, zu wissen, wer Michèle Kiesewetter getötet habe.

Seine Ex-Freundin sagte hier vor dem Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg aus und starb wenige Wochen später an einer Lungenembolie – offiziell infolge einer Knieprellung.

Ein Jahr später wurde auch ihr neuer Verlobter tot in derselben Wohnung aufgefunden.

Hinzu kommt der Tod des langjährigen V-Mannes T. R.; auch A. C. wurde 2009 verbrannt neben seinem Fahrzeug gefunden. Ermittler stellten eine Ähnlichkeit zwischen seinem Gesicht und einem Phantombild aus den Ermittlungen zum Mord an Kiesewetter fest.

Das ist nur ein kleiner Teil der offenen Fragen.

Im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss unseres Landtags wollte unsere Fraktion die Aufklärung vorantreiben.

(Lachen der Abg. Andreas Schwarz und Daniel Lede Abal GRÜNE – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Das ist eine Legende! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eine Legende!)

Doch wir trafen auf ein Gremium, das sich längst festgelegt hatte und an einer ergebnisoffenen Wahrheitsfindung kein Interesse zeigte.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sie waren doch gar nicht dabei! Unglaublich!)

Alle 42 Beweisanträge der AfD-Fraktion wurden abgelehnt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ah!)

Akten der Verfassungsschutzbehörden wurden nur geschwärzt oder gar nicht erst übermittelt.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Deshalb strecken wir auch hier die Hand aus: Legen wir gemeinsam die unter Verschluss gehaltenen Akten offen! Klären wir die Beteiligung des Verfassungsschutzes an den Verbrechen des NSU lückenlos auf, und schaffen wir diese antidemokratische Behörde anschließend gemeinsam ab!

(Beifall bei der AfD – Abg. Christian Gehring CDU: Unappetitlich! Unanständig!)

Bei der Bekämpfung des politischen Terrors darf es keine doppelten Maßstäbe geben. Politische Gewalt ist immer abzulehnen, unabhängig davon, wer sie ausübt oder gegen wen sie sich richtet.

(Beifall bei der AfD)

Wir vonseiten der AfD formulieren diesen Grundsatz immer wieder unmissverständlich. Jeder von Ihnen kann auf die Unterstützung der AfD zählen, sollte er Opfer von Gewalt werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein Hohn ist das! Ein Hohn! – Zuruf des Abg. Benjamin Bauer GRÜNE)

Betroffen von Gewalt sind in Deutschland mehrheitlich Vertreter meiner Partei. Ich würde mir ein ebenso klares Bekenntnis gegen Gewalt ohne jegliche Relativierung auch einmal aus den Reihen Ihrer Altparteien wünschen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Schweigen im Walde!)

Im Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte mahnen Sie ein entschlossenes Vorgehen gegen heutigen Rechtsterrorismus an. Schauen wir uns also an, um welche Verfahren es geht.

Da ist zunächst der sogenannte Rollator-Putsch um Prinz Reuß. Angeklagte sitzen seit fast vier Jahren in Untersuchungshaft. Eine ist im Verlauf des Prozesses verstorben. Von der Anklage bleibt wenig übrig. Die verwirrten Rentner und Esoteriker, die an einen Staatsstreich durch Außerirdische glaubten, sind wohl eher selbst Opfer eines Betrugs geworden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Oh Mann!)

Eine konkrete Gefahr ging von ihnen nie aus.

Oder nehmen wir die Sächsischen Separatisten, eine angeblich rechtsterroristische Vereinigung. Bei näherer Betrachtung ist diese Vereinigung allerdings eine Erfindung des Generalbundesanwalts.

(Lachen der Abg. Andreas Schwarz und Daniel Lede Abal GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Echt ein Hohn!)

(Chris Hegel)

Die Angeklagten lernten sich erst vor Gericht kennen. Mit Kurt Hättasch saß ein AfD-Kommunalpolitiker, Ehemann und Vater fast zwei Jahre lang in Untersuchungshaft, und das, obwohl der Generalbundesanwalt bis heute keine stichhaltigen Beweise vorlegen konnte.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Während Sie angeblich rechten Terror in den Mittelpunkt rücken, bleiben andere Formen des politischen Terrors in Ihrer Betrachtung außen vor. Die RAF hat 34 Menschen getötet, sechs davon in Baden-Württemberg: Siegfried Buback, Wolfgang Göbel, Georg Wurster, Clyde Bonner, Ronald Woodward und Charles Peck. Hier zeigt sich die Einseitigkeit Ihrer Erinnerungspolitik.

SPD und Grüne haben im Bundestag jüngst eine NSU-Stiftung auf den Weg gebracht. 2027 ist sie mit 15 Millionen € ausgestattet. Darüber kann man reden. Aber wo sind vergleichbare Projekte und Stiftungen zur Aufarbeitung des RAF-Terrors oder des Islamismus?

(Beifall bei der AfD)

Im Dezember jährt sich der islamistische Anschlag auf dem Breitscheidplatz zum zehnten Mal – 13 brutal ermordete Menschen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Seitdem haben wir nur noch mehr importiert!)

Weitere Opfer gab es in Hamburg, Dresden, Duisburg, Mannheim und Solingen. Hinterbliebene dieser Anschläge standen und stehen weitestgehend allein da. Für Gerichts- und Beerdigungskosten müssen sie sich oft verschulden. Die Hinterbliebenen der Opfer des Anschlags auf dem Breitscheidplatz standen ohne Unterstützung aus der Politik da.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist traurig!)

Sie wurden von Ihren Altparteien regelrecht ignoriert.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Nach drei Wochen kam dann mal ein Brief des Außenministers, nach drei Monaten des Berliner Bürgermeisters – eine absolute Schande!

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

96 % – 96 %! – der Extremismusverfahren des Generalbundesanwalts im Jahr 2025 betrafen den Islamismus und ausländischen Extremismus.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Wer es mit dem Kampf gegen den politischen Terror ernst meint, muss eine ehrliche Bestandsaufnahme vornehmen: Woher kommt die Gefahr? Eine ehrliche Auseinandersetzung mit politischem Terror muss auch die aktuellen Entwicklungen berücksichtigen: Linksextremisten zünden aktuell gemeinsam mit Ihren Migranten in ganz Europa unsere Städte an. Erst vor wenigen Monaten verübten vermutlich Linksterroristen in Reutlingen einen Anschlag auf unsere Versorgung. Anfang des Jahres traf es Berlin. Mehr als 100 000 Bürger waren betroffen, zahlreiche Menschenleben gefährdet. Vor wenigen Tagen folgten Razzien in vier Bundesländern gegen das Kollektiv Zwickau, eine kommunistische Vereinigung, die politisch Andersdenkende gewaltsam angegriffen haben soll.

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Gewaltbereite Antifa-Gruppen sind deutschlandweit aktiv. Sie verschließen davor die Augen und missbrauchen den NSU für plumpe Parteipolitik gegen die AfD. Das ist schlicht widerlich.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Wer hat Sie denn angesprochen? Wer hat Sie heute angesprochen? – Abg. Cindy Holmberg GRÜNE: Warum fühlen Sie sich angesprochen? – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD – Unruhe bei den Grünen)

Die Opfer jedes Terrors und jeder Gewalt verdienen die AfD, verdienen die Wahrheit. Die Bürger in unserem Land verdienen Sicherheit. Und beide Gruppen verdienen mehr als Ihre heutige Inszenierung.

Ein Versprechen kann ich heute für meine Fraktion geben: Sobald wir regieren, legen wir die Akten offen, schaffen Transparenz und sorgen vor allem für Sicherheit für alle Baden-Württemberger.

(Zuruf von den Grünen: Ha, ha!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Für die SPD-Fraktion spricht nun der Kollege Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Bezug auf die Rede meines Vorredners nehmen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Herr Hegel, heute geht es um das Gedenken der Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds – zehn ermordete Menschen –, und Sie schaffen es nicht einmal, zehn Minuten –

(Abg. Sandro Scheer AfD hält ein Exemplar der Tagesordnung der laufenden Sitzung hoch. – Abg. Sandro Scheer AfD: Hier steht nichts von „Gedenken“!)

zehn Minuten! –, Ihrem Hass Einhalt zu gebieten und würdevoll dieser Opfer zu gedenken. Das war ein würdeloser Auftritt, das muss ich Ihnen an dieser Stelle schon sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Udo Stein AfD meldet sich.)

Gestern vor 15 Jahren, am 4. November 2011, wurde die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds enttarnt. Vor 15 Jahren wurde zur Gewissheit, was man bei einer unvoreingenommenen Betrachtung eigentlich schon vorher hätte wissen müssen. Über Jahre hinweg wurden Menschen, von den Sicherheitsbehörden unbemerkt, in Deutschland gezielt ermordet – wegen ihrer Herkunft, wegen ihrer Religion oder wegen ihrer Hautfarbe. Das letzte Opfer war Michèle Kiese-

wetter, eine junge deutsche Polizistin, die hinterrücks und feige auf der Heilbronner Theresienwiese erschossen wurde.

Die rechtsextremistischen Terroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe haben furchtbaren Terror gegen Menschen in unserem Land verübt. Bis heute ist offen, ob und wie viele Unterstützerinnen aus der rechten Szene sie hierbei unterstützt haben. Es steht zu befürchten, dass die Kernzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds nur die Spitze des Eisbergs gewesen ist.

Zehn Menschen wurden ermordet: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Das sind keine abstrakten Namen; es geht um Menschen, um ihre Schicksale. Die Ehepartner, Eltern, Kinder, Freundinnen und Freunde haben getrauert und trauern bis zum heutigen Tag um ihre Angehörigen. Ihre Familien haben eben nicht nur ihre Angehörigen verloren; sie mussten anschließend jahrelang mit Verdächtigungen, Ermittlungen und dem Gefühl leben, selbst unter Generalverdacht zu stehen.

Präsident Thomas Strobl: Herr Kollege Dr. Weirauch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein?

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Auf keinen Fall.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verbrechen des NSU sind eine Mahnung an unsere Sicherheitsbehörden, an die Politik, an unsere demokratische Gemeinschaft. Rechtsterrorismus ist keine Randnotiz: 2011 nicht, und – das muss man so deutlich sagen – heute wahrscheinlich sogar noch weniger.

Der Rechtsterrorismus zieht seit Jahrzehnten eine Blutspur durch unser Land: das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest 1980 mit 13 Toten, die rassistisch motivierten Brandanschläge in Solingen und Mölln mit insgesamt acht Toten, darunter fünf ermordete Kinder, der Anschlag am Münchner OEZ, bei dem neun Menschen mit Migrationsgeschichte – darunter auch wieder viele Kinder – von einem Rechtsextremisten ermordet wurden, die Amoktaten von Hanau und Halle, der Mord an Walter Lübcke. Insgesamt fielen in der Geschichte der Bundesrepublik über 200 Menschen rechtsextremistischen Mordtaten zum Opfer.

Der NSU war also kein isolierter Einzelfall. Er steht in einer unheilvollen Tradition rechtsextremistischen Terrors in Deutschland. Der NSU war Ausdruck eines rechtsterroristischen Netzwerks, das sich im Untergrund radikalisieren, Waffen beschaffen, Verstecke finden und über Jahre hinweg unentdeckt morden konnte. Die Mordserie des NSU hat Versäumnisse offengelegt, die uns bis heute beschämen müssen. Die Ermittlungsbehörden haben viel zu lange am Mythos der sogenannten Döner-Morde festgehalten – eine erneute Stigmatisierung der Opfer. Die Opfer und ihre Familien wurden selbst kriminalisiert, rassistische Vorurteile beeinflussten offenkundig die Ermittlungsarbeit, obwohl es deutliche Anhaltspunkte für eine Terrorserie gab, deren einzige Verbindung bis auf den Mord an Michèle Kiesewetter die Herkunft der Opfer gewesen ist.

Das ist eine der dunkelsten Lehren aus dem NSU-Komplex: Wenn sich Vorurteile bei der Polizei und dem Verfassungsschutz reproduzieren, werden Fehler gemacht, werden Täter nicht bestraft und Opfer nicht als Opfer anerkannt. Deshalb ist Aufklärung keine Vergangenheitsbewältigung um ihrer selbst willen. Ziel der NSU-Aufarbeitung war und ist es nach wie vor, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Wir haben in der Zeit von 2016 bis 2018 in 28 Sitzungen insgesamt 78 Zeugen vernommen. Ich muss es wissen, denn ich war dabei; ich war Mitglied in diesem Untersuchungsausschuss. Gegenstand unserer Arbeit waren 1 300 Aktenordner, unser Abschlussbericht umfasst über 1 100 Seiten. Wir sind diversen, quasi allen Ermittlungsansätzen noch mal nachgegangen und konnten viele Mythen ausräumen, beispielsweise die angebliche Verwicklung ausländischer Geheimdienste am Tatort oder die Verwicklung der islamistischen Sauerland-Gruppe. Das war alles absurd, und wir konnten zweifelsfrei nachweisen, dass da nichts dran ist. Ebenso – wie Herr Hegel gerade behauptet hat – die Sache mit der blutverschmierten Kleidung und den Phantombildern: Das ist alles ausermittelt. Sie haben sich einfach mit dem Abschlussbericht nicht richtig auseinandergesetzt. Aber genau wie Ihre Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss haben Sie unsere Arbeit torpediert und konnten auch der Arbeit überhaupt nicht folgen.

(Zuruf von der AfD: Ach so!)

Randnotiz dieser Geschichte ist, dass Ihre Fraktion der Bewertung der demokratischen Fraktionen im Ausschuss sogar zugestimmt hat.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie sind keine Demokraten!)

Das müssen Sie sich an dieser Stelle mal ins Stammbuch schreiben. Vielleicht wäre es gut, wenn Sie sich mal eingehend damit befassen, bevor Sie uns in diesem Haus solche Reden zumuten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der AfD)

Es ist zweifelsfrei belegt, dass der Mord auf der Heilbronner Theresienwiese durch die NSU-Mörder Mundlos und Böhnhardt begangen wurde. Michèle Kiesewetter wurde dabei hinterrücks ermordet, ihr Kollege schwer verletzt. Auch für uns ist klar, dass die Mörder diese Tat nur mit Unterstützung eines rechtsextremistischen Umfelds begehen konnten, das es auch bei uns in Baden-Württemberg gab und – man muss es so sagen – wahrscheinlich auch bis heute gibt.

Im Ergebnis ist es insbesondere auch wegen des damaligen Engagements des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler aber gelungen, dass die demokratischen Fraktionen der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP zum Abschluss des Untersuchungsausschusses gemeinsam getragene Handlungsempfehlungen für unsere Arbeit in Baden-Württemberg formuliert haben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Solange man sich als demokratisch bezeichnen muss, ist man nicht demokratisch! Sie sind nicht demokratisch!)

Das war ein wichtiges Signal über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Der Kampf gegen Rechtsterrorismus ist eine ge-

meinsame demokratische Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Zurufe von der AfD)

Auf der Basis der Handlungsempfehlungen wurden konkrete Fortschritte im Kampf gegen den rechten Terror erreicht. Es wurde schon gesagt: Die finanziellen Zuwendungen beim Opferschutz wurden mehr als verdoppelt; wir haben konex BW, unser Kompetenzzentrum gegen Extremismus, ausgebaut und auch personell nochmals deutlich verstärkt; wir haben das IRex, das Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen, implementiert – ein erfolgreiches Institut, das eine hervorragende Arbeit macht –; es gibt die DokRex des Landesarchivs in Karlsruhe. Es wurde einiges erreicht; das muss man an dieser Stelle schon sagen.

Gleichzeitig müssen wir uns 15 Jahre nach der Enttarnung des NSU aber fragen: Was ist denn aus den übrigen Handlungsempfehlungen geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wo bleibt der sogenannte Aufbruch für Demokratie, den wir fraktionsübergreifend – Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP – gefordert haben?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Die FDP ist nicht mehr dabei!)

Wo bleibt das landeseigene umfassende Konzept zur Förderung einer wehrhaften Demokratie, welches kommunale und zivilgesellschaftliche Träger mit beteiligt?

Die grün-schwarze Landesregierung zieht sich weitestgehend auf die Kofinanzierung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auf – sagen wir mal – niedrigem Niveau zurück; das sind einige Hunderttausend Euro. Anders ist es beispielsweise bei der roten bzw. schwarz-roten Landesregierung in Hessen, die bereits vor Jahren ein schlüssiges Konzept, ein demokratiefördernde Lernkonzept als Landeskonzept vorgelegt hat, das mit fast 10 Millionen € finanziell unterlegt wird. 10 Millionen € in Hessen gegen wenige Hunderttausend Euro in Baden-Württemberg – liebe Kolleginnen und Kollegen, da läuft etwas schief im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nicht unendlich viel Zeit, um gegenzusteuern gegen eine extremistische Unterwanderung und immer stärker werdende Strukturen innerhalb und außerhalb der Parlamente, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden heute Nachmittag auch noch über die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Was unternimmt die Landesregierung gegen Rechtsextremismus?“ diskutieren. Ich möchte der Debatte nicht vorgreifen; aber die Zahlen sind ernüchternd. Die Gefahr von rechts ist nach wie vor sehr groß.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Das merke ich jeden Tag auf der Königstraße, wie gefährlich Rechtsextremismus ist!)

2025 wurden in Baden-Württemberg 2 706 Straftaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ registriert. Das ist eine Steigerung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in Baden-Württemberg innerhalb eines Jahres von 78 %. Über 3 100 Rechtsextremisten haben ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg; einige sitzen sogar hier bei uns im Parlament.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ah! Okay!)

Die Gefahr eines NSU 2.0, einer neuen rechtsradikalen Terrorzelle, ist aktuell so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Lassen Sie uns nicht tatenlos zusehen. Lassen Sie uns diesen rechtsextremistischen Sumpf endlich austrocknen! Wir können in Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten – mit aller Härte, die unser Rechtsstaat ermöglicht.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wir sollten den Sozialismus austrocknen!)

Die Landesregierung muss zudem den legalen Zugang zu Waffen für Rechtsextremisten endlich unmöglich machen.

Wir müssen aber auch in die Prävention investieren. Rechtsextremismus beginnt nicht erst mit einer Gewalttat; Rechtsextremismus beginnt mit Propaganda, mit Feindbildern, mit Hetze im Netz und mit vermeintlich harmlosen Freizeitangeboten.

15 Jahre nach der Aufdeckung des NSU dürfen wir nicht so tun, als ob die Gefahr vorbei wäre. Die Gefahr ist nicht vorbei; sie hat sich nur verändert. Rechtsterroristische Radikalisierung findet heute auch in digitalen Räumen statt, in internationalen Netzwerken. Verschwörungserzählungen, Antisemitismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit bilden dabei häufig den ideologischen Nährboden.

Der demokratische Rechtsstaat muss darauf reagieren. Das gilt auch für das vereinsrechtliche Verbot von rechtsradikalen Vereinigungen. In vielen Fällen reicht die Beobachtung durch den Verfassungsschutz einfach nicht mehr aus, um Gefahren für unseren Staat abzuwehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Selbstenttarnung – es war eine Selbstenttarnung – des NSU war ein Zufall und nicht das Ergebnis guter Ermittlungsarbeit oder konsequenter Strafverfolgung. Der NSU-Terror hat uns gezeigt, dass staatliche Institutionen Fehler machen, und er hat uns gezeigt, dass diese Institutionen Fehler eingestehen, aufarbeiten und Konsequenzen ziehen müssen. Deshalb darf es nicht bei Gedenkveranstaltungen und wohlklingenden Worten bleiben. Auch 15 Jahre nach der Enttarnung des NSU müssen wir uns mehr denn je daran messen lassen, ob wir aus den Fehlern der Vergangenheit tatsächlich gelernt haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Für die Landesregierung erteile ich nun das Wort dem Innenminister, dem Kollegen Manuel Hagel.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa Manuel Hagel: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 4. November 2011 brennt in Eisenach ein Wohnmobil aus. Wenige Stunden später explodiert in Zwickau eine ganze Wohnung.

(Minister Manuel Hagel)

Im Wohnmobil finden Ermittler zwei Pistolen. Es sind Dienstwaffen von Michèle Kiesewetter und ihrem Kollegen. An diesem Tag wurde aus einem rätselhaften Verbrechen in Heilbronn eine bittere Gewissheit für unser ganzes Land. Rechtsterroristen haben mitten in Deutschland gemordet und eine Blutspur durch unsere Republik gezogen – jahrelang, unerkannt und aus purem Hass.

Wenig später tauchte dann ein Bekennervideo auf. Darin verhöhnen die Täter ihre Opfer mit einer Zeichentrickfigur.

15 Jahre – 15 Jahre ist das jetzt her, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es in drei Reden vorher eindrücklich gehört: Diese Wunde ist bis heute offen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund hat eine Blutspur durch unsere ganze Republik gezogen. Zehn Menschen wurden ermordet. Viel zu oft redet man über die Täter. Ich finde, heute in dieser Debatte braucht es Raum für die Opfer.

Die israelische Dichterin Zelda – ich werde ab Samstag ein paar Tage auf der Cyber Week in Israel sein und habe ihre Werke im Zuge dessen entdeckt – hat ein schönes Gedicht geschrieben mit dem Titel „Jeder Mensch hat einen Namen“. In Israel wird dieses Gedicht bei Namenslesungen zum Holocaustgedenktag immer wieder gesprochen. Der Titel dieses Gedichts greift den ganzen Inhalt dieses Gedichts auf: Jeder Mensch hat einen Namen, weil jeder Mensch eine Geschichte hat.

Deshalb möchte ich heute nicht nur von einem abstrakten Umstand sprechen, sondern ganz konkret von den Opfern: Enver Şimşek, Opfer des Anschlags in Nürnberg, Abdurrahim Özüdoğru, Nürnberg, Süleyman Taşköprü, Hamburg, Habil Kılıç, München, Mehmet Turgut, Rostock, İsmail Yaşar, Nürnberg, Theodoros Boulgarides, München, Mehmet Kubaşık, Dortmund,

(Zuruf von der AfD)

Halit Yozgat, Kassel, Michèle Kiesewetter, Baden-Württemberg.

25. April 2007, Theresienwiese in Heilbronn: Michèle Kiesewetter war damals, zum Zeitpunkt ihrer Ermordung, 22 Jahre alt. Michèle Kiesewetter ist aus Thüringen zu uns nach Baden-Württemberg gekommen, um bei unserer Polizei zu dienen und um Freiheit und Demokratie und die Sicherheit von elf Millionen Baden-Württembergern mutig und tapfer zu verteidigen. An dem Tag ihrer Ermordung hätte die Polizistin Michèle Kiesewetter eigentlich frei gehabt. Aber sie ist eingesprungen für einen Kollegen. Dann verbringt sie die Mittagspause im Streifenwagen. Plötzlich fallen Schüsse aus dem Hinterhalt – der Kollege Gehring hat es dargestellt –, von hinten, aus allernächster Nähe. Michèle Kiesewetter ist verstorben. Ihr Kollege hat schwer verletzt überlebt.

Michèle Kiesewetter trug zu diesem Zeitpunkt die Uniform unserer Polizei. Auf dieser Uniform ist das Wappen unseres Landes. Michèle Kiesewetter stand für alles ein, was unser Land ausmacht – und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind es unserer Landespolizei schuldig, dass wir auch für sie einstehen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Dieser fürchterliche Mord hat die Blaulichtfamilie in unserem Land Baden-Württemberg ins Mark getroffen. Er hat ganz Baden-Württemberg, die Zivilgesellschaft in unserem Land tief erschüttert. Und ja – es klang in den Reden vorher an –, es schmerzt bis heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um eines in aller Klarheit zu sagen: Wer auf unsere Beamten, wer auf unsere Polizistinnen und Polizisten schießt, wer Molotowcocktails, Steine oder anderes auf unsere Beamten wirft, der zielt auf uns alle. Er zielt auf die Werte und die Ideale, die unser Land ausmachen, er zielt auf unseren Rechtsstaat, er zielt auf unsere Freiheit, er zielt auf unsere freiheitliche Demokratie, er zielt auf unser Zusammenleben, er zielt auf den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, und wir werden diesen Angriffen mit aller Härte begegnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Die Frage ist berechtigt: Warum Heilbronn, und warum gerade Michèle Kiesewetter? Die Ermittler sind heute davon überzeugt, dass die Täter damals den Staat treffen wollten. Sie wollten den Staat in Gestalt seiner Polizei treffen. Für die Familien und viele von ihnen – auch viele von uns – bleiben bis heute Fragen offen. Auch das gehört zur Würde dieser Debatte und zur Ehrlichkeit: es offen auszusprechen. Deshalb halten wir die Erinnerung an Michèle Kiesewetter wach. Wir halten aber auch die Erinnerung an jedes einzelne Opfer wach. Ich bedanke mich sehr bei der Fraktion GRÜNE für diese heutige Debatte, die dieser Erinnerung Raum gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Viele weitere Menschen wurden fortfolgend bei Bombenanschlägen verletzt. Ihre Angehörigen wurden teilweise von staatlichen Institutionen verdächtigt und nicht getröstet. Ermittler suchten im Umfeld der Familien. Zeitungen schrieben von „Döner-Morden“; 2011 wurde dieses Wort zum Unwort des Jahres gewählt. Liebe Kolleginnen und Kollegen – es klang an –, wir alle tragen Verantwortung für die Art, wie wir in unserem Land reden und wie wir Dinge benennen. Allein diesen Begriff – ein Wort, das aus Menschen Klischees macht – finde ich widerlich. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dieses Hohe Haus, der Landtag von Baden-Württemberg, hat nicht weggeschaut, sondern hingeschaut. Zwei Untersuchungsausschüsse haben den NSU-Komplex in Baden-Württemberg aufgearbeitet – gründlich, hartnäckig und über Fraktionsgrenzen hinweg. Diese Arbeit in Reden zu diskreditieren, ist unwürdig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Im Namen der Landesregierung danke ich allen Fraktionen und allen, die an der Arbeit mitgewirkt haben. Es ging damals wie heute auch um unbequeme Fragen. Auch bei uns im Land – auch das gehört zur Ehrlichkeit – wurde zu lange in die falsche Richtung ermittelt. Das hat die Aufarbeitung offengelegt.

Aufarbeitung ist kein Schlusspunkt. Aufarbeitung ist ein Doppelpunkt, denn danach kommt – –

Präsident Thomas Strobl: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein von der AfD-Fraktion?

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa Manuel Hagel: Ich denke, die AfD hatte genug Zeit, darzustellen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja oder Nein?)

was sie zu dieser Frage zu sagen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Herr Präsident, ich möchte der AfD heute nicht den Gefallen tun, dass wir permanent über sie reden, sondern ich möchte über die Opfer reden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Wir bestimmen diesmal!)

Deshalb: Aufarbeitung ist kein Schlusspunkt, sondern ein Doppelpunkt. Danach kommt der Auftrag für uns und für die Zukunft. Dieser Auftrag lautet: Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit. Die heutige Lage in unserem Land verlangt unsere Wachsamkeit, und sie verlangt unsere Wehrhaftigkeit. 3 790 Rechtsextremisten zählt unser Verfassungsschutz in Baden-Württemberg. Diese Rechtsextremisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, wohnen mitten unter uns. Sie handeln, sie reden, sie leben vor unser aller Augen. Es sind so viele wie nie zuvor in unserem Land.

Allein im vergangenen Jahr kamen 650 von ihnen dazu. Jeden Tag stieg die Zahl von Rechtsextremisten in Baden-Württemberg somit um fast zwei. 97 rechtsextremistische Gewalttaten pro Jahr in Baden-Württemberg, fast zwei jede Woche. 2022 waren es insgesamt noch 34. Das ist fast eine Verdreifachung allein in drei Jahren. Die Szene wird gewaltbereiter, sie wird immer extremer, und sie wird jünger. Sie vernetzt sich neu, und sie mobilisiert sich schneller.

Die Vorfälle rund um den NSU haben uns eines gelehrt: Der Rechtsterrorismus wächst, der Rechtsterrorismus wächst langsam, der Rechtsterrorismus wächst oft im Verborgenen, der Rechtsterrorismus hat Helfer, die wir nicht immer sehen, und wenn er zuschlägt, ist es zu spät. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das darf uns jetzt nicht mehr passieren. Deshalb werden wir ganz genau hinschauen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Der Rechtsterrorismus in Baden-Württemberg hat Wurzeln in Ideologien. Er wird durch Vernetzung größer. Er zieht seine zerstörerische Kraft aus gegenseitiger Unterstützung. Deshalb schauen wir auf das ganze Geflecht. Wir schauen auf die Ideologie, wir schauen auf die Netzwerke, wir schauen auf die Unterstützer, wir schauen auf das Umfeld – digital wie analog.

Unser Verfassungsschutz sieht, wie die sogenannte Neue Rechte jetzt ihre Netze in unserem Land knüpft – bis hinein in Jugendorganisationen. Das Landesamt für Verfassungsschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat diese Entwicklungen sehr genau im Blick. Ich bin deshalb auch den Koalitionsfraktionen von Grünen und CDU sehr dankbar, dass wir jetzt, da sich die Feinde unserer Freiheit und der Demokratie aufmachen und sich neu rüsten, bereit sind, unsere Sicherheitsarchitektur aufzurüsten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wer sind die Feinde der Demokratie?)

Es reicht nicht, auf die gleiche Höhe zu kommen. Wir müssen vor die Welle kommen. Dafür, dass wir jetzt eine Abwehroffensive in Baden-Württemberg starten, um dem Extremismus, egal, woher er kommt, Einhalt zu bieten, danke ich von Herzen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es geht darum, extremistische, rechtsextremistische Strukturen aufzudecken, Gewaltpotenziale früh zu erkennen und Hinweise auf Taten zu erkennen, bevor die Taten stattfinden. Wir stellen uns dieser Radikalisierung entgegen, bevor aus Worten Taten werden. Was wir konkret dafür tun, beraten wir heute zu einem späteren Zeitpunkt bei der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion noch ausführlich.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes, die in Anschauung und Erlebung unser Grundgesetz verfasst haben, haben uns einen Fixpunkt unverrückbar für alle Zeit mit auf den Weg gegeben: Artikel 1 unseres Grundgesetzes:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt für alle. Das gilt für Lebende, das gilt auch für Ermordete, das gilt für Familien, das gilt für alle Opfer des NSU.

Im September 2019 pflanzte die Stadt Zwickau eine Eiche für Enver Şimşek. In Zwickau lebten die Täter jahrelang unerkannt. Wenige Wochen später, beschämenderweise am Tag der Deutschen Einheit, sägten Unbekannte genau diesen Gedenkbaum um. Eine Gedenkbank als Ersatz wird kurz darauf ebenfalls zerstört. Die Bürgergesellschaft, die Zivilgesellschaft in Zwickau war wie getroffen. Aber die Zivilgesellschaft in dieser Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen, blieb nicht in ihrem Schrecken und in ihrer Wut zurück, sondern die Zivilgesellschaft in Zwickau hat geantwortet. Sie hat für einen gefällten Baum zehn neue gepflanzt – zehn neue Bäume, ein Baum für jedes Opfer. Ich finde, was die Menschen in Zwickau geschafft haben, ist genau die richtige Antwort: dass wir diesem Hass mit noch größerem Engagement begegnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Dort, wo die Rechtsterroristen und Extremisten einen Baum gefällt haben, hat die Zivilgesellschaft einen ganzen Hain gepflanzt.

Vor wenigen Tagen wurde auf der Theresienwiese in Heilbronn ein neues Wandbild eingeweiht. Der Präsident unseres Landtags war dort. Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, ich danke Ihnen sehr für Ihre würdige Rede an diesem speziellen Ort. Das hat auch unserem Hohen Haus Würde verliehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Elf Jugendliche haben dieses Wandbild gemeinsam mit einem Heilbronner Künstler gestaltet. Es steht auf der Wand der Pumpstation, an der unsere Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen wurde.

(Minister Manuel Hagel)

Aus den Anfangsbuchstaben der zehn Opfer ist ein Gedenkmural in zwölf Farben entstanden. Warum zwölf Farben? Die zwölf Farbtöne orientieren sich an den Hautfarben der elf Jugendlichen und des Künstlers. Sie stehen für die Vielfalt in unserem Land. Sie stehen dafür, was Baden-Württemberg ausmacht, was Beteiligte, Menschen und Zusammenleben in einem multikulturellen Land Baden-Württemberg ausmacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist unser Auftrag. Das ist unser Auftrag in Baden-Württemberg, und zwar nicht nur abstrakt im Landtag von Baden-Württemberg in Plenarreden, sondern für jede und jeden Einzelnen in unserem Land – im Grunde genauso wie in Zwickau –: Wir bewahren, was erinnert, wir pflegen, was verbindet, und wir schützen unsere Verfassung, die Ideale, die Werte, auf denen unser Land gründet.

An alle, die es nicht wahrhaben wollen: Baden-Württemberg zu sein, Einwohner dieses Landes zu sein, hat nichts mit Hautfarbe zu tun. Es hat nichts mit Religion zu tun. Es hat nichts mit Augenfarbe oder mit dem Namen zu tun. Es hat mit einer Geisteshaltung zu tun. Deshalb: Egal, woher jemand kommt, wie jemand heißt, welche Hautfarbe jemand hat, an welchen Gott jemand glaubt, wen jemand liebt – auch an die Teile dieses Hauses, die das nicht wahrhaben wollen –: Sie alle sind Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Genau das ist unsere Antwort als demokratischer Rechtsstaat. Genau das ist unsere Antwort als Landesregierung. Es ist die Grundlage der Sicherheitspolitik dieser Landesregierung: dass nicht der Hass das letzte Wort hat, sondern die Würde. Dafür stehen wir. Dafür stehen wir, indem wir erinnern, indem wir uns an diesen Maximen messen lassen und indem wir mit Haltung diesem Hass begegnen und der Spaltung Zusammenhalt entgegenstellen.

(Zuruf von der AfD: So, so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in einer Debatte wie heute, in der es um schlimme Dinge geht, möchte ich sagen: Diese elf jungen Menschen aus Heilbronn, die elf Jugendlichen, die dieses Wandbild mit seiner Botschaft gemalt haben, machen mir Mut.

Deshalb dürfen wir bei allem, was uns bekümmert, und bei allem, wofür es sich zu kämpfen lohnt, niemals vergessen, für wen wir das tun. Wenn die junge Generation die Erinnerung weiterträgt, bleibt unser großartiges Land, was es sein soll: eine Heimat, in der jeder frei und sicher leben kann, eine Heimat, in der jeder – sei es am Redepult in diesem Plenarsaal oder auf unseren Straßen – sagen kann, was er möchte – und sei es noch so krude –, ohne dass er Angst haben muss, ins Gefängnis zu kommen, und in der jeder alles sagen kann, egal, woher er kommt. Darauf gründen die Überzeugungen dieses Landes. Darauf gründen auch die Überzeugungen unserer Landespolizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch an einem Tag wie diesem: Das sind wir den Opfern schuldig. Das müssen wir besser machen, als es in der Vergangenheit erfolgt ist. Aber wir sind es nicht nur der Vergangenheit schuldig, sondern wir sind es vor allem auch unserer Zukunft schuldig. Wir sind es denen schuldig, die nach uns kommen.

Die Demokratien auf der Welt, sie werden weniger. Die Demokratien werden zunehmend von Extremisten unterwandert. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Lasst uns die Freiheit und die Demokratie mit allem schützen, was uns zur Verfügung steht. Das tun wir, die Landesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Das Wort für die Fraktion GRÜNE hat der Kollege Lede Abal.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen an die CDU-Fraktion, an die SPD-Fraktion und auch an den Innenminister, weil sie unserer Intention, unserem Gedanken gefolgt sind, die Opfer des NSU in den Mittelpunkt zu stellen. Ich glaube, das ist das richtige Symbol, das richtige Zeichen heute hier, 15 Jahre nach der Enttarnung des NSU. Ich glaube auch, dass das der Weg ist, auf den wir weiter schauen müssen.

Auf Bundesebene geht es gerade um die Frage nach einer Opferstiftung, einem Opferfonds für die Angehörigen der Opfer des NSU. Auch dazu wird es weitere Gespräche und Diskussionen geben.

Wir werden schauen müssen, wie wir die Opfer – übrigens nicht nur die Opfer von Terroranschlägen, sondern auch diejenigen, die insgesamt Opfer von Gewalt und anderen Straftaten werden – in Zukunft besser schützen und schützen können. Dazu haben wir in Baden-Württemberg mit den Opferschutzbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften einen Weg eingeschlagen. Wir werden dieses Instrument weiterentwickeln und freuen uns auf die Diskussionen mit Ihnen.

Wir werden auch im Bereich Prävention weiter schauen müssen. Herr Kollege, dafür können wir uns auch in Zukunft gern gemeinsam starkmachen und uns austauschen. Die Frage lautet: Wie stärken wir zivilgesellschaftliche Strukturen? Denn ich denke, dass Demokratiebildung, politische Bildung der beste Weg der Prävention ist und auch insgesamt für eine stabile und gute Struktur notwendig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben – der Innenminister hat das in seiner Rede auch angesprochen – insgesamt neue Phänomene, speziell auch im Bereich des Rechtsextremismus. Es gibt neue Plattformen, auf denen Kontakte geknüpft werden, es gibt das Phänomen der Wegwerfagenten, die aus dem Ausland instrumentalisiert werden, es gibt rechtsterroristische Gruppen, die beispielsweise aus den USA nach Europa greifen, z. B. die „Atomwaffen Division“ aus den USA. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie suchen sich Kontakte in Deutschland und versuchen, Personen zu radikalisieren und zu terroristischen Taten anzutreiben.

Aufgrund dessen müssen wir uns verändern und notwendige Maßnahmen ergreifen. Beispielsweise müssen wir im digitalen Bereich und im Bereich der Aufklärung über weiter ge-

hende Befugnisse für Sicherheitsbehörden sprechen. Dazu gibt es im Bund gerade Schritte und Maßnahmen, über die diskutiert wird.

Wir werden schauen müssen, wie wir uns im Land damit auseinandersetzen, und uns auch an die Möglichkeiten des Bundes anpassen. Wir werden dabei natürlich auch über Kontrolle durch das Parlament, über Kontrolle durch die Justiz diskutieren müssen; denn wir sind hier im Bereich von tiefgreifenden Grundrechtseingriffen.

Ich denke aber, dass wir dieser Diskussion nicht ausweichen können. Wir müssen über diese Schritte diskutieren. Wir werden uns an eine veränderte Sicherheitslage anpassen müssen. Wir sind das im Blick zurück den Opfern des NSU und anderer Rechtsterroristen, auch den Opfern von anderen terroristischen Akten und politischer Gewalt schuldig.

Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Nun rufe ich **Punkt 3** unserer Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 18. Bundesversammlung

(Abg. Miguel Klauß AfD: Herr Präsident! Ich hätte eine Wortmeldung! Ich hätte gern das Wort!)

– Zur Geschäftsordnung?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Zu den Vorschlagslisten eine Anmerkung! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, da gibt es keine Aussprache! – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Die wohnen doch alle in Stuttgart! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Ich will keine Aussprache! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Dazu gibt es keine Aussprache! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Ich mache es vom Platz aus! – Gegenrufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Aber ich habe Anmerkungen für die Vorschlagslisten! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Der Bundespräsident wird ohne Aussprache gewählt! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da gibt es keine Aussprache! – Abg. Anton Baron AfD: Man wird doch zur Geschäftsordnung reden dürfen! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Ich will auch nicht zur Geschäftsordnung reden! Ich möchte Anmerkungen machen, dass möglicherweise Fehler auf der Vorschlagsliste sind! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! Dazu gibt es keine Aussprache! – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Dass die alle in Stuttgart wohnen, meint er bestimmt! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zu- und Gegenrufe, u. a.: Nein! – Abg. Miguel Klauß AfD: Dann stelle ich einen Geschäftsordnungsantrag, wenn Sie mir das Wort nicht erteilen! Mein Gott! – Abg. Winfried Mack CDU: Wir fahren fort! – Abg. Miguel Klauß AfD: Ich stelle einen Geschäftsordnungsantrag!)

– Sie wollen jetzt zur Geschäftsordnung sprechen?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wenn mir keine Aussprache erlaubt ist!)

– Dann sprechen Sie zur Geschäftsordnung.

Abg. Miguel Klauß AfD: Herr Präsident, Kollegen! Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Vorschlagslisten von der Landtagsverwaltung noch mal kontrollieren zu lassen.

(Zurufe, u. a.: Warum Verwaltung?)

Ich habe auch noch eine Anmerkung zu unserer Vorschlagsliste. Es hieß, für die Benennung in der Liste an die Landtagsverwaltung muss man eine Anschrift angeben.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Die große Wohngemeinschaft in Stuttgart! – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe der Abg. Sascha Binder und Dr. Boris Weirauch SPD)

Wie Sie sehen, haben wir überall Stuttgart angegeben, weil wir aufgrund der steuerfinanzierten linksextremen NGOs unseren Wohnort natürlich schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe – Unruhe)

Jetzt steht aber auf der Vorschlagsliste: Wohnort – –

Präsident Thomas Strobl: Herr Kollege Klauß, sprechen Sie zur Geschäftsordnung.

Abg. Miguel Klauß AfD: Ja.

Präsident Thomas Strobl: Ansonsten werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt steht bei uns: Wohnort.

Ich habe aufgrund der Liste der Grünen und der Liste der CDU eine Anmerkung: Auf Platz 30 steht jeweils Katja Maier, Westhausen-Lippach.

(Abg. Isabell Huber CDU: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!)

Ich möchte, dass dies überprüft wird – nicht, dass wir falsche Vorschlagslisten haben und eine Person womöglich zweimal gewählt wird.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! Es ist alles korrekt! – Abg. Andreas Braun CDU: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! – Abg. Winfried Mack CDU: Ist verstanden worden! – Unruhe)

Präsident Thomas Strobl: Herr Kollege Klauß, Sie haben nicht vollständig zur Geschäftsordnung gesprochen. Ich bitte Sie, in Zukunft dieses Instrument, dass ich Ihnen zur Geschäftsordnung das Wort erteile, nicht zu missbrauchen.

Zum Zweiten kann ich Ihnen sagen, dass der Vorschlag auf Platz 30 der Listen der Fraktion GRÜNE und der CDU-Frak-

tion von der Landtagsverwaltung rechtlich geprüft und für in Ordnung befunden wurde. Sind Sie mit dieser Auskunft zufrieden?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Und dass unsere Vorschlagsliste auch in Ordnung ist! Weil „Wohnort“ drinsteht! Wir haben aber Anschriften!)

– Auch die Vorschlagsliste der AfD-Fraktion haben wir, soweit es uns möglich war, rechtlich geprüft und für in Ordnung befunden.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Gut! Ich wollte ja nur kurz das Wort dazu! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wenn man nicht weiß, wie man eine Vorschlagsliste erstellt, sorry, dann muss man den Landtag nicht damit beschäftigen! Also ernsthaft! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Moment mal! Man musste den Wohnort angeben! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Es liegt in Ihrer Verantwortung, das zu klären! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Okay, weiter! – Zuruf der Abg. Isabell Huber CDU – Unruhe)

Ich gehe aber mal davon aus, dass Sie Ihre eigene Vorschlagsliste selbst daraufhin überprüfen, ob diese in Ordnung ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es, wie immer, im geordneten Geschäftsgang weiter.

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte im allseitigen Interesse um Ihre Aufmerksamkeit.

Nach § 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten wählt der Landtag die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Die Sitze werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren nach d’Hondt zugeteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten des Landtags zu ziehende Los. Die nicht gewählten Bewerber einer Liste fungieren als Ersatzmitglieder.

Die Fraktionen des Hohen Hauses haben sich auf eine geheime Wahl verständigt. Die Listen der Fraktionen liegen Ihnen vor *(Anlagen 1 bis 4)*. Aufgrund der Regeln der Verhältniswahl werden die vier Listen zusammen zur Abstimmung gestellt. Sie dürfen nur für eine der vier Listen stimmen. Ich wiederhole: Sie haben nur eine Stimme. Ansonsten ist Ihr Stimmzettel ungültig.

In die Wahlkommission berufe ich die folgenden Mitglieder des Landtags: Sascha Binder, Lea Geldner, Meike Günter, Hermann Katzenstein, Kay Rittweg, Volker Schebesta, Christiane Staab, Andreas Sturm und Sandro Scheer. Ein Mitglied der Wahlkommission – ich schlage Ihnen hierfür Frau Abg. Günter vor – nimmt vom Redepult aus den Namensaufruf gemäß § 97a unserer Geschäftsordnung vor.

Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zum rechten oder linken Ausgang des Plenarsaals zu begeben, in der Lobby von den Mitgliedern der Wahlkommission den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegenzunehmen und in einer der aufgestellten Wahlkabinen außerhalb des Plenarsaals oder in einer der Telefonzellen hier im Plenarsaal zu wählen.

Es gilt folgende Aufteilung: Die aufgerufenen Abgeordneten der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion begeben sich zur von mir aus gesehen rechten Seite und die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der SPD-Fraktion zur linken Seite. Auf beiden Seiten wird je von einem Mitglied der Wahlkommission in einer Liste festgehalten, wer den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat.

Bitte beachten Sie bei der Stimmabgabe Folgendes: Auf dem Stimmzettel wählen Sie, indem Sie eine der vier vorgeschlagenen Listen ankreuzen oder „Enthaltung“ ankreuzen. Als Stimmenthaltung gelten auch Stimmzettel, die nicht beschrieben oder nicht gekennzeichnet sind. Ungültig ist eine Stimme, wenn mehrere Felder gekennzeichnet wurden und Ihr Votum damit nicht eindeutig zum Ausdruck kommt.

Werfen Sie den Stimmzettel im Wahlumschlag bitte in eine der beiden hier am Redepult bereitstehenden Wahlurnen.

Herr Abg. Scheer und Herr Abg. Sturm kontrollieren jeweils den Einwurf der Wahlumschläge in die Wahlurnen. Herr Abg. Binder und Herr Abg. Katzenstein halten jeweils in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten tatsächlich gewählt haben. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Wir treten in die Wahlhandlung ein. Frau Abg. Günter, bitte nehmen Sie den Namensaufruf vor und beginnen Sie mit dem Buchstaben A.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ich habe mit Frau Günter getauscht, weil ich eine Besuchergruppe habe!)

– Es wäre freundlich, wenn mir das mitgeteilt worden wäre. Herr Abg. Katzenstein, bitte nehmen Sie den Namensaufruf vor.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es noch jemanden im Hohen Haus, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offenkundig nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Mitglieder der Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen. Das Wahlergebnis wird später bekannt gegeben.

Damit ist Punkt 3 unserer Tagesordnung vorläufig erledigt.

Nunmehr darf ich die Kolleginnen und Kollegen bitten, ihre Plätze einzunehmen und dann die Türen zu schließen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes – Drucksache 18/741

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat – Drucksache 18/831

Berichterstattung: Abg. Udo Stein

(Präsident Thomas Strobl)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Frau Kollegin Martina Braun für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Stefan Teufel CDU: Gute Frau!)

Abg. Martina Braun GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Agrarstrukturverbesserungsgesetz, über das wir heute reden, ist eine Erfolgsgeschichte und bundesweit einmalig. Länder wie Niedersachsen ziehen nach, um auch ihren wertvollen Boden in bäuerlicher Hand zu belassen und Bürokratie abzubauen.

Nun haben sich seit der Einführung des ASVG im Jahr 2009 die Rahmenbedingungen wesentlich verändert, und es ist nach 17 Jahren dringend geboten, das Gesetz an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Das haben wir vor, zumal die Änderungen im ASVG mit Blick auf die Digitalisierung im Rahmen des Vollzugs von Immobilienverträgen jetzt erforderlich sind, damit die Umstellung zum 1. Januar 2027 auf ein bundesweit einheitliches Verfahren in Bezug auf das Grundstückverkehrsgesetz erfolgen kann.

Der Strategiedialog Landwirtschaft hat Anpassungen im ASVG ebenfalls adressiert, und auch im Koalitionsvertrag haben wir die Novellierung vereinbart. Den aktuellen Gesetzentwurf der Landesregierung zum ASVG haben wir bereits am 21. Oktober erstmals beraten. Dessen wesentliche Änderungen sehen vor: Erstens: Digitale Verfahren werden eingeführt. Notariate und Landwirtschaftsbehörden sollen Anträge, Genehmigungen und Bescheinigungen künftig elektronisch austauschen. Zweitens: weniger Bürokratie. Papierpost, Medienbrüche und doppelte Datenerfassung sollen entfallen. Und drittens: schnellere Abwicklung. Grundstückskäufe sollen einfacher und zügiger bearbeitet werden.

Durch die Novelle soll also weniger Papier entstehen, und es soll zu schnelleren Verfahren und weniger Bürokratie beim Kauf von landwirtschaftlichen Flächen kommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Für das Jahr 2025 sprechen wir immerhin von 15 000 Vorgängen, die zukünftig digitalisiert und dadurch effizienter bearbeitet werden können.

Wir erleben seit Jahren aber auch, um wie viel wertvoller Fläche geworden ist; auch bei uns stehen Flächen längst im Fokus außerlandwirtschaftlicher Investoren und werden zunehmend zum Spekulationsobjekt. Dafür, dass wertvoller Boden in bäuerlicher Hand bleibt, wurde das Agrarstrukturverbesserungsgesetz ursprünglich gemacht. Daran halten wir Grünen selbstverständlich fest.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nebenbei hat das ASVG dazu geführt, dass die Pachtpreise bei uns im Land deutlich langsamer steigen als in anderen Bundesländern. Es ist für uns Grüne folgerichtig, dass wir die Stellung der aktiven Landwirte am Bodenmarkt weiter verbessern werden.

Ein paar Beispiele, wie wir das Gesetz noch besser machen wollen: Die neue Hofnachfolger- und Hofgründergeneration braucht Perspektiven; gerade für sie muss der Zugang zu Land erleichtert werden. Die bisherigen Lücken bei Share Deals müssen geschlossen werden, um die Konzentration landwirtschaftlicher Flächen bei nicht landwirtschaftlichen Investoren zu vermeiden. Hier wollen wir Transparenz schaffen, beispielsweise mit einer Anzeigepflicht mit Beanstandungsrecht über das ASVG. Auch einen Pachtpreisspiegel können wir uns vorstellen; wir wollen auch hier mehr Transparenz herstellen und durch die Kontrolle exorbitante Pachtpreise verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaft braucht Fläche, und sie braucht eine Verwaltung, die funktioniert. Mit der Novelle des ASVG machen wir den Grundstücksverkehr einfacher und digitaler. Weniger Papier, schnellere Abläufe – das entlastet Betriebe und Behörden. Gleichzeitig bleibt das Ziel bestehen, die landwirtschaftlichen Flächen in unserem Land als Grundlage einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern.

Die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg wird aus den genannten Gründen diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

Präsident Thomas Strobl: Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Abg. Stefanie Wernet.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.: Sehr gut!)

Abg. Stefanie Wernet CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes deutlich gemacht: Digitalisierung muss eine spürbare Verbesserung bringen. Arbeitsschritte müssen entfallen; es reicht nicht, Papier durch Dateien zu ersetzen. Genau darum geht es bei dieser Novelle.

Bei landwirtschaftlichen Grundstücksgeschäften gehen Unterlagen bislang per Post zwischen Notariaten und Behörden hin und her. Daten werden mehrfach erfasst, und Dokumente werden erneut eingescannt. Das kostet Zeit und viele Kapazitäten. Künftig soll dieser Austausch elektronisch erfolgen; unnötige Schriftformerfordernisse sollen entfallen. Zudem schaffen wir die Grundlage, um Daten künftig einfacher weiterzuverarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Warum ist die Entscheidung, die wir heute treffen sollten, so wichtig? Ab 1. Januar 2027 ist die elektronische Kommunikation bundesweit verpflichtend. Baden-Württemberg muss dafür sein Landesgesetz anpassen. Wir brauchen einheitliche Abläufe.

Über den Zeitplan haben wir schon in der ersten Lesung gesprochen. Dieser ist sportlich; umso wichtiger ist es, dass die Rechtsgrundlage steht. Wichtig ist mir dabei, zu erwähnen: Der Schutz landwirtschaftlicher Flächen bleibt bestehen. Die Genehmigungsvoraussetzungen ändern sich nicht; wir vereinfachen das Verfahren und nicht die Anforderungen.

(Stefanie Wernet)

Das heißt: Wir sind für Bürokratieabbau, wir sind für weniger Papier, weniger Doppelarbeit und mehr Zeit für eigentliche Aufgaben. Deshalb werden wir heute dieser sinnvollen Gesetzesänderung zustimmen, und ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Thomas Strobl: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Eisenhut für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes. Dieser soll die elektronische Abwicklung notarieller Grundstücksverträge erleichtern. Diesen Schritt unterstützen wir.

Zugleich bleiben grundlegende Fragen zum bestehenden Agrarstrukturrecht offen. Das ASVG soll landwirtschaftliche Flächen sichern und die Agrarstruktur verbessern. Zu seinen ursprünglichen Zielen gehörte auch, Wettbewerbsverzerrungen im Grenzgebiet zur Schweiz entgegenzuwirken. Dieser Grundgedanke ist nachvollziehbar und wichtig.

Für Eigentümer, Erwerber, Verpächter und Pächter bringt das Gesetz aber Genehmigungs-, Anzeige- und Prüfverfahren mit sich. Erfasst werden unter bestimmten Voraussetzungen auch Miteigentumsanteile, bestimmte Erbanteile sowie die Bestellung von Nießbrauchs- und Erbbaurechten. Bei Landpachtverträgen kommen Anzeigepflichten hinzu.

Obwohl die gesetzliche Entscheidungsfrist bei der Prüfung des Vorkaufsrechts grundsätzlich zwei bis drei Monate beträgt, zieht das Verfahren weiterhin einen enormen bürokratischen Aufwand hinter sich her. Und das ist nicht das einzige Problem des ASVG.

Bereits 2023 haben wir, die AfD, im Ausschuss auf die erheblichen Möglichkeiten für Eingriffe ins Privateigentum hingewiesen. Das gesetzliche Vorkaufsrecht steht dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen des Landes zu. Dieses kann unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen an die Stelle des vorgesehenen Erwerbers treten. Erworbene Grundstücke müssen grundsätzlich innerhalb von zehn Jahren vorrangig für Siedlungszwecke verwendet werden. Dazu gehört auch die Verbesserung der Agrarstruktur.

Eine Verpflichtung zur sofortigen Weitergabe an einen bestimmten interessierten Landwirt ergibt sich daraus aber nicht. Hier wünschen wir uns klarere Vorgaben für eine zügige und nachvollziehbare Vermittlung an landwirtschaftliche Betriebe sowie potenzielle landwirtschaftliche Gründer.

Meine Damen und Herren, die heute vorliegende Änderung betrifft vor allem die Übermittlungswege. Ab dem 1. Januar 2027 sollen Notare und Landwirtschaftsbehörden die gesetzlich bestimmten Anträge und Dokumente verpflichtend elektronisch austauschen. Das ist sinnvoll. Kürzere Übermittlungswege und weniger Aufwand beim Wechsel zwischen Papierdokumenten und elektronischen Dokumenten können die Verfahren erleichtern.

Bei der Umsetzung jedoch muss die Landesregierung unserer Meinung nach überzeugender werden. Sie geht von einer im Wesentlichen kostenneutralen Umstellung aus.

Die kommunalen Landesverbände haben dem widersprochen und vor Schwierigkeiten beim Start zum 1. Januar gewarnt. Auch der Normenkontrollrat begrüßt die Erleichterungen, bemängelt aber die unzureichende Darstellung von Entlastung und Kosten.

Deshalb erwarten wir nachvollziehbarere Angaben dazu, was die Umstellung kostet, welche Entlastung sie bringt und wie die technische Einsatzbereitschaft gewährleistet wird.

Dieser Gesetzentwurf wurde unserer Fraktion 16 Stunden vor seiner Behandlung in der ersten Lesung zugesandt. Wer eine sorgfältige Gesetzgebung erwartet, muss dem Parlament angemessene Zeit zur Prüfung geben. Auch eine sinnvolle Digitalisierung rechtfertigt es aus unserer Sicht nicht, die Beratungszeit zu verkürzen.

Abschließend zum Gesetz: Die AfD-Fraktion wird der vorgesehenen Digitalisierung zustimmen. Darüber hinaus erwarten wir eine inhaltliche Weiterentwicklung des Agrarstrukturrechts. Aktive Landwirte, Junglandwirte und Existenzgründer brauchen verlässliche Möglichkeiten, geeignete Flächen zu erwerben. Die Arbeit des Siedlungsunternehmens muss diesem Ziel dienen. Auch die Handlungsspielräume der Kommunen müssen überprüft und dort erweitert werden, wo dies den Erwerb und die Bereitstellung landwirtschaftlicher Ersatz- und Tauschflächen erleichtert. Sie können sich also darauf gefasst machen, dass Sie demnächst die eine oder andere Nachfrage von uns erhalten.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Das Wort erteile ich nun Frau Kollegin Sigg für die SPD-Fraktion.

Abg. Viviane Sigg SPD: Herzlichen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon in der ersten Lesung erwähnt, werden auch wir dieser Gesetzesänderung zustimmen, weil wir davon überzeugt sind, dass es richtig und wichtig ist, dieses Bundesgesetz schnell umzusetzen und hier Behördenprozesse zu digitalisieren. Da insbesondere andere Verwaltungsbereiche schon weiter sind, ist es, denke ich, richtig, dass wir hier nachziehen.

Trotzdem – da möchte ich mich meiner Kollegin Martina Braun in vielen Bereichen anschließen – halten wir es für richtig und wichtig, uns dieses Gesetz in den nächsten Monaten und Jahren noch einmal genau anzuschauen; denn uns liegen besonders die Junglandwirtinnen und Junglandwirte am Herzen. Wir brauchen Nachwuchs und junge Menschen, die sich dafür begeistern. Deshalb muss ihnen der Zugang zu Boden erleichtert werden. Andere Länder in Europa gehen da mit gutem Beispiel voran und schaffen Möglichkeiten. Wir wünschen uns, auch hier Möglichkeiten zu schaffen, um etwas Ähnliches in Baden-Württemberg umzusetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Gentges.

Ministerin für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat Marion Gentges: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Änderungsgesetz, das wir heute in zweiter Lesung beraten, sieht ab dem 1. Januar 2027 den auf Bundesrecht beruhenden verpflichtenden elektronischen Rechtsverkehr zwischen Notaren und Verwaltungsstellen zum elektronischen Austausch von Daten und Bescheinigungen im landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr vor. Die Kollegin Braun hat es schon dargelegt: Mit über 15 000 Geschäftsvorfällen hat dieser Bereich eine relevante Größenordnung.

Die Beteiligten sollen dafür die Strukturen des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs nutzen. Außerdem werden nicht erforderliche Schriftformerfordernisse im Agrarstrukturverbesserungsgesetz abgeschafft oder die elektronische Form ergänzend aufgenommen.

Um noch einmal den Hintergrund zu verdeutlichen: Es geht um eine notwendige Umsetzung von Bundesrecht, die zum 1. Januar 2027 erfolgen muss. Grundlage ist das am 22. Juni 2026 beschlossene Bundesgesetz für Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigung von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen von Notaren. Es sieht vor, dass die Kommunikation zwischen Notarinnen und Notaren sowie der Verwaltung u. a. für den Grundstücksverkehr ab dem 1. Januar 2027 verpflichtend elektronisch erfolgen soll. Da der Vollzug von Immobilienverträgen über landwirtschaftliche Flächen in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2009 im Agrarstrukturverbesserungsgesetz geregelt ist, muss dieses Gesetz geändert, angepasst und eine entsprechende Verordnung erlassen werden, damit im Geltungsbereich des Gesetzes dieselben digitalen Kommunikationsmöglichkeiten bestehen wie auf Bundesebene beim Grundstückverkehrsgesetz.

Durch die Änderung wird ein modernerer elektronischer Rechtsverkehr geschaffen, der den Verwaltungsaufwand spürbar reduziert, das Grundstücksverkehrsverfahren vereinfacht und bürokratische Hürden abbaut.

Die zugehörige Digitalisierungsverordnung der Landesregierung, die nach Verkündung des Gesetzes zu unterzeichnen ist, wird die dafür notwendigen ergänzenden Regelungen enthalten und konkretisiert die technische Umsetzung, um einen reibungslosen und rechtssicheren Datenaustausch zu gewährleisten.

Der Ausschuss für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat hat dem Gesetzentwurf gestern zugestimmt, wofür ich dankbar bin. Ich bitte Sie nun auch in zweiter Lesung um Ihre Unterstützung für den Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsident Thomas Strobl: In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 18/741. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat, Drucksache 18/831. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, wie gerade von der Frau Ministerin vorgetragen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zunächst rufe ich

Artikel 1

mit den Nummern 1 bis 6 auf. Sind Sie damit einverstanden, über den Artikel 1 im Ganzen abzustimmen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

– Das ist der Fall. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann darf ich feststellen, dass bei keinen Enthaltungen einstimmig zugestimmt wurde.

Nun rufe ich auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch hier stelle ich bei keinen Enthaltungen einstimmige Zustimmung fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. November 2026 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz bei keinen Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich noch folgenden Hinweis: Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit trifft sich in zehn Minuten im Johann-Jakob-Moser-Saal zu einer Sondersitzung. Wir treten in die – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Einen Moment, Herr Präsident! – Dem Präsidenten wird ein Blatt Papier überreicht.)

– Sehr gern, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident! Ich revanchiere mich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte nochmals um Ihre Aufmerksamkeit und rufe **Tagesordnungspunkt 3** erneut auf:

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 18. Bundesversammlung

Jetzt kann ich Ihnen das Ergebnis der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung bekannt geben.

(Präsident Thomas Strobl)

Abgegeben wurden insgesamt 154 Stimmen. Auf die Vorschlagsliste der Fraktion GRÜNE – Vorschlagsliste Nummer 1 – entfielen 54 Stimmen. Die Vorschlagsliste der Fraktion der CDU – Vorschlagsliste Nummer 2 – hat 54 Stimmen erhalten. Die Vorschlagsliste der Fraktion der AfD – Vorschlagsliste Nummer 3 – hat 34 Stimmen erhalten. Auf die Vorschlagsliste der Fraktion der SPD entfielen elf Stimmen. Es gab eine ungültige Stimme.

Zu Mitgliedern der 18. Bundesversammlung sind damit folgende Personen gewählt: aus der Vorschlagsliste Nummer 1 – GRÜNE – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 29, aus der Vorschlagsliste Nummer 2 – CDU – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 29, aus der Vorschlagsliste Nummer 3 – AfD – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 18 und aus der Vorschlagsliste Nummer 4 – SPD – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 6.

Zu Ersatzmitgliedern wurden folgende Personen aus den Vorschlagslisten gewählt: die auf der Vorschlagsliste Nummer 1 – GRÜNE – unter den laufenden Nummern 30 bis 42 aufgeführten Damen und Herren, die auf der Vorschlagsliste Nummer 2 – CDU – unter den laufenden Nummern 30 bis 61 aufgeführten Damen und Herren, die auf der Vorschlagsliste Nummer 3 – AfD – unter den laufenden Nummern 19 bis 25 aufgeführten Damen und Herren sowie die auf der Vorschlagsliste Nummer 4 – SPD – unter den laufenden Nummern 7 bis 9 aufgeführten Damen und Herren.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung erhalten noch im Laufe der heutigen Plenarsitzung ein Wahlbestätigungsschreiben. Gemäß § 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung müssen die Wahlfrauen und Wahlmänner binnen zwei Tagen erklären, ob sie die Wahl annehmen.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe: Pst!)

Wenn die Wahlleute bis zum Ablauf der genannten Frist keine Erklärung abgeben, gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

Beachten Sie bitte: Die Bundestagsverwaltung legt Wert darauf, dass schriftliche Annahmeerklärungen der Wahlleute vorliegen. Noch einmal: Die Frist beträgt zwei Tage ab heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die für die Bundesversammlung gewählten Damen und Herren Abgeordneten und Regierungsmitglieder folgender Hinweis: Ihnen wird während der heutigen Plenarsitzung im Plenarsaal vom Botendienst das Wahlannahmeschreiben ausgehändigt. Die unterzeichneten Wahlannahmeerklärungen werden im Plenarsaal auch gern wieder eingesammelt. Bitte füllen Sie die Wahlannahmeerklärung rasch aus, und geben Sie diese dem Botendienst zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist auch Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Die Mittagspause geht bis 14:00 Uhr. Ich wünsche eine gesegnete Mahlzeit!

(Unterbrechung der Sitzung: 12:46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Kann jemand als Schriftführer einspringen? – Okay, super. Vielen Dank. Denn ich finde, wir sollten die Pünktlichen nicht bestrafen. Um 14 Uhr geht es weiter, und wir legen los.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 18/763

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Silvesterkrawalle im Mannheimer Stadtteil Schönau

Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Weirauch, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Silvesternacht beschädigte eine Personengruppe im Mannheimer Stadtteil Schönau eine Straßenbahn, eine Haltestelle, ein Jugendhaus sowie weitere Einrichtungen und verursachte erheblichen Sachschaden. Zudem wurden ein Straßenbahnfahrer und einschreitende Polizeikräfte massiv mit Feuerwerkskörpern beschossen.

Diese Vorfälle sind nicht hinnehmbar und müssen konsequent aufgearbeitet werden. Mit Blick auf den bevorstehenden Jahreswechsel stellt sich deshalb die Frage, wie weit die strafrechtliche Aufarbeitung inzwischen fortgeschritten ist und welche Schlussfolgerungen die Polizei aus den Ereignissen für ihre künftige Einsatzplanung im Stadtgebiet Mannheim für die Silvesternacht zieht. Dabei geht es nicht nur um den Stadtteil Schönau, sondern auch um die Sicherheitslage in der Mannheimer Innenstadt und den übrigen Stadtteilen Mannheims.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

a) Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungs- bzw. Strafverfahren?

b) Wird die Einsatzstrategie der Polizei für das kommende Silvester in der Mannheimer Innenstadt sowie in den Stadtteilen angepasst, und – sofern zutreffend – wie wird sie angepasst?

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Moser.

Staatssekretär Reiner Moser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abg. Dr. Weirauch! Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten täglich daran, Gefährdungslagen zu erkennen, Straftaten zu verhindern oder selbige aufzuklären und auch ihr Tun und Handeln den zurückliegenden Erfahrungen anzupassen. Vor diesem Hintergrund sind die von Ihnen angesprochenen Vorfälle in der Silvesternacht natürlich inakzeptabel und werden auch akribisch aufgearbeitet.

(Staatssekretär Reiner Moser)

Im Einzelnen dazu – Sie erwähnten es –: In der Silvesternacht 2025/2026 konnten mehrere Straftaten in Mannheim-Schönau festgestellt werden, die nahe einer Endhaltestelle der Rhein-Neckar-Verkehrsbetriebe begangen wurden. Die Einsatzkräfte, die dort vor Ort waren, sahen sich massiver verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Zwei Polizeibeamte wurden durch tätliche Angriffe bzw. Widerstandshandlungen verletzt. Der entstandene Sachschaden wird auf einen niedrigen sechsstelligen Betrag geschätzt.

(Unruhe)

Die seitens des Polizeipräsidiums Mannheim eingesetzte Ermittlungsgruppe „Vitrum“ führte 16 Ermittlungsverfahren durch und identifizierte vier Tatverdächtige. Gegenstand der Ermittlungen waren u. a. die erwähnten zwei tätlichen Angriffe auf Vollstreckungsbeamte, zwei versuchte gefährliche Körperverletzungen, das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion und der besonders schwere Fall des Landfriedensbruchs.

Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen des Kriminalkommissariats Mannheim sind abgeschlossen, und die Ermittlungsergebnisse wurden der sachleitenden Staatsanwaltschaft Mannheim vorgelegt. Die justizielle Aufarbeitung und Prüfung der Vorgänge dauert nach Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Migration derzeit noch an.

Sie fragen zu Recht, wie sich die Polizei in Mannheim auf die kommende Silvesternacht vorbereitet. Hierzu kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die Einsatzmaßnahmen werden in der kommenden Silvesternacht im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation – BAO – durchgeführt. Das bedeutet, dass Einsatzkräfte zusätzlich zum verstärkten Regeldienst zur Einsatzbewältigung der Silvesterfeierlichkeiten eingesetzt werden, sodass damit eine Entlastung der Allgemeinen Aufbauorganisation einhergeht.

Herausragende Ereignisse wie die in der Silvesternacht werden natürlich nachbereitet. Das ist unser Anspruch, der Anspruch der Polizei, um mögliche strategisch-taktische Anpassungen für gleich gelagerte Einsatzlagen – die uns erspart bleiben mögen – vornehmen zu können. Die Erkenntnisse aus den vergangenen Silvesternächten – nicht nur dort, sondern auch andernorts – sowie aktuelle Lageeinschätzungen fließen fortlaufend in die Planung von Einsatzmaßnahmen ein – so auch durch das Polizeipräsidium Mannheim. In der zurückliegenden Silvesternacht wurden die Einsatzkräfte beispielsweise an erwarteten Brennpunkten bereitgehalten.

Im Zuge der nunmehr anstehenden Einsatzmaßnahmen werden die Kräfte lageangepasst im gesamten Einsatzraum positioniert, um kürzere Reaktionszeiten zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die Kommunikationswege zwischen dem Regeldienst und den Einsatzkräften der BAO sowie der Polizeiführung optimieren – kürzere Wege, schnellere Kommunikation. Außerdem – ein drittes Element – wird sich auch eine Verbindungsperson der Rhein-Neckar-Verkehrsgesellschaft in der polizeilichen Befehlsstelle aufhalten und dort zur Verfügung stehen.

Herr Abgeordneter, wir nehmen die Situation aus dem letzten Jahr sehr ernst. Sie möge uns in Zukunft erspart bleiben. Seien Sie versichert, dass wir die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen treffen werden. Wie gesagt: Möge es gut verlaufen.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine Zusatzfrage von Herrn Abg. Dr. Weirauch. Bitte.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Grundsätzlich begrüße ich, dass Sie in der Silvesternacht mehr Einsatzkräfte im Stadtgebiet Mannheim vorhalten wollen, damit sich solche Vorfälle wie im vergangenen Jahr im Stadtteil Mannheim-Schönau nicht wiederholen.

Dazu im Anschluss eine Frage: Um welches Plus an Einsatzkräften handelt es sich? Haben Sie das schon quantifizieren können? Und woher kommen diese Einsatzkräfte?

Der nächste Punkt: Ich habe die Landesregierung ja nach dem Stand der justiziellen Aufarbeitung gefragt. Können Sie mir sagen, zumindest was gegebenenfalls den Abschluss der Vorbereitung einer Anklage oder ein Strafbefehlsverfahren betrifft, an welchem Punkt die Staatsanwaltschaft gerade ist und bis wann wir beispielsweise mit einer Verhandlung rechnen können?

Staatssekretär Reiner Moser: Zu Ihrer ersten Frage kann ich Ihnen sagen, dass wir im letzten Jahr, meine ich, 166 Einsatzkräfte zusätzlich zu der grundständigen Bereitschaft dort einbinden mussten. Wir werden diese Größenordnung auch in diesem Jahr wieder in der entsprechenden BAO so vorhalten. Wir gehen davon aus, dass wir rund 350 Einsatzkräfte in Mannheim vor Ort haben werden. Ich gehe auch davon aus, dass das durch das Polizeipräsidium Mannheim entsprechend bewerkstelligt werden kann.

Zu der zweiten Frage kann ich Ihnen leider keine konkreten zeitlichen Angaben machen. Die Justiz selbst ist mitten im Verfahren. Ich vermag Ihnen das jetzt nicht konkret einzuordnen. Es sind 14 bzw. mehrere laufende Ermittlungsverfahren. Da bitte ich einfach um Verständnis.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Moser. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Kostenloses Mittagessen in Mannheimer Startchancen-Schulen

Herr Abg. Dr. Weirauch, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grün-schwarze Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, ein kostenloses Mittagessen an Schulen einzuführen. Konkret heißt es auf Seite 48 des Koalitionsvertrags:

> *Beginnend an Grundschulen im SCP im Ganztag finanzieren wir ein kostenfreies Mittagessen in der vorhandenen Infrastruktur.*

So weit, so gut. Das ist erst einmal eine gute Nachricht; denn mit leerem Magen lernt es sich nicht gut. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien benötigen hier unsere finanzielle Unterstützung.

Bislang ist allerdings unklar, ob und vor allem wann diese Ankündigung tatsächlich umgesetzt wird und wie die Finanzierung erfolgen soll. Der Blick in den Haushaltsentwurf der Landesregierung lässt erkennen, dass ein erforderlicher Haushaltsansatz für ein kostenloses Mittagessen in diesem Kontext nicht berücksichtigt ist. Auch für Mannheim stellt sich deshalb die Frage, welche Schulen vom Startchancen-Programm profitieren und wann die Schülerinnen und Schüler mit einem kostenlosen Mittagessen in diesen Schulen rechnen können.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

a) Wie viele und welche Startchancen-Schulen gibt es in Mannheim?

b) Bis wann plant die Landesregierung, Kinder, die diese Schulen besuchen, mit einem landesseitig finanzierten kostenlosen Mittagessen zu versorgen?

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Weirauch. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Deuschle.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Weirauch, vielen Dank für die beiden wirklich berechtigten Fragen.

Sie haben zuerst gefragt, wie viele und welche Startchancen-Schulen es in Mannheim gibt. Namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt: In Mannheim sind insgesamt 48 der landesweit 540 Startchancen-Schulen angesiedelt, darunter 23 Grundschulen. Eine detaillierte Liste der Startchancen-Schulen, aufgegliedert nach Schulträgern und Schulaufsichtsbezirken, ist auf der Webseite des Kultusministeriums zu finden; auch eine interaktive Landkarte mit allen Startchancen-Programm-Standorten ist dort verfügbar.

Sie haben zweitens gefragt:

> *Bis wann plant die Landesregierung, Kinder, die diese Schulen besuchen, mit einem landesseitig finanzierten kostenlosen Mittagessen zu versorgen?*

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen – das ist dann auch schon Teil der Antwort –, dass wir im Koalitionsvertrag genau das festgelegt haben: Kein Kind soll hungrig in die Schule gehen. Denn ohne eine ordentliche Grundlage im Magen kann niemand gut lernen und sich richtig konzentrieren. Deshalb ist es gut und wichtig, dass die grün-schwarze Regierung dieses Thema im Koalitionsvertrag aufgreift.

Genau dieses Ziel verfolgen auch wir, das Kultusministerium. Aber – darauf haben Sie ebenfalls zu Recht hingewiesen – der aktuelle Haushaltsentwurf enthält diese Mittel noch nicht. Warum? Vor dem Hintergrund einer sehr angespannten Haushaltslage muss genau geprüft werden, wie ein Einstieg in kostenlose Essensangebote an Schulen derzeit zielführend und vor allem bedarfsgerecht umgesetzt werden kann. Wesentliche Fragen hierbei betreffen Kostenstrukturen, organisatorische Rahmenbedingungen und regionale Unterschiede unter Einbeziehung u. a. der kommunalen Landesverbände und Schulträger. Denn wir wollen Mittel eben nicht nach dem Gießkannenprinzip ausschütten, sodass am Ende auch Schülerinnen und Schüler davon profitieren könnten, deren Eltern gar keinen Unterstützungsbedarf haben.

Hinzu kommt: Schon heute werden bedürftige Schülerinnen und Schüler durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung unterstützt. Es kann uns im Land am Ende nicht darum gehen, Bundesmittel durch Landesmittel zu ersetzen.

Es gibt also noch eine Reihe von Fragen zu klären. Die Prüfung dieser Fragen läuft aktuell, sodass ich leider zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließenden Aussagen zum weiteren Vorgehen in diesem Vorhaben und damit auch nicht in Bezug auf die Startchancen-Schulen in Mannheim treffen kann.

Ich kann Ihnen aber sagen: Es geht uns um echte, passgenaue Lösungen für diejenigen, die wirklich Unterstützung brauchen. Daran arbeiten wir.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Herr Staatssekretär Deuschle, Sie haben jetzt gesagt, warum aktuell nicht geplant ist, ein kostenfreies Mittagessen an Startchancen-Schulen in Mannheim und darüber hinaus im Land ...

Staatssekretär Andreas Deuschle: Ja.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: ... einzuführen. Ich habe Sie aber auch gefragt, bis wann das passieren wird. Daraufhin haben Sie gesagt, dass Sie an dieser Stelle in einem Findungsprozess sind. Die Frage ist: Können Sie – –

Staatssekretär Andreas Deuschle: Das haben Sie gedacht.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das habe ich so formuliert. Ich meine es auch so, wie ich es gesagt habe. – Ich möchte gern von Ihnen wissen, ob Sie an dieser Stelle vonseiten des Kultusministeriums, der Landesregierung gegenüber dem Landtag sicherstellen können, dass das, was Sie im Koalitionsvertrag versprochen haben, im Laufe dieser Legislaturperiode 1 : 1 umgesetzt wird.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Ja, das ist jetzt die Frage, die mich wahrscheinlich die nächsten vier Jahre – gefühlt – alle vier Wochen erreichen wird. Deshalb sehen Sie es mir nach, dass ich jetzt nicht als Abgeordnetenkollege zu Ihnen spreche, sondern ...

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Will ich auch gar nicht.

Staatssekretär Andreas Deuschle: ... als Teil der Landesregierung.

Ich kann nur das wiederholen, was ich eben schon gesagt habe: dass wir mit Hochdruck daran arbeiten und dass uns dieses Thema so wichtig ist, dass wir es zum einen im Koalitionsvertrag festgelegt haben, und dass wir, das Kultusministerium, zum anderen den Koalitionsvertrag als unsere Arbeitsgrundlage per se sehen und wirklich mit Hochdruck daran arbeiten, all die Punkte abgearbeitet zu bekommen.

Deshalb ist es das Ziel des Kultusministeriums, noch in dieser Legislaturperiode den Schülerinnen und Schülern an Startchancen-Schulen unter dem Gesichtspunkt, dass es am Ende fair läuft, ein kostenloses Mittagessen anzubieten.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine weitere Frage, und zwar von Frau Abg. Steinhülb-Joos.

Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Sie haben gerade gesagt, Sie müssten noch einmal genau prüfen, wie Sie das gerecht verteilen können. Könnten Sie mich da noch einmal aufklären und vielleicht einen Widerspruch auflösen? Denn die Startchancen-Schulen sind ja schon Schulen in besonders bedürftigen Gebieten. Das heißt, die wurden schon unter gewissen Gesichtspunkten ausgesucht. Warum braucht es da jetzt noch einmal eine Schleife, um noch einmal zu differenzieren? Das verstehe ich nicht ganz. Das Konzept der Startchancen-Schulen ist ja, Kinder in besonderen Situationen zu unterstützen.

Daher würde ich mir eine konkrete Aussage wünschen, bis wann dieses Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird ...

Staatssekretär Andreas Deuschle: Die Frage habe ich gerade schon beantwortet.

Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD: ... und wie Sie mit diesem Widerspruch umgehen.

Danke schön.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Frau Steinhülb-Joos, Letzteres war ja die Hauptfrage des Kollegen Dr. Weirauch, die zu beantworten ich gerade versucht habe.

Jetzt geht es um eine Verständnisfrage: Sie verstehen nicht, was ich gerade ausgeführt habe, nämlich, dass bedürftige Schülerinnen und Schüler im Moment schon durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung unterstützt werden und wir jetzt schauen müssen, dass wir Bundesmittel nicht durch Landesmittel ersetzen. Denn die Umsetzung des Vorhabens setzt den Einsatz zusätzlicher Landesmittel voraus. Eine Finanzierung über das Startchancen-Programm scheidet aufgrund der vom Bund vorgegebenen Zweckbindung der Programmmittel aus. Deshalb müssen wir genau schauen, wo wir Landesmittel einsetzen können und wo es nicht besonders klug wäre, Landesmittel einzusetzen, weil wir damit Bundesmittel verlieren.

Das ist nicht trivial. Deshalb brauchen wir dafür noch Zeit. Wir müssen auch schauen – das ist eine Frage der Gerechtigkeit, woran wir, denke ich, alle ein Interesse haben –, dass am Ende nur die Kinder, die wirklich bedürftig sind, diese Mittel bekommen und dass nicht sozusagen die Kinder auf der anderen Seite der Straße, wo das Thema „Einkommen und Bedürftigkeit“ nicht im Zentrum steht, aber die Kinder aufgrund des Zuschnitts des Schulbezirks trotzdem Teil einer Startchancen-Schule sind, in gleichem Maß davon profitieren.

Ich denke, da ist es schon okay, wenn wir uns hier ein bisschen Zeit nehmen und schauen, dass das zielgerichtet erfolgt. Wie gesagt: Wir vonseiten des Kultusministeriums arbeiten daran, weil wir den Koalitionsvertrag an dieser Stelle sehr ernst nehmen.

Das sind aber jetzt alles Fragen, die nicht Teil der Frage des Kollegen Weirauch sind.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Ja, aber es können weitere Fragen – Zusatzfragen – gestellt werden.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Ja.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Daher noch einmal Frau Abg. Steinhülb-Joos.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Okay.

Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD: Was sagen Sie den Familien, die nicht vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren und Schwierigkeiten haben, sich das Mittagessen für die Kinder leisten zu können?

Staatssekretär Andreas Deuschle: Na ja, ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen: Dann ist das Bildungs- und Teilhabepaket an dieser Stelle wohl nicht so zielgerichtet, dass es genau diejenigen erreicht, die es erreichen sollte. Das ist aber, wie gesagt, für mich jetzt nicht Teil der Landesregierung. Wir wollen schauen, dass wir dort, wo wir in unserer Verantwortung den Kindern in Baden-Württemberg das kostenlose Mittagessen an Startchancen-Schulen gewähren, Steuermittel des Landes Baden-Württemberg zur Verfügung stellen, damit es da fair zugeht. Dazu brauchen wir Zeit. Das habe ich jetzt, meine ich, dreimal gesagt.

Dass der Bund sein Programm an dieser Stelle nicht zielgerichtet hier und da zur Verfügung stellt, ist Teil der Antwort, die ich Ihnen jetzt dreimal gegeben habe.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Deuschle. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet. Danke schön.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Stephan Schwarz AfD – Prävention von Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg

Herr Abg. Schwarz, Sie haben das Wort.

Abg. Stephan Schwarz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Liga der freien Wohlfahrtspflege mahnt in einer Pressemitteilung:

> *Wohnungsnot auf Rekordniveau – immer mehr Menschen verlieren Halt*

Und die Evangelische Gesellschaft Stuttgart teilt mit, dass die kommunalen Kürzungen gerade Menschen in Wohnungsnot besonders hart treffen und immer weiter in eine prekäre Lage treiben.

Für immer mehr Menschen in Baden-Württemberg ist ein eigenes Zuhause keine Selbstverständlichkeit mehr. Daher meine Mündliche Anfrage zur Prävention von Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg:

a) Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung angesichts kommunaler Kürzungen bei Hilfen für Menschen in Wohnungsnot, damit Menschen in ganz Baden-Württemberg bei Mietschulden oder einer Wohnungskündigung rechtzeitig Unterstützung erhalten, um ihre Wohnung zu behalten?

b) In welcher Höhe plant sie ab April 2027 Landeszuschüsse zur Fortführung der vier Projekte des Förderaufrufs „Zentrale Fachstellen zur Wohnungssicherung“, die Menschen bei drohendem Wohnungsverlust unterstützen?

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Krebs.

Staatssekretärin Petra Krebs: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Abg. Schwarz, Baden-Württemberg verfügt über ein gewachsenes und auch mehrstufiges Schutzkonzept, um Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung zu bewahren, und dieses System besteht nicht nur auf dem Papier, sondern es wirkt jeden Tag vor Ort.

Gesetzliche Schutzmaßnahmen, kommunale Fachstellen, Sozialämter, Jobcenter, Gerichte und die soziale Arbeit greifen ineinander. Sie bilden ein Netzwerk, das darauf ausgerichtet ist, drohenden Wohnungsverlust frühzeitig zu erkennen und auch wirksam gegenzusteuern. Entscheidend ist dabei das rechtzeitige Handeln.

Die Gerichte informieren die Jobcenter, Sozialämter und, wo vorhanden, die kommunalen Fachstellen für Wohnungssicherung über entsprechende Verfahren im Rahmen der Mitteilung in Mietsachen. Diese Stellen werden dann aktiv, nehmen Kontakt zu den Betroffenen auf und suchen gemeinsam mit den Vermieterinnen und Vermietern sowie den zuständigen Leistungsträgern nach Lösungen für dieses Problem. Genau das ist der entscheidende Punkt. Durch dieses abgestimmte Vorgehen gelingt es regelmäßig, Kündigungen abzuwenden und Räumungen zu verhindern.

Auch bei der Finanzierung lohnt sich ein genauer Blick auf die Sache. Denn die Übernahme von Mietschulden erfolgt in der Regel als Darlehen durch Sozialämter und Jobcenter, und dieses Geld fließt grundsätzlich zurück. Selbst eine vorübergehende Mietkostenübernahme ist in aller Regel wirtschaftlicher als eine langfristige ordnungsrechtliche Unterbringung. Letztere ist immer teurer, weil die Leute dort lange verweilen. Zur Verdeutlichung sei gesagt: In Baden-Württemberg waren zum Stichtag 31. Januar 2026 – es sind also recht aktuelle Zahlen – mehr als die Hälfte aller untergebrachten wohnungslosen Menschen bereits zwei Jahre oder länger untergebracht.

Kosten und Aufwand für diese Unterbringungen kann man durch gezielte frühe Präventionsmaßnahmen verhindern. Unser Anspruch als Land Baden-Württemberg ist, nicht erst dann zu helfen, wenn die Menschen ihre Wohnung bereits verloren haben, sondern wir handeln, bevor eine finanzielle Notlage zu Wohnungslosigkeit führt.

Denn Wohnen ist weitaus mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es geht um Teilhabe, es geht um Sicherheit, Stabilität und letztendlich auch gegen Stigmatisierung. Unser gemeinsames Ziel ist also, Wohnungsverluste zu verhindern, bestehende Hilfestrukturen zu stärken und Menschen in schwierigen Lebenssituationen eine echte Perspektive zu bieten.

Zu Ihrer zweiten Frage bezüglich der Fachstellen: Das Land unterstützt im Rahmen des Förderaufrufs „Zentrale Fachstellen zur Wohnungssicherung“ – diesen hatten Sie genannt – vier Modellprojekte, die das Ziel verfolgen, den drohenden Verlust der Wohnung frühzeitig zu erkennen, Wohnungslosigkeit zu verhindern und Menschen in schwierigen Lebenssituationen vor diesem Verlust zu schützen.

Für diese vier Modellprojekte hat das Land im Förderzeitraum von November 2024 bis 2027 fast 600 000 € zur Verfügung gestellt. Die Erprobungsphase an den vier Standorten hat im November 2024 begonnen und wurde dann noch einmal um zwölf Monate verlängert, ist also im Moment in der Fortführung. Im Moment ist eine Fortführung dieses Programms nicht vorgesehen. Das hat auch einen Grund.

Mir ist dabei wichtig, zu betonen, dass sich das Engagement des Sozialministeriums nicht nur auf diese vier Fachstellen beschränkt. Wir haben da sehr viel mehr in der Hand. Wohnungsverluste zu bekämpfen, geht deutlich über diese vier Modellprojekte hinaus. So steht das Sozialministerium beispielsweise in regelmäßigem Austausch mit über 20 Fachstellen zur Wohnungssicherung in Baden-Württemberg. Die gibt es auch von anderen sozialen Trägern. Wir organisieren Vernetzungstreffen und unterstützen die Fachstellen fachlich bei Fragen zur Organisation und zur praktischen Umsetzung ihrer Arbeit.

Die finanzielle Förderung durch das Land ist deshalb nur ein Baustein einer umfassenden Unterstützungsstruktur. Sie soll insbesondere dazu beitragen, den Aufbau und die Arbeit entsprechender Fachstellen modellhaft zu erproben und Erfahrungen für die Weiterentwicklung der Wohnungssicherung zu sammeln.

Gleichzeitig wollen wir natürlich den bisherigen Förderansatz weiterentwickeln und neue Perspektiven eröffnen. Wir, das Sozialministerium, prüfen deshalb derzeit gemeinsam mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege, mit dem KVJS, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, sowie der Vector Stiftung, die bereits als Koförderer bei der Erprobung des „Housing First“-Ansatzes beteiligt ist, wie wir ab Januar 2027 Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten noch stärker mit Maßnahmen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit verbinden können.

Dabei richtet sich zum einen ein ganz besonderer Blick auf den „Housing First“-Ansatz, zum anderen aber auch auf die Erfahrungen anderer Bundesländer mit sogenannten kommunalen Kümmerern. Unser Ziel ist und muss unbedingt sein, Wohnungslosigkeit möglichst frühzeitig zu verhindern und bestehende Hilfsangebote besser miteinander zu verzahnen, um Menschen, die ihre Wohnung bereits verloren haben, wirksam dabei zu unterstützen, wieder eine Wohnung zu finden.

Ganz klar ist: Am wirksamsten ist Wohnungslosenhilfe dann, wenn die Menschen in einer Wohnung bleiben können und keine Angst zu haben brauchen, diese zu verlieren. Da muss man ganz frühzeitig ansetzen. Wir sind auf dem Weg, das auch zu machen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir das auf dem Schirm haben.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Das ist richtig. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet. – Danke schön, Frau Staatssekretärin Krebs.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Peter Hörner AfD – Coronahilfen für die TSG Balingen

Herr Abg. Hörner, Sie haben das Wort.

Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorab: Ich habe mich zu dieser Frage gezwungen gefühlt, weil die regionale mediale Berichterstattung in den Zeitungen zum Thema „Coronahilfen für die TSG“ – die Turn- und Sportgemeinschaft Balingen und die daraus abgespaltete TSG Balingen Fußball e. V. – doch in eine Richtung geht, die dem Einsatz der Sportvereine im Zollernalbkreis und darüber hinaus auch Balingen nicht gerecht wird.

Ich möchte mich zunächst für den Einsatz dieser Sportgemeinschaft bedanken – im Breitensport, in der Jugendarbeit und auch in der Gemeinschaftsförderung, z. B. auch im Vereinsheim, wo ich auch schon öfter war. Von hier aus noch mal herzlichen Dank.

Aber zur Klärung jetzt meine beiden Fragen.

Es gibt eine Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag Drucksache 18/555. Darin wird ein individueller Fehler eines Mitarbeiters der L-Bank erwähnt, ohne dass dieser Fehler des Mitarbeiters genauer erklärt wird. Der Mitarbeiter konnte zum Zeitpunkt der Antragstellung ja auch nicht wissen, wie hoch der voraussichtliche Umsatzrückgang ist. Deswegen würde mich und auch einige Leute, die mich angesprochen haben, interessieren:

a) Worin bestand der in der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag Drucksache 18/555 erwähnte individuelle Fehler eines Mitarbeiters der L-Bank?

Dann wurde in der Presse auch eine Liste erwähnt; es gab eine Liste mit roten Markierungen mit Bezug zu Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut bzw. Abgeordneten.

b) Was hat es mit der in der Presse erwähnten Liste mit roten Markierungen – Bezug zu Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut bzw. Abgeordneten – auf sich, bzw. durch wen und warum wurde sie erstellt?

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Die richtigen Fragen!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abg. Hörner. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hörner, bevor ich auf Ihre beiden konkreten Fragen eingehe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier zum Fall TSG Balingen grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Der Fußballverein TSG Balingen erhielt im August 2021 einen Zuschuss von rund 125 000 € aus dem Förderprogramm „Tilgungszuschuss Corona II“. Die Zuständigkeiten in diesem Förderverfahren waren dabei eindeutig festgelegt. Die Industrie- und Handelskammern haben die Anträge entgegengenommen und vorgeprüft. Die L-Bank war für die Prüfung der Anträge, für die Bewilligung und für die Auszahlung zuständig und verantwortlich. Für alle Antragstellenden und damit auch für den Fußballverein TSG Balingen galten dabei dieselben Fördervoraussetzungen.

Bei der späteren Stichprobenprüfung durch die L-Bank wurde festgestellt, dass im Fall der TSG Balingen Fördervoraussetzungen nicht erfüllt waren. Vor allem wurde der erforderliche Umsatzrückgang von mindestens 60 % nicht erfüllt. Deshalb wurde die Förderung vollständig zurückgefordert. Die TSG Balingen ist dabei im Übrigen auch kein Einzelfall, bei dem im Rahmen der Stichprobe die Förderung zurückgenommen werden musste.

Lassen Sie mich bitte noch mal in aller Klarheit feststellen: Weder mein Ministerium noch ich selbst haben zu irgendeinem Zeitpunkt Einfluss auf die Bearbeitung und die Entscheidung des Falles bei der L-Bank genommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Über den Antrag der TSG Balingen hat die L-Bank – wie wir es ja auch in der Landtagsdrucksache dargestellt haben – in alleiniger Verantwortung entschieden.

Jetzt komme ich gern zur Beantwortung Ihrer beiden Fragen. Die erste Frage betrifft den Bearbeitungsfehler bei der L-Bank. Ich beziehe mich hier auch auf die Auskünfte der L-Bank. Laut der L-Bank bestand der Fehler aufseiten der L-Bank darin, dass im Rahmen der Antragsprüfung übersehen wurde, dass in den eingereichten Antragsunterlagen eine notwendige Pflichtangabe nicht ausgefüllt war.

Zur zweiten Frage, die die in der Presse erwähnte Liste mit den roten Markierungen betrifft: Bei dieser Liste handelt es sich um eine interne Excel-Datei mit mehr als 12 000 Einträgen zu Anfragen im Zusammenhang mit den Corona-Verordnungen und auch dem Tilgungszuschuss Corona. Erstellt und geführt wurde diese Liste von einem Mitarbeitenden des zuständigen Fachreferats meines Hauses als interne Arbeitshilfe. Diese interne Liste diente den Mitarbeitenden dazu, eingehende Anfragen festzuhalten, Vorgänge im Blick zu behalten und die Bearbeitung im Fachreferat zu koordinieren. Bei der Liste handelt es sich ausdrücklich nicht um eine Übersicht der Förderanträge oder der bewilligten Zuschüsse.

Ich möchte es noch einmal deutlich machen und unterstreichen: Im Fall der TSG Balingen wurde der Zuschuss vollständig zurückgefordert. Wir alle wissen, dass Unternehmen in der Coronapandemie dringend Hilfen benötigten und sich deshalb an Abgeordnete und auch an mich – ich bin Abgeordnete und Ministerin in einer Person – gewandt hatten. Es waren nicht zuletzt auch viele Abgeordnete dieses Hauses, die sich während der Coronapandemie in erheblichem Umfang mit Anfragen, mit Anliegen und Unterstützungsbitten zugunsten von Betroffenen an mich und mein Haus gewandt haben. Dies hat aber in keinem Fall – auch nicht bei der TSG Balingen – dazu geführt, dass Einfluss auf die Entscheidung der L-Bank genommen wurde. Entscheidungen über einzelne Anträge wurden von der L-Bank unabhängig und eigenverantwortlich getroffen, und zwar in diesem wie auch in jedem anderen Fall.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt eine Zusatzfrage. Herr Abg. Hörner, bitte.

Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Mir ist es wesentlich, hier Folgendes darzustellen: Es geht nicht darum, dass Sie sich jetzt verteidigen müssen, weil im Ministerium oder in der L-Bank ein Fehler gemacht wurde. Aber Sie sehen ja selbst an der medialen Berichterstattung, dass man versucht, der TSG Balingen hier Fehler zu unterstellen. Sie haben gesagt, da fehlte eine Pflichtangabe. Vielleicht können Sie sagen – das würde mich interessieren –, welche das ist.

Aber wir können hier doch sicherlich feststellen, dass vonseiten der TSG Balingen – egal, ob es die Fußballabteilung oder eine sonstige betrifft – kein – mutmaßlicher – Fehler gemacht wurde, um sich in irgendeiner Form Gelder zu erschleichen. Kann man das feststellen? Dann wäre ich vollkommen zufrieden. Denn eine mediale Berichterstattung, die wie in diesem Fall über Ehrenamtliche, die diese Anträge gestellt haben, herfällt, kann und darf in der Regel nicht mehr stattfinden.

Ministerin für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Hörner, die Rechtsabteilung der L-Bank hat diesen Fall geprüft und hat keine Gründe für einen Verdacht auf Subventionsbetrug festgestellt. Und das ist die Einschätzung, die meinem Haus vorliegt.

(Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Das wollte ich hören!)

Zum Zweiten sind wir darüber informiert worden, dass eine sogenannte BAK-Nummer – das ist eine Registrierungsnummer für Finanzinstitute – nicht eingetragen wurde.

(Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Okay, danke!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 4 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Peter Hörner AfD – Entwicklung der Schülerzahlen an Privatschulen: Stichtagsmeldung

Herr Abg. Hörner, Sie haben das Wort.

Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Es geht um die Frage der Entwicklung der Schülerzahlen an Privatschulen – Stichtagsmeldungen. Mich haben nämlich einige Lehrer an Privatschulen in meinem Büro aufgesucht; daher möchte ich Fragen hierzu stellen.

Ich möchte aber im Vorhinein sagen: Für uns, für meine Fraktion, sind Ergänzungs- und Ersatzschulen ein wichtiger Teil unseres Schulspektrums. Sie gehören einfach dazu. Dennoch ergeben sich hier bestimmte Fragen.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

a) Auf welche Zahl beläuft sich die Abnahme der Schülerzahlen an Privatschulen nach den Meldungen zum Stichtag für das laufende Schuljahr?

b) Wie werden die gemeldeten Schülerzahlen kontrolliert, um zu verhindern, dass eine überhöhte staatliche Förderung gewährt wird?

Kurz zur Erklärung der Frage unter Buchstabe a: Es ist so, dass zum Stichtag an vielen Privatschulen relativ viele Schüler gemeldet sind, die sich dann aber abmelden. Wenn sie sich abmelden, dann sinken ja diese Zahlen, und man muss, um die Zuschüsse zu ermitteln, letztendlich eine richtige Zahl von Schülern finden, die dann tatsächlich im fraglichen Schuljahr an der entsprechenden Privatschule waren.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Deuschle.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Abg. Hörner, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Schülerzahlen für das aktuelle Schuljahr 2026/2027 liegen noch gar nicht vor, da die Erhebung derzeit noch läuft. Bei den allgemeinbildenden Schulen war der Stichtag gestern, und bei den beruflichen Schulen ist der Stichtag der 10. November. Das heißt, Sie sind Ihrer Zeit voraus, ebenso die Lehrer, die in Ihrer Bürgersprechstunde waren. Wir rechnen voraussichtlich Anfang Februar 2027 mit den ersten vorläufigen Zahlen.

Was Ihren Verdacht betrifft bzw. die Frage, ob die gemeldeten Schülerzahlen kontrolliert werden, um zu verhindern, dass eine überhöhte staatliche Förderung gewährt wird, kann ich Ihnen antworten: Die Privatschulen nehmen ihre Meldung für die Schulstatistik pflicht- und ordnungsgemäß vor. Der Schulverwaltung liegen keine Anhaltspunkte für bewusste Falschmeldungen vor. Bewusste Falschangaben bei der statistischen Erhebung können Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten darstellen. Auch kann die Schließung der Schule wegen Unzuverlässigkeit des Trägers die Folge sein.

In der Regel erfolgt eine vergleichende Überprüfung der auf den Zuschussanträgen vermerkten Schülerzahlen mit denen der amtlichen Schulstatistik durch die zuständigen Regierungspräsidien.

Da den Schulleitungen die beschriebenen Sanktionsmöglichkeiten bewusst sind, ist erfahrungsgemäß von der Belastbarkeit der gemeldeten Schülerzahlen auszugehen.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hörner hat noch eine Zusatzfrage. Bitte schön.

Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Dass die Zahlen für das laufende Schuljahr jetzt nicht vorliegen, ist ja wohl klar. Aber man könnte doch als Vergleich – –

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es ist echt laut. Ich weiß nicht, was los ist. Aber irgendwie finde ich es unruhig. – Bitte.

Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Dass die Zahlen für das laufende Schuljahr noch nicht vorliegen, ist ja wohl klar. Aber man könnte ja im Prinzip sagen, wie die Zahlen im letzten Schuljahr waren.

Es kann ja nicht sein – die Beschwerden waren halt entsprechend –, dass zu einem Stichtag – jetzt sage ich mal: im Oktober – 500 Schüler gemeldet werden, von denen sich dann im Laufe des Schuljahrs 250 bis 300 abmelden und dann letztendlich Klassen zusammengelegt werden. Ich sage ja nicht, was ich mir selbst im Traum erdacht habe, sondern was ich konkret als Frage bekommen habe. Es kann ja nicht sein, dass dann zum Schluss die Stichtagsangabe mit 500 Schülern zu dem Zuschlag führt, den die Schule bekommt. Da muss man doch irgendeine Zahl ermitteln, indem man z. B. sagt: 500 Schüler am 15. Oktober und 200 Schüler am 17. Juni ergibt dann soundso viel. Gibt es so etwas, oder gibt es so etwas nicht?

Staatssekretär Andreas Deuschle: Ich hoffe, dass es so etwas nicht gibt. Denn das würde aus meiner Sicht doch sehr die Statistik und vor allem die Verlässlichkeit der Datengrundlage, mit der wir arbeiten und auf deren Basis im Übrigen ja auch die entsprechenden Zuschüsse an die Privatschulen erfolgen, beeinträchtigen.

Wir haben klare Stichtage; die habe ich Ihnen gerade genannt. Der Stichtag für die allgemeinbildenden Schulen war gestern, der für die beruflichen Schulen ist am 10. November. Nur diese Stichtage und nicht irgendwelche Querrechnungen oder Grobabschätzungen, wie Sie sie gerade in den Raum gestellt haben, sind für die Regierungspräsidien und die Schulleitungen vor Ort relevant. Danach wird dann auch entsprechend die Erstattung der Kosten an den Privatschulen erfolgen.

(Abg. Hans-Peter Hörner AfD: Ich gebe das mal so weiter!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Staatssekretär Andreas Deuschle wird ein Glas Wasser gereicht.)

– Jetzt bekommen Sie auch Wasser gereicht, auch wenn es jetzt keine Wortmeldungen mehr gibt.

Staatssekretär Andreas Deuschle: Ich nehme es mit.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Aber Sie können das Glas gern mitnehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 5 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Silke Gericke GRÜNE – Weiterentwicklung der Erstaufnahmestruktur im Raum Stuttgart und Ludwigsburg

Sehr geehrte Frau Abg. Gericke, Sie haben das Wort.

Abg. Silke Gericke GRÜNE: Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin. – Seit Februar 2023 prüft das Land Baden-Württemberg die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete auf dem Schanzacker zwischen Ludwigsburg, Asperg und Tamm auf der Gemarkung Ludwigsburg. Das Areal liegt in der wirtschaftlich starken und dicht besiedelten Region Stuttgart.

Eine abschließende Standortentscheidung steht nach mehr als dreieinhalb Jahren anscheinend noch nicht offiziell fest. Für die drei unmittelbar betroffenen Städte und den Landkreis Ludwigsburg hat diese ausstehende Entscheidung erhebliche Bedeutung für die Weiterentwicklung dieses Standorts. Die Kommunen müssten ihre städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklung einfach einpreisen können und benötigen hierfür verlässliche Auskünfte.

Deshalb stelle ich folgende Fragen:

a) Wie bewertet die Landesregierung angesichts der geplanten Landeserstaufnahmeeinrichtung in Stuttgart-Weilimdorf, der Entwicklung der Flüchtlingszugänge und der landesweiten Aufnahmekapazitäten die künftige Rolle des Standorts „Schanzacker“ zwischen Ludwigsburg, Asperg und Tamm innerhalb einer bedarfsgerechten und menschenwürdigen Erstaufnahmestruktur?

b) Inwieweit verändert die Planung der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Stuttgart-Weilimdorf den Flächen- und Kapazitätsbedarf am Standort „Schanzacker“, für den bislang eine Einrichtung mit bis zu 1 000 Plätzen geprüft wird?

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Abg. Gericke. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Lorek.

Staatssekretär Siegfried Lorek: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gern beantworte ich die Fragen von Frau Abg. Gericke.

Zunächst zur Zugangslage: Die Zugänge von Asylbegehrenden in Baden-Württemberg unterliegen seit 2015 klar starken Schwankungen. Wir hatten extrem hohe Zugänge im Jahr 2015. Danach gingen die Zugänge zurück bis zum Jahr 2020. 2021 und 2023 hatten wir wieder einen deutlichen Anstieg. Seit 2024 ist der Zugang aufgrund verschiedener Faktoren wieder rückläufig, u. a. auch durch die Einführung der Einreisekontrollen an den deutschen Außengrenzen.

In Zahlen: Im Jahr 2023 kamen noch rund 36 000 Menschen über das Asylsystem nach Baden-Württemberg, in diesem Jahr sind es bislang 6 400. Wenn man das bis zum Jahresende linear hochrechnet, kommen wir in diesem Jahr auf etwa 8 000 Menschen. Im Vergleich zum Jahr 2023 ist das ein Rückgang von 80 %. Das zeigt: Die Migrationswende wirkt. Aber unabhängig davon haben die letzten Jahre gezeigt, dass es kurzfristig steigende Flüchtlingszahlen geben kann, wie beispielsweise ab dem Jahr 2022 durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch die jüngsten Ereignisse in Ceuta verdeutlichen, wie schnell sich im Bereich Asyl die Lage an den europäischen Außengrenzen wieder ändern kann.

Durch eine leistungsfähige Erstaufnahme verschaffen wir den Kommunen in solchen Lagen Zeit, ihre Unterbringungskapazitäten anzupassen, damit nicht auf Sporthallen zurückgegrif-

(Staatssekretär Siegfried Lorek)

fen werden muss. Darüber hinaus können Menschen ohne Bleibeperspektive möglichst lange in der Erstaufnahme untergebracht werden, möglichst bis zu einer freiwilligen Ausreise oder Rückführung. Dadurch bekommen die Kommunen möglichst nur Schutzsuchende mit Bleibeperspektive zugeteilt. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall können wir dann entsprechende Kapazitäten für Zwecke des zivilen Bevölkerungsschutzes nutzen. Genau deshalb benötigen wir diese Einrichtungen auch weiterhin.

Zu den konkreten Auswirkungen beim Schanzacker: Die Landeserstaufnahme Stuttgart-Weilimdorf wird als Ersatz für die Ende 2025 vertragsgemäß geschlossene LEA in Ellwangen dienen. Entgegen der Fragestellung sind die Kapazitäten höher. Vorgesehen ist in der LEA Stuttgart-Weilimdorf eine Kapazität für bis zu 1 300 Menschen im Regelbetrieb, dazu noch weitere 500 Plätze als Notkapazität, die dann bei Bedarf schnell aktiviert werden können.

Wir im Regierungsbezirk Stuttgart verfolgen den Standort Stuttgart-Weilimdorf prioritär. Von der Bauverwaltung wurde kürzlich ein LOI zum Erwerb der entsprechenden Liegenschaften verhandelt und unterzeichnet. Das Bürgerbeteiligungsverfahren läuft. Hier findet morgen der Dialogmarkt in Stuttgart-Weilimdorf statt, an dem sich die Menschen direkt über die LEA und alle Fragen rund um die LEA informieren können.

Konkret bedeutet dies für den Schanzacker, dass sich die Bemühungen des Landes zunächst auf den Standort Stuttgart-Weilimdorf konzentrieren. Die weitere Bedarfsplanung hängt von der Migrationslage, der Haushaltslage und den bisherigen Fortschritten ab. Das wird derzeit weiterentwickelt, und an der entsprechenden Prüfungskonzeption wird weiter gearbeitet. Dann sehen wir auch, wie es auf dem Schanzacker und auch an den anderen in der Prüfung befindlichen Standorten in Baden-Württemberg weitergeht.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 6 beendet. – Danke schön, Herr Staatssekretär Lorek.

Damit ist auch Punkt 5 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Ordnung des Dienstrechts der Beamtinnen und Beamten des Landtags von Baden-Württemberg – Drucksache 18/836

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Die antragstellenden Fraktionen haben vereinbart, sich die Zeit für die Begründung aufzuteilen.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein starkes Parlament braucht auch eigenen Sachverstand. Wir machen die Gesetze in diesem Land, und wir kontrollieren diese Landesregierung, der in allen Politikfeldern eine fachkundige Verwaltung zur Seite steht. Wer diese Aufgabe ernst nimmt, braucht auch im Parlament fachliche Beratung auf Augenhöhe. Genau dafür gibt es den Parlamentarischen Beratungsdienst. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prüfen Gesetzentwürfe, werten Stellungnahmen aus, bereiten Ausschusssitzungen vor und erarbeiten Gutachten für das Parlament, seine Ausschüsse und die Fraktionen. Das ist die Arbeit, die man von außen selten sieht, ohne die gute Gesetzgebung aber nicht möglich wäre.

Mit diesem Gesetzentwurf, den wir heute gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD einbringen, regeln wir das Dienstrecht der Beamtinnen und Beamten des Landtags. Wir regeln, was für jede Behörde geregelt sein muss: wer zuständig ist, welche Laufbahn gilt, wie Stellen besetzt werden und wie Beamtinnen und Beamte den Fraktionen zugewiesen werden. Es gelten dieselben Grundsätze wie im gesamten öffentlichen Dienst: Eignung, Befähigung und fachliche Leistung. Neue Stellen entstehen nicht, Mehrkosten auch nicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach so!)

Wir schreiben aber auch fest, was den Beratungsdienst ausmacht. Er nimmt seine Aufgaben unparteilich und unabhängig wahr. Wer einer Fraktion zugewiesen ist, bleibt selbstverständlich an alle Pflichten des Beamtenrechts gebunden.

Ich will offen sagen, worum es dabei auch geht. Der Parlamentarische Beratungsdienst unterstützt Abgeordnete und Fraktionen seit vielen Jahrzehnten. Das ist eine lang geübte und bewährte Praxis. Aber sie hatte bislang keine eigenständige gesetzliche Grundlage. Vielmehr gab es eine Praxis, die sich über viele Jahrzehnte eingeübt hatte. Über die Rechtsgrundlagen gab es unterschiedliche Auffassungen, auch starke Kritik daran. Das war für alle Beteiligten unbefriedigend: für die Beschäftigten, die Klarheit über ihren beruflichen Weg brauchten, für die Landtagsverwaltung, aber auch für die Fraktionen. Diese Frage klären wir jetzt. Einen Sonderweg gehen wir damit nicht.

Viele andere Länder haben das Dienstrecht der Beamtinnen und Beamten ihrer Landtage längst eigenständig geregelt. Das holen wir in Baden-Württemberg nun nach.

Es wurde von einem Eilgesetz gesprochen. Dazu sage ich: Die Klärung wurde seit der vergangenen Wahlperiode vorbereitet. Die Grundlage des Entwurfs ist eine Formulierungshilfe zweier ausgewiesener Fachleute für das Verfassungs- und Beamtenrecht. Die Landtagsverwaltung war von Beginn an eingebunden, und der Entwurf wird jetzt so beraten, wie es sich gehört: in zwei Lesungen und im Ausschuss. Dass wir zügig vorankommen wollen, hat einen einfachen Grund: Die Beschäftigten haben ein Recht auf Klarheit.

Wer hier von einer Grauzone spricht, sollte dieses Gesetz begrüßen. Denn es beendet genau diese Grauzone. Wer den Beratungsdienst abschaffen will, der schwächt dieses Parlament gegenüber der Regierung. Ein Parlament muss die Vorhaben der Regierung fachlich eigenständig bewerten können. Dafür braucht es eigenen Sachverstand. Das gehört zu einer funktionierenden Gewaltenteilung.

(Daniel Lede Abal)

(Abg. Anton Baron AfD: Dafür braucht es doch keine Verbeamtung! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das werde ich Ihnen erklären! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Das ist mit einem Satz erklärt!)

Fraktionen sind Teil des Parlaments. Ihre fachliche Beratung ist parlamentarische Arbeit, keine Parteiarbeit. Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetz stärken wir den Landtag als Ort sorgfältiger, fachlich fundierter Gesetzgebung. Wir geben den Menschen, die diese Arbeit Tag für Tag leisten, die Verlässlichkeit, die sie verdienen.

Mein Dank, der Dank meiner Fraktion, gilt Herrn Professor Nettesheim und Herrn Professor Mitsch für ihre Arbeit an diesem Entwurf, der Landtagsverwaltung und den Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD für die Zusammenarbeit.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wir waren ja nicht eingeladen!)

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Daniel Lede Abal hat schon die wesentlichen Formalia und Rahmenbedingungen dieses Gesetzes genannt. Im Kern steht die Frage im Raum: Was wollen wir damit erreichen? Was wollen wir damit erreichen, dass wir in Baden-Württemberg, in Deutschland darauf setzen, dass wir eine legale Herrschaft haben, die an Regeln gebunden ist und auch durch Beamtinnen und Beamte ausgeübt wird?

Wir haben in Deutschland das Bürokratieprinzip, und zwar im positiven Sinn nach Max Weber. Was wollte Max Weber, ein Wissenschaftler aus Baden-Württemberg, erreichen? Er wollte eine legale Herrschaft schaffen. Es gibt das Volk als Souverän; wir, das Parlament, sind der Vertreter dieses Souveräns. Wir wählen die Regierung, wir kontrollieren die Regierung, und diese Regierung übt Herrschaft aus.

Jetzt geht es darum, die legale Ausübung dieser Herrschaft zu sichern. Das, was wir, das Parlament, wollen und was die Regierung als Herrschaft ausüben will, das muss auch vollzogen werden. Deswegen haben wir Beamte, die an die Grundsätze der Eignung, Befähigung und fachlichen Eignung gebunden sind.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es gelten Treue- und Fürsorgepflicht, Lebenslänglichkeit, Alimentation und Verfassungstreue. Das sind die Prinzipien für Beamte. Um diese geht es hier.

Jetzt kann man die Frage stellen: Warum brauchen der Landtag, die Landtagsverwaltung und der Parlamentarische Beratungsdienst Beamte?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Und die FDP-Beamten, wo sind die?)

Da geht es darum: Was sind unsere Aufgaben? Unsere Aufgabe ist, dass wir die Kontrolle über die Regierung ausüben, den Haushalt aufstellen, Gesetzesinitiativen einbringen. Dazu brauchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns auf Augenhöhe mit der Regierung unterstützen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das heißt, die Regierung wird auch verbeamtet?)

Deswegen brauchen wir auch Beamtinnen und Beamte – nicht nur in der Verwaltung des Landtags, sondern auch im Parlamentarischen Beratungsdienst –, die die Expertise aus der Regierung mitbringen und irgendwann auch wieder in die Regierung wechseln können.

Dadurch haben wir bei den Haushaltsberatungen, bei der Gesetzgebung, bei der Kontrolle der Regierung maximale Unterstützung. Deswegen denke ich, dass es absolut richtig und sinnvoll ist, wenn wir weiterhin auf dieses Prinzip setzen.

Es geht aber nicht nur um die Beratung der Abgeordneten, es geht auch darum, dass wir in diesem Haus Beamtinnen und Beamte haben, die sich den Grundsätzen der Demokratie und den Grundsätzen des Beamtenrechts unterstellt sehen. Thema ist hier beispielsweise der Neutralitätsgrundsatz, auch der Bereich der Fachlichkeit und der Sachlichkeit, aber auch die Verfassungstreue. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass alle Beamtinnen und Beamten in diesem Haus diesem Land zu 100 % treu sind,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Parteitreu!)

dass sie zu dieser Treue stehen und diese Treue entsprechend ausüben.

(Zuruf von der AfD)

Das gibt dem Parlament und auch dem Parlamentarischen Beratungsdienst ein spezielles Gepräge, auf das wir setzen. Deswegen denke ich, dass es viele gute Gründe gibt, auch im Einvernehmen mit Max Weber und den Grundsätzen für eine legale Herrschaft, dieses Gesetz so zu machen, wie es vorliegt.

Jetzt gibt es noch den – –

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Mack, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Winfried Mack CDU: Bitte schön, Herr Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Abg. Mack, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Es gibt ja auch die Möglichkeit, einfach Personal einzustellen – nämlich anzustellen ohne einen Beamtenstatus. Das machen wir, unsere Fraktion, ganz bewusst.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Wir wollen keine Verbeamtung.

Darüber hinaus: Was machen Sie eigentlich mit den Beamten der FDP,

(Abg. Sascha Binder SPD: „Beamte der FDP“?)

die mittlerweile hier abgestellt sind?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es gibt keine Beamten der FDP!)

Wo sind diese jetzt mittlerweile untergebracht? Was machen Sie mit denen?

(Zuruf des Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE)

Abg. Winfried Mack CDU: Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage, weil sie zeigt, dass Sie das Prinzip von Max Weber, die legale Herrschaft,

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Legale Herrschaft“!)

und das Prinzip des Berufsbeamtentums nicht begriffen haben.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Da klatschen sie noch! – Abg. Anton Baron AfD: Sie leben in einem Paralleluniversum!)

Ganz einfach deshalb, weil ein Beamter für Verfassungstreue steht, weil ein Beamter für Leistung steht,

(Abg. Miguel Klauß AfD: In der Theorie!)

weil ein Beamter für Eignung, für Befähigung steht,

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ein Angestellter nicht? Das ist eine Unterstellung!)

weil er für Entpersonalisierung der Macht steht. Natürlich, ein Beamter, der für eine Fraktion tätig ist, wird natürlich eine gewisse Färbung – –

(Zurufe von der AfD: Ah! – Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt kommen wir an den Punkt!)

– Moment. – Aber er wird nicht an den Kern der Prinzipien unseres Staates gehen und daran rütteln. Das ist ein ganz großer Unterschied. Natürlich, auch einem Beamten, der in einem Ministerium einem Minister zuarbeitet, muss der Minister vertrauen können, dass er seine politische Richtung mitnimmt

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

und das mit zum Ausdruck bringt. Dennoch ist er den Grundsätzen des Berufsbeamtentums verbunden. Deswegen kann ein Beamter, der bei der Fraktion A gearbeitet hat, selbstverständlich nachher auch bei der Fraktion B arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Miguel Klauß AfD: In der Theorie!)

Oder wenn die Regierung wechselt, dann bleibt der Beamte. Das unterscheidet uns, Herr Kollege Baron, von Rumänien oder Bulgarien. Dort ist es so: Wenn die Regierung wechselt, dann wechselt der gesamte Apparat. Wollen wir das haben? Nein, das wollen wir nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf von der AfD)

Wir wollen die Prinzipien der legalen Herrschaft und des Berufsbeamtentums haben, die sehr gut zu unserem Landtag von Baden-Württemberg passen.

Nun ein letzter Punkt: Worauf haben wir bei diesem Gesetz besonders geachtet? Dass die strengen Grundsätze der Laufbahnverordnung des Innenministeriums auch im Landtag von Baden-Württemberg gelten.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das heißt, es kann jemand im Landtag von Baden-Württemberg Beamter werden, der beispielsweise das juristische Referendariat gemacht hat, der ein Verwaltungsreferendariat gemacht hat, der einen Studiengang in den Bereichen Soziales, Wirtschaftswissenschaften oder Politik abgeschlossen und die entsprechende Berufserfahrung hat. Aber darüber hinaus geht das nicht. Es muss also eine Fachexpertise da sein. Nur dann ist es möglich, hier Beamter zu werden und die entsprechende Laufbahn zu machen.

Deswegen ist es ein Gesetz, das sehr ausgewogen und sehr klar ist und das auf die Grundsätze des Berufsbeamtentums und auch auf die Grundsätze von Max Weber, eine legale Herrschaft zu garantieren, ausgerichtet ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Miguel Klauß AfD: Schwer zu ertragen! Die Beamten aus der FDP sind jetzt halt zusätzlich da! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute bringen wir gemeinsam ein Gesetz ein, um zu regeln, was bisher nicht geregelt ist. Darum geht es. Es ist notwendig, das Dienstrecht der Beamtinnen und Beamten des Landtags verfassungskonform und rechtssicher auszugestalten. Zweifellos unterliegt der Parlamentarische Beratungsdienst einer besonders zu behandelnden Logik.

Es geht in diesem Gesetz um allgemeine Organisationsregeln. Es geht um die Zuständigkeit für die Ernennung und Entlassung, es geht um Ämter mit leitender Funktion, um Auswahlverfahren und Ausschreibungen sowie um die rechtliche Stellung der Beamtinnen und Beamten im Parlamentarischen Beratungsdienst.

Wir, die SPD-Fraktion, haben im Übrigen überwiegend Angestellte, aber für uns ist klar: Es sollte die Möglichkeit geben, dass Beamtinnen und Beamte aus den Ministerien auch in den Fraktionen wirken können.

(Abg. Anton Baron AfD: Darum geht es gar nicht!)

Darum geht es in diesem Gesetz. Wir halten es für sinnvoll, wie üblich ein Anhörungsverfahren zu diesem Gesetz durchzuführen.

Auch ich danke den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsfraktionen für die Zusammenarbeit im Vorfeld dieses Gesetzes.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Klecker.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Sehr gut! – Guter Mann!)

Abg. Dennis Klecker AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist wirklich an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten. Allein, dass der Gesetzentwurf erst am Montag auf die Tagesordnung kam,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wie immer!)

zeigt, dass Sie es der Öffentlichkeit so lange wie möglich vorenthalten wollten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt nicht!)

Sie, Kollegen der Kartellparteien, haben Mitarbeiter Ihrer Fraktionen verbeamten lassen,

(Zuruf von der CDU: Diese Beleidigungen! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Das ist ein Fakt!)

damit man sie selbst dann nicht kündigen kann, wenn ihre Fraktion kleiner wird wie bei der SPD oder gar komplett aus dem Landtag fliegt, wie bei der FDP/DVP geschehen.

(Zuruf von der AfD: Vetternwirtschaft! – Vereinzelt Lachen – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Da kennen Sie sich ja aus! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr dünnes Eis!)

Für die zwölf Beschäftigten der aus unserem Landtag ausgeschiedenen FDP/DVP-Fraktion, darunter auch acht Beamte, darf weiter der Steuerzahler aufkommen.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es ist wirklich zu laut.

(Zurufe, u. a. Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Das kam von da drüben! Wenn das Heiterkeit verursacht, liegt das dann auch am Schreier!)

– Ja, alle miteinander sind etwas ruhiger. Herr Abg. Klecker hat das Wort.

Abg. Dennis Klecker AfD: Genau. – Ich wiederhole noch mal, weil es so laut war: Für die zwölf Beschäftigten der aus unserem Landtag ausgeschiedenen FDP/DVP-Fraktion, darunter acht Beamte, darf der Steuerzahler weiter aufkommen. Es musste sogar eigens eine neue Stabsstelle geschaffen werden.

Laut Berechnungen der „Stuttgarter Zeitung“ dürfte das den Steuerzahler jährlich über 1 Million € kosten – für eine Fraktion, die es gar nicht mehr gibt. Zukünftige Pensionsverpflichtungen kommen ebenso hinzu. Der Landesrechnungshof hat bereits vor über 20 Jahren vor dem Problem gewarnt. Das haben Sie bewusst und vorsätzlich ignoriert.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Eine ausreichende gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen fehlte ebenfalls. Nur die AfD-Fraktion hat bei dieser Selbstbedienung nicht mitgemacht und bis heute keinen einzigen ihrer Mitarbeiter im Landtag verbeamtet.

Ehrlicherweise müssten Sie einräumen, dass es doch genau solche Dinge sind, weshalb Sie uns bekämpfen: weil wir uns an Ihren Mauscheleien nicht beteiligen.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben die Zahl der Planstellen für Ihre Leute sogar noch verdoppelt. Da die SPD nun nur noch ganz knapp in den Landtag kam

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, schade!)

und somit weniger Personal hat, ist neben der FDP/DVP übrigens auch deren Personal betroffen.

Doch das Problem liegt noch tiefer. Es geht um die Vermischung von staatlicher Verwaltung und Parteipolitik. Gutachten und Einschätzungen stellen klar, dass die eingesetzten Beamten unabhängig, unparteiisch arbeiten müssen. Bei Gutachten sollen sie weisungsfrei sein. Beamte müssen also eine fraktionsübergreifende Aufgabe haben. Diese muss auch dann bestehen, wenn die zugewiesene Fraktion aus dem Landtag ausscheidet.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Faktisch aber endet die Weisungsfreiheit bereits, wenn ein Beamter einer Fraktion zugewiesen wurde und somit den Anweisungen der Fraktion folgte. Das ist logisch. Oder wollen beispielsweise Sie von den Grünen die Beamten der ausgeschiedenen FDP/DVP in die Fraktion mit aufnehmen, dann logischerweise unter Verzicht auf weitere eigene Beamte? Wohl kaum.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Zusammengefasst: Sie haben staatliche Verwaltung und Parteipolitik vermischt

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

und sämtliche Warnungen ignoriert. Sie wollen Ihre Mitarbeiter dauerhaft ins System bekommen, selbst für den Fall, dass man Sie und Ihre Politik abwählt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Lauter Unfug!)

Ich betone nochmals: Nur die AfD-Fraktion hat sich nie an diesem System beteiligt. Wir haben unsere Mitarbeiter nicht verbeamten lassen.

(Zuruf von der CDU: Verwandtschaft eingestellt! – Beifall des Abg. Artur Eichin GRÜNE – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Frau Präsidentin, können Sie einmal für Ruhe sorgen? – Wir sind mal wieder die Einzigen, denen die Einhaltung von Recht und Gesetz wichtig war und ist,

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Unruhe)

ebenso der Wählerwille, wenn dieser sich entscheidet, dass er genug von einer Partei hat.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sie haben doch ständig Konflikte mit dem Gesetz!)

– Da können Sie von der SPD so laut schreien, wie Sie wollen. – Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf wollen Sie die Fraktionen offiziell an der Verbeamtung beteiligen und ein zweifelhaftes System nicht nur ausbauen. Vor dem schon geschilderten Hintergrund ist das ein Skandal.

(Beifall bei der AfD)

Besonders dreist im Gesetzentwurf ist: Fraktionsarbeit wird per Gesetz zur Qualifikation für den höheren Dienst erklärt.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

Demjenigen, der für einen Abgeordneten oder eine Fraktion gearbeitet hat, wird der Weg ins höhere Beamtenverhältnis geebnet.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Krass!)

Zudem erhalten Fraktionsvorsitzende offiziell die fachliche Weisungsbefugnis. Dies ist nicht nur für den Steuerzahler ein Schlag ins Gesicht, sondern auch für jeden Beamten, der über Jahre hinweg die normale Laufbahn durchläuft.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

All das schafft einen erheblichen Widerspruch. Beamte sollen dem Gemeinwohl verpflichtet und unparteiisch sein. Sie jedoch, Kollegen von CDU, Grünen und SPD, sorgen für genau das Gegenteil. Denn Ihre Beamten sollen natürlich Ihren Fraktionen zuarbeiten und Weisungen Ihrer Fraktionsvorsitzenden folgen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Dauerhaft!)

Und wenn Sie aus dem Parlament fliegen, bleiben Ihre Mitarbeiter trotzdem im System.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Hier beugt die SPD wohl schon für die nächste Landtagswahl vor,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

da es ihr dann nämlich genauso gehen wird wie der FDP/DVP.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! Hoffen wir es!)

Zweifellos benötigen Sie Mitarbeiter für Ihre politische Arbeit, doch wir sind der Meinung: Fraktionen sollen diese auch selbst beschäftigen, die Verantwortung dafür übernehmen. Und wenn die Partei abgewählt wird, dann dürfen deren Mitarbeiter nicht weiter vom Steuerzahler finanziert werden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: So ist es!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Klecker, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dennis Klecker AfD: Ich komme zu meinem Schlusssatz: Dieser Gesetzentwurf ist nicht nur ein Skandal, sondern aus unserer Sicht auch gesetzes- und verfassungswidrig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut! – Zuruf von der AfD: Guter Mann!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Klecker, es steht mir nicht zu, Ihre Rede zu bewerten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Dann machen Sie es auch nicht!)

– Moment! – Das ist Ihr gutes Recht. Ich möchte nur eines richtigstellen: Diese Menschen, die Beamten, die bei der FDP/DVP-Fraktion gearbeitet haben, sitzen nicht herum und drehen Däumchen, sondern arbeiten alle tagtäglich. Einer von ihnen ist Herr Dr. Greiff. Das möchte ich einfach richtigstellen. Danke schön.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Scheint so, dass wir einen Nerv getroffen haben! – Unruhe)

In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wie viele von der Grünen Jugend wurden da eigentlich verbeamtet, durchgeschleust? – Anhaltende Unruhe)

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gäbe jetzt, denke ich, einiges zu sagen, aber wir haben die Debatte über den Gesetzentwurf noch vor uns.

Aber ich glaube, es braucht zwei, drei Korrekturen von Dingen, die Sie hier angesprochen haben, weil Sie hier Nebelkerzen zünden. Ich denke, das gehört, um die Bedeutung oder die Tiefe dieses Gesetzentwurfs zu verstehen, ausgesprochen.

Das eine ist: Die Weisungsbefugnis gibt es seit den Sechzigerjahren. Die besteht seit Langem. Die ist in diesem Gesetzentwurf nicht neu geschaffen worden.

(Zuruf von der AfD: Ja, das stimmt!)

– Ja, gerade wurde etwas anderes behauptet. Deshalb stelle ich es jetzt klar.

Der zweite Punkt – weil Sie hier so auftrumpfen, dass Sie hier diesen Selbstbedienungsladen überhaupt nicht mitmachen würden;

(Abg. Anton Baron AfD: Richtig! So ist es!)

irgendwie so haben Sie es formuliert –: Der Parlamentarische Beratungsdienst ist ein Stellenpool, der für die Fraktionen zur Verfügung steht, um wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen. Aus diesem Stellenpool, der allen Fraktionen offensteht –

(Zuruf von der AfD: Die arbeiten bestimmt für uns!)

das wird nach dem Wahlergebnis verteilt –, bedienen sich natürlich alle Fraktionen. Es gibt genau für diese Stellen und genau nur umrissen für diese Stellen seit vielen Jahren die Möglichkeit der Verbeamtung. Da sind durch die Weiterentwicklung des Beamtentums, durch die Weiterentwicklung des Beamtenrechts Grauzonen und Unklarheiten entstanden. Was wir machen, ist, nachzuarbeiten, was in den vergangenen Jahrzehnten nicht gemacht wurde.

(Abg. Dennis Klecker AfD: Illegalität zu Legalität machen!)

Wir stellen das jetzt wieder auf klare rechtliche Grundlagen. Aber dass Sie sich daran nicht beteiligen würden, das stimmt einfach nicht. Sie bedienen sich aus dem Stellenpool genauso.

(Abg. Sascha Binder SPD: Richtig!)

Ich erinnere mich auch daran, dass es nicht um Verbeamtung, aber um Beamte ging, die auf AfD-Ticket liefen. Insofern stellen Sie hier Behauptungen auf, die Sie am Ende gar nicht halten können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Einer war es! Und der war schon Beamter! Einfach wieder die Unwahrheit erzählt! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/836 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 6 unserer Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Was unternimmt die Landesregierung gegen Rechtsextremismus? – Drucksache 18/253

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Vormittag, als es um die Enttarnung oder Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds ging, schon über die Gefahren, die von Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus für unser demokratisches Gemeinwesen bestehen, diskutiert. Meine Fraktion hat im Sommer eine Große Anfrage gestellt, in der wir von der Landesregierung den Sachstand zu extremistischen Umtrieben in Baden-Württemberg wissen wollten und gefragt haben, was die Landesregierung dagegen unternimmt. Die Anfrage wurde beantwortet und steht heute hier zur Debatte. Die Zahlen und Daten, die uns die Landesregierung in die Debatte gegeben hat, sind – ich habe es heute Morgen schon anklingen lassen – in der Tat sehr ernüchternd. Diese Fakten, Daten und Zahlen untermauern eine besorgniserregende Entwicklung. Rechtsextremismus ist auch in Baden-Württemberg längst kein Randphänomen mehr. Rechtsextremismus ist sichtbarer, ist vernetzter. Er infiltriert immer mehr junge Menschen und wird deutlich gefährlicher, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Und ukrainischer!)

Im Jahr 2025 wurden in Baden-Württemberg 2 706 Straftaten im Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität registriert. 2 706 Straftaten sind ein neuer Höchststand.

Besonders alarmierend ist: Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten ist auf 104 Fälle gestiegen. Das sind 48 Fälle mehr als im Vorjahr. Das bedeutet einen Anstieg um fast 86 %. Um das einmal deutlich zu machen: Wir haben hier einen Anstieg bei rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in einem Jahr um 86 %. Dahinter steht vor allem Körperverletzung, häufig aus ausländerfeindlichen und rassistischen Motiven.

Das alles sind nicht nur Zahlen, sondern hinter jeder dieser Zahlen steht auch ein Opfer, ein Mensch, der bedroht, beleidigt, verletzt oder eingeschüchtert wurde. Für diese Menschen ist Rechtsextremismus keine abstrakte Debatte. Er ist leider auch hier bei uns in Baden-Württemberg Alltag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir so nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ebenso ist nicht hinnehmbar – das ist hier im Parlament auch ein Dauerbrenner –, dass zum Jahresende 2025 165 Rechtsextremisten und Reichsbürger in Baden-Württemberg eine staatliche Waffenerlaubnis besaßen. Jetzt kann man sagen: Es ist schon schlimm genug, dass Verfassungsfeinde illegal Waffen besitzen. Aber dass sie das mit staatlicher Erlaubnis dürfen, ist für mich unbegreiflich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch hier muss viel härter durchgegriffen werden. Das sind wir auch unserer Polizei schuldig, weil es immer wieder zu schweren Gewaltexzessen gegenüber Polizistinnen und Polizisten gerade auch bei Einsätzen im Reichsbürgermilieu kommt.

(Zuruf von der AfD)

Eine weitere Zahl, die uns alarmieren muss: 52 rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter waren im Jahr 2025 trotz Haftbefehls weiterhin auf freiem Fuß – trotz Haftbefehls mitten in unserem Bundesland auf freiem Fuß!

Innenminister Hagel und Justizminister Oppelt stehen hier in der Verantwortung, gezielte Fahndungsmaßnahmen einzuleiten, um sie endlich dingfest zu machen, damit sie dorthin kommen, wohin sie gehören: hinter Schloss und Riegel.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Feststellbar ist auch: Die rechtsextremistische Szene wird immer jünger. Rund 3 140 Personen umfasst das rechtsextremistische Personenpotenzial in Baden-Württemberg. Etwa 400 Personen davon sind zwischen 14 und 24 Jahre alt. Der Anteil der unter 30-Jährigen ist innerhalb von zwei Jahren um fünf Prozentpunkte gestiegen. Das ist mehr als ein Alarmsignal.

Besonders alarmierend ist aus unserer Sicht, dass feststellbar ist, dass Rechtsextremismus nicht immer mit einer Gewalttat beginnt. Er beginnt mit Propaganda, mit Feindbildern, mit Hetze im Netz, mit vermeintlichen Freizeitangeboten, er beginnt oft auch in der Kampfsportszene und in rechtsextremen Jugendgruppen. Genau deshalb müssen wir über die Strukturen sprechen.

An der Spitze der extremistischen Bewegung stehen Organisationen wie die Jungen Nationalisten, die Nationalrevolutionäre Jugend und die Identitäre Bewegung; letztgenannte unter Verwendung unterschiedlicher Tarnbezeichnungen, oft auch mit regionalem Bezug. Das kann man feststellen, wenn man sich mit dem Thema eingehender befasst, wie man das bei uns z. B. auch im Parlamentarischen Kontrollgremium macht.

Wir müssen über die Generation Deutschland in Baden-Württemberg sprechen, die auch nach Auflösung der Jungen Alternative als unselbstständiger Teil der AfD gegründet wurde und vom Verfassungsschutz mit gleichem Status wie die Mutterpartei als Verdachtsfall bearbeitet wird.

Die Antwort der Landesregierung benennt personelle und organisatorische Verbindungen zwischen der Neuen Rechten, der AfD und eben der Generation Deutschland. Es gibt dort eine personelle Identität und teilweise eine Personalunion zwischen den Funktionären in den Spitzenfunktionen auf der Ebene der Jugendorganisationen sowie auch in der AfD insgesamt.

Mehrere Personen mit Bezügen zur Identitären Bewegung nahmen am Gründungsprozess der Generation Deutschland teil, obwohl selbst die Identitäre Bewegung auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht. Sie müssen sich einmal vorstellen, was man, wenn man schon auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht, wirklich auf dem Kerbholz hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schon ein starkes Stück, wenn man es dahin schafft. Trotzdem haben Sie diese Personen noch bei sich in der AfD und auch mit Funktionen in der AfD bedacht. Das ist ein Skandal. Das müssen Sie sich an dieser Stelle sagen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf von der AfD: Sie müssen es ja wissen! – Abg. Stephan Schwarz AfD: Wie ist das mit den Grauen Wölfen und der SPD auf der Kommunalwahlliste Filderstadt?)

Die AfD versucht – ich meine, das versuchen Sie mehr oder weniger gut; aber Sie versuchen es ja ab und zu –, sich handzahm zu präsentieren, und behauptet, mit Rechtsextremismus nichts zu tun zu haben, während sie zugleich personell und organisatorisch fest mit solchen Organisationen verbunden ist. Die AfD hat selbst Abgeordnete in ihren Reihen, die wenig Berührungsängste zu diesen genannten Organisationen haben; von den Mitarbeitern will ich an dieser Stelle erst gar nicht reden.

Man kann nicht die Junge Alternative auflösen und kurz darauf unter neuem Namen eine neue Jugendorganisation gründen, ohne die Frage nach der Kontinuität zu stellen. Das ist ein Etikettenschwindel, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Kontinuität ist kein Zufall, sie ist Teil einer Strategie, Strukturen zu erhalten, Netzwerke zu pflegen und jungen Menschen den Zugang zu rechtsextremen Ideologien zu ermöglichen.

Der Chef der Generation Deutschland spricht selbst von einer Arbeitsteilung: hier die Partei, dort das Vorfeld. Das sagt viel über das Verhältnis zwischen Partei und rechtsextremen Milieus aus.

Unsere Große Anfrage ist deshalb keine parteipolitische Provokation; sie ist aus unserer Sicht eine demokratische Notwendigkeit. Denn Rechtsextremismus ist und bleibt die größte sicherheitspolitische Bedrohung in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Kay Rittweg AfD)

Rechtsextremismus richtet sich gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung, gegen unsere Freiheit, gegen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, gegen Jüdinnen und Juden, gegen queere Menschen und letztendlich gegen alle Demokratinnen und Demokraten.

Die Zahlen, die ich vorhin genannt habe, brauchen eine Konsequenz:

Erstens: Wir müssen den Verfassungsschutz stärken. Er muss rechtsextreme Netzwerke frühzeitig erkennen, personelle Überschneidungen aufdecken und auf die Dynamik der Szene reagieren können. Dafür braucht es Personal, Ausstattung und eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei, den Staatsanwaltschaften und den Kommunen. Der Innenminister hat angekündigt, das Landesamt für Verfassungsschutz zu einem echten Abwehrdienst weiterzuentwickeln. Wir werden ihn an dieser Ankündigung messen. Worten müssen Taten und Ergebnisse folgen.

Zweitens: Wir müssen rechtsextremen Strukturen den Nährboden entziehen. Wo Organisationen und Vereine gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung arbeiten, muss der Rechtsstaat konsequent handeln. Immobilien, Finanzierungswege und Veranstaltungsnetzwerke müssen in den Blick genommen werden. Rechtsextreme Strukturen dürfen nicht auf staatliche Nachsicht hoffen.

Drittens: Repression muss konsequent sein. Rechtsextreme Gewalt ist kein Kavaliersdelikt.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Genauso wenig wie linke!)

Wir brauchen schnelle Ermittlungen, eine konsequente Verfolgung von Hasskriminalität und klare Konsequenzen beim Waffenbesitz von Extremisten. Es darf nicht sein, dass Verfassungsfeinde legal an Waffen kommen, während ihre Opfer Angst vor dem nächsten Angriff haben müssen.

(Dr. Boris Weirauch)

Und viertens: Wir müssen früher mit der Prävention beginnen. Gerade weil die Täter jünger werden, müssen wir junge Menschen erreichen. Schulen, Jugendhäuser, Vereine und Eltern brauchen Unterstützung, um Radikalisierung zu erkennen und demokratische Alternativen anzubieten. Demokratiebildung darf kein Nebenprodukt sein. Sie braucht ein dauerhaft finanziertes Landesprogramm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt davon, dass wir uns wehren, wenn Menschen ausgegrenzt werden, dass wir nicht wegschauen, wenn Hetze normalisiert wird, und dass wir denjenigen entschlossen entgegentreten, die unsere freiheitlich-demokratische Ordnung abschaffen wollen.

Die Antwort auf unsere Große Anfrage zeigt: Es reicht nicht, auf Zahlen zu verweisen und auf bestehende Strukturen zu vertrauen. Wir brauchen einen entschlossenen, vernetzten und langfristig finanzierten Kampf gegen Rechtsextremismus – repressiv, präventiv und mit einer klaren Haltung für unsere Demokratie.

Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Kultur und des Zusammenhalts. Genau dieses Land wollen Rechtsextreme spalten. Davor müssen wir es schützen. Die SPD wird wachsam bleiben. Wir werden nachfragen, kontrollieren und handeln. Unsere Demokratie verteidigen wir mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Haggenmüller.

Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Weirauch, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Große Anfrage, weil sie einfach sehr deutlich macht, dass Rechtsextremismus in unserem Land eine immense Gefährdung ist, die sehr viele Menschen in unserem Land sehr konkret jeden Tag bedroht. Der Rechtsextremismus ist eine große Gefahr für unsere Demokratie und für unseren gesellschaftlichen Frieden.

Ich möchte die drei Zahlen, die heute Morgen genannt worden sind, wiederholen: Seit 2021 hat sich die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Baden-Württemberg fast verdoppelt.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ukrainer!)

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten hat sich sogar verdreifacht. Auch das rechtsextremistische Personenpotenzial hat einen neuen Höchststand erreicht.

Das alles sind keine abstrakten Zahlen oder Fakten. Dahinter stehen sehr konkret die Sicherheit, das Schicksal, das Leben vieler Menschen, die sich bedroht fühlen, die in diesem Land beleidigt werden und die ganz konkret angegriffen werden – queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, Jüdinnen und Juden –, und das einzig und allein deshalb, weil sie nicht in das primitive Weltbild von rechten Ideologen passen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen stehen wir von den demokratischen Fraktionen gemeinsam hinter diesen Personen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Es geht aber noch weiter; denn zunehmend werden außerdem auch Repräsentanten unseres Staates und vor allem auch ehrenamtlich Tätige, die sich auf der kommunalen Ebene in den Kreistagen und den Gemeinderäten in unserem Land engagieren, attackiert.

Lassen Sie mich bitte auch das klar sagen: Wer Menschen angreift, weil sie sich für unsere Demokratie einsetzen, greift unsere Demokratie als Ganzes an, und dagegen wehren wir uns von den demokratischen Fraktionen in diesem Land gemeinsam.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir werden in der nächsten Zeit aber auch noch genauer hinschauen müssen, wie Rechtextremismus heute genau aussieht. Denn er macht es uns heutzutage eben nicht einfach und kommt nicht mit Glatze und Bomberjacke daher, sondern tarnt sich, und das manchmal auch ziemlich gut. Er kann sehr modern wirken: mit Hipsterbärten, mit einem vermeintlichen Einsatz für Kinderschutz, mit Konzerten und mit harmlosen Musikveranstaltungen oder manchmal auch einfach mit netten Gesten oder Nachbarschaftshilfen.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Bunte Farben, blaue Haare!)

Deswegen reicht es nicht, erst dann zu reagieren, wenn jemand offen den Hitlergruß zeigt. Wir müssen früher ansetzen, bevor aus Worten Taten werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Dafür haben wir in Baden-Württemberg gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Strukturen geschaffen: ZAMAT, eine Anlaufstelle für Kommunalpolitikerinnen und -politiker, mobirex, die mobile Beratung gegen Rechtextremismus, die Kommunen, Vereine und Schulen unterstützt, wenn sie mit rechtsextremistischen Aktivitäten zu tun haben, oder konex, das Kompetenzzentrum für Menschen, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen.

(Abg. Kay Rittweg AfD zu Stephan Schwarz AfD: Gibt es das auch für Linksextremisten?)

Gefördert von Land und Bund hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren eine gute Präventionsstruktur aufgebaut. Wir dürfen diese nicht kaputt machen. Aber dafür brauchen wir auch den Bund. Deswegen müssen wir auch klar in Richtung der Bundesregierung sagen: Beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zu kürzen, ist jetzt das falsche Signal zur falschen Zeit.

(Beifall bei den Grünen)

(Pascal Haggenmüller)

Gerade in der jetzigen Zeit, in der die Zahl rechtsextremer Straftaten und Gewaltdelikte steigt, brauchen wir nicht weniger Demokratiearbeit, sondern mehr Demokratiearbeit. Gleichzeitig ist auch klar: Im Kampf gegen Rechtsextremismus brauchen wir nicht nur eine wirksame Prävention, sondern vor allem auch eine starke Repression.

Rechtsextremisten müssen es in diesem Land maximal unbequem haben. Dazu gehört, dass wir ihre Netzwerke zerschlagen und dass wir ihre Finanzströme in den Blick nehmen. Dazu gehört aber auch, dass wir ihnen die Waffen wegnehmen und zuverlässig verhindern, dass sie auf legalem Weg an Waffen kommen.

Die Koalition hier im Land setzt sich deswegen auf Bundesebene weiterhin dafür ein, dass Extremisten im Sinne des Waffengesetzes als absolut unzuverlässig gelten.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Kay Rittweg AfD: Da spricht die Verbotspartei schlechthin!)

Die Große Anfrage zeigt aber auch, wie gut rechtsextreme Strukturen inzwischen miteinander vernetzt sind. Das betrifft insbesondere die AfD, deren Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber der aktivistischen rechtsextremen Szene nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Auch vor diesem Hintergrund halte ich es für geboten, die Verfassungsmäßigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Kay Rittweg AfD: Viel Spaß! – Zuruf des Abg. Stephan Schwarz AfD)

Unser Auftrag in diesem Land ist klar: Wir fördern Prävention, wir schützen die Betroffenen, und wir stärken unsere Sicherheitsbehörden; denn Demokratie verteidigt sich nicht allein. Kein Fußbreit den Feinden der Freiheit!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Abg. Kay Rittweg AfD: Vielleicht liegt es auch an eurer Politik! Immer: rechts, rechts, rechts! Unglaublich!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Saladino.

(Beifall bei der CDU – Abg. Lorenzo Saladino CDU fährt das Redepult herunter. – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Mario Schneider CDU: Geht das von der Redezeit ab? – Gegenruf: Das wäre gemein!)

Abg. Lorenzo Saladino CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute Morgen bereits eine sehr gute Debatte zum 15. Jahrestag der Enttarnung des NSU. Wenn wir jetzt noch einmal das Thema „Politischer Extremismus“ aufgreifen, dann ist dies sicher kein Fehler.

Ich darf daher auch an das heute Vormittag Gesagte anknüpfen und vorweg in aller Deutlichkeit sagen: Wir, das Land, werden gegen jede Form von Extremismus vorgehen, egal, ob von rechts, von links oder von islamischer Seite.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Da sind wir dabei! – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Genau so! – Bravo!)

Denn jeder Extremist hat nur ein Ziel, nämlich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Sie hassen alles, was wir lieben. Davor müssen wir uns deutlich schützen. Davor müssen wir die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land schützen. Ihnen diese Sicherheit zu gewährleisten, ist ein Kernauftrag unseres Staates.

Ich will mich im Vorfeld auch bei der Regierung bedanken – hier sitzt Herr Staatssekretär Moser –: Vielen Dank für die Antworten auf die Große Anfrage. Wie ich eben schon gesagt habe: Wir differenzieren da eigentlich nicht zwischen rechts und links. Überhaupt: Gewalt, Radikalisierung und Extremismus – das ist alles nicht gut.

Deswegen: Ich finde, dass unser Land mit dem Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-Zentrum – kurz: SAT BW – schon viel gemacht hat – die machen eine hervorragende Arbeit –, und wir haben auch unsere Ermittlungsbehörden. Da muss die Zusammenarbeit mit der Justiz noch ein bisschen besser werden, und dann klappt das auch.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zu Minister Moritz Oppelt: Moritz, da kriegst du auch was! – Heiterkeit des Ministers Moritz Oppelt)

Die Radikalisierung muss verhindert werden, bevor es zu Straftaten kommt – das haben wir auch schon gehört; das ist auch völlig richtig.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich mir wirklich viele Gedanken darüber gemacht, warum die Stimmung in unserem Land so ist. Warum ist es so, wie es ist? Ich komme immer wieder zu dem Ergebnis – ich war, bevor ich hier in dieses Parlament gewählt wurde, im Bestattungswesen tätig;

(Heiterkeit der Abg. Dr. Maximilian Menton CDU und Sandro Scheer AfD)

ich hatte wirklich mit allen sozialen Schichten, allen Generationen zu tun, und die Leute saßen bei mir am Tisch –: Die Stimmung im Land hat in den letzten fünf bis zehn Jahren bis zu dem Punkt zugenommen, an dem sie im Moment ist. Die Leute radikalisieren sich immer mehr. Es sind wirklich auch Normalos; es sind ganz normale Familienväter; es sind ganz normale Familien, die einer Arbeit nachgehen, die aber Existenzängste und Ähnliches auch am Küchentisch zum Thema machen.

Deswegen müssen wir uns auch ehrlich machen und uns fragen: Was haben wir in den letzten Jahren verpennt? Was haben wir in den letzten Jahren falsch gemacht? Warum sind die Ränder so stark geworden – links und rechts?

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

– Ja, Sie können sich amüsieren. Ich bräuchte Sie nicht. Ich bräuchte Sie wirklich nicht.

(Lorenzo Saladino)

Mit Blick nach Berlin muss ich auch ganz deutlich sagen: Das macht mir auch große Sorgen, wie die Grünen und die SPD jetzt nach gemeinsamen Dingen mit den Linken suchen. Das ist ein Problem. Das ist echt ein Problem.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der CDU)

Ich will mir gar nicht ausmalen, wie die Reaktion von den Grünen, aber auch von der SPD, die hier eine solche Anfrage stellt, wäre, wenn sich die CDU nach einer Landtagswahl nur gedanklich damit auseinandersetzen würde, sich zusammen mit der AfD an einen Koalitionstisch zu setzen.

(Zurufe von der AfD: Sehr gut! – Ja!)

Da müssen wir uns wirklich bei der Wahrheit bewegen. Das nervt mich genauso, was da passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Genauso ist das ein Problem mit den Demos: Ich will die Extremisten und die Bewegungen an den Rändern eigentlich im Ring bekämpfen.

(Zuruf der Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE)

Die gehören hier im Ring bekämpft – nicht mit lauten Trillerpfeifen, aber auch nicht mit bunten Plakaten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Maximilian Menton CDU)

Das ist wirklich meine Meinung dazu.

Dann gibt es natürlich auch die Omas im Land, die auch meinen – –

(Heiterkeit bei der CDU und der AfD – Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wenn ich die Omas in unserer Familie sehe, wenn ich sehe, wie meine Mutter oder meine Schwiegermutter sich rührend um meine Kinder kümmern,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

weil wir Tag und Nacht bei unserer Arbeit sind, da muss ich schon sagen: Es wäre jedem geholfen, wenn diese bei ihren Kindern bleiben würden, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Maximilian Menton CDU – Zurufe von der AfD: Bravo! – Guter Mann!)

In diesem Sinn wünsche ich mir, dass wir bei der Wahrheit bleiben, dass wir uns wirklich wahr machen und bei den Problemen jedem Kind einen Namen geben. Da fange ich auch in den eigenen Reihen damit an.

Ganz lieben Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der AfD – Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Was für eine spannende Rede! – Abg. Kay Rittweg AfD: Jawohl! Sauber! – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn – –

(Anhaltende Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Gespräche einzustellen oder, sollten sie wichtiger als diese Parlamentssitzung sein, dann bitte nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern. Aber hier ist jetzt Ruhe, bitte.

Ich erteile das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Hegel.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Mit Hipsterbart! Auf geht's!)

Abg. Chris Hegel AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ein Algerier schreibt auf Facebook immer wieder denselben Satz: „Juden sind Rassisten und Terroristen." Einordnung: „PMK – rechts".

Auf einer propalästinensischen Demo wird ein Banner gezeigt, das Gewalt gegen israelische Zivilisten befürwortet. Einordnung – –

(Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE und Abg. Peter Hauk CDU unterhalten sich. – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Warten Sie bitte, Herr Abg. Hegel. – Sehr geehrte Frau Abg. Dr. Leidig und Herr Abg. Hauk, ich glaube, Sie beide haben etwas ganz Wichtiges zu besprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Winfried Mack CDU: Was kann das nur sein?)

Ich würde Sie bitten, das Gespräch nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Abg. Hegel, machen Sie bitte weiter.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Fang noch mal an!)

Abg. Chris Hegel AfD: Danke schön. – Auf einer propalästinensischen Demo wird ein Banner gezeigt, das Gewalt gegen israelische Zivilisten befürwortet. Einordnung: „PMK – rechts".

Ein angetrunkener Türke beleidigt willkürlich Passanten in der Innenstadt als „Scheiß-Schwuler" und „Scheiß-Neger". Einordnung: „PMK – rechts".

Ein Iraker bezeichnet eine Person auf Arabisch als Mitglied des Islamischen Staates. Einordnung: „PMK – rechts".

Ein Unbekannter sprüht „I FUCK gERMAN" zusammen mit einem Hakenkreuz auf einen Feldweg. Einordnung: „PMK – rechts".

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das liegt aber auch nahe!)

Ein unbekannter Täter sprüht drei seitenverkehrte Hakenkreuze an die Wand einer Kirche. Einordnung: „PMK – rechts".

(Zurufe, u. a. Abg. Winfried Mack CDU: Auf jeden Fall verrückt!)

(Chris Hegel)

Anscheinend hat nicht jeder Täter beim Hakenkreuzschmieren die Expertise der SPD – Daniel Born lässt grüßen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Ein Aserbaidschaner projiziert die Losung „Gas the Jews“ an die Wand seiner Schule. Einordnung: „PMK – rechts“.

Türken, Iraker, Algerier, Aserbaidschaner – erstaunlich, wie vielfältig rechte Kriminalität ist!

Aber nicht nur, dass Sie die Taten Ihrer „Goldstücke“ Rechten in die Schuhe schieben, die beiden Hakenkreuzfälle zeigen zudem ein System:

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Auf dem rechten Auge blind, mein Lieber! Unglaublich!)

Propagandadelikte mit Symbolen des NS werden grundsätzlich der „PMK – rechts“ zugeordnet, selbst bei unbekannten Tätern, solange keine gegenteiligen Erkenntnisse vorliegen.

(Zuruf von den Grünen – Gegenruf von der AfD: Zuhorchen!)

Im Jahr 2025 waren bundesweit fast 60 % der „rechten“ Straftaten Propagandadelikte. In der Mehrzahl der Fälle blieb der Täter unbekannt.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Also dürfen sie Waffen tragen?)

Trotzdem werden diese Taten „rechts“ zugerechnet.

Schauen wir, wer sonst noch in Ihrer Statistik landet. Mit § 188, der „Majestätsbeleidigung“, haben Sie einen weiteren Zulieferer geschaffen. Wer einen Schwachkopf „Schwachkopf“ nennt, bekommt in Ihrem Deutschland eine Hausdurchsuchung

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

und landet – Sie ahnen es – in der „PMK – rechts“.

Dazu kommt der Gummiparagraf § 130 StGB, die Volksverhetzung. Die Bezeichnung des deutschen Volkes als „Köterrasse“ bleibt straflos. Verurteilt werden stattdessen AfD-Politiker, die einen Zusammenhang zwischen afghanischer Migration und Gruppenvergewaltigungen thematisieren.

Während Sie rechte Gespenster jagen, wachsen die tatsächlichen Gefahren. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der linksextremistischen Straftaten im Jahr 2025 um knapp 80 %; bundesweit stieg die Zahl der Gewalttaten um über 40 %. Die Zahl der linksextremistischen Gefährder stieg von 2025 auf 2026 um 70 %.

(Abg. Carola Wolle AfD: Hört, hört!)

Anschläge in Berlin und Reutlingen, dazu organisierte Überfallkommandos wie die „Hammerbande“.

Und was machen Sie? Vertreter von SPD und Grünen besuchen den Gewalttäter S. T. in Haft.

(Zurufe von der AfD: Aha! – Pfui!)

Die linksextreme Rote Hilfe erklärte kürzlich, viele ihrer Mitglieder seien Sozialdemokraten oder Mitglieder der Grünen Jugend. – Die Extremisten sitzen in Ihren eigenen Reihen. Räumen Sie da mal auf!

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Kay Rittweg AfD)

Und als wäre das noch nicht genug, haben Sie mit Ihrer Massenmigration dem Islamismus Tür und Tor geöffnet. 96 % der Extremismusverfahren des Generalbundesanwalts standen 2025 im Zusammenhang mit Islamismus oder auslandsbezogenem Extremismus.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: So ist es!)

Die Bürger in Baden-Württemberg verdienen einen Staat, der die echten Gefahren bekämpft. Sie von den Kartellparteien dulden linksextreme Netzwerke, finanzieren deren Unterstützer und nennen das Ganze dann auch noch „Zivilgesellschaft“.

Wir machen Schluss damit. Und für jeden Islamisten, Scharia-Fan und Deutschlandhasser kann es nur eine Antwort geben: Remigration!

(Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der AfD)

Es wird Zeit, dass Sie Ihren ideologischen Kampf gegen rechts beenden und endlich die Gefahren bekämpfen, die Sie mit Ihrer Politik selbst geschaffen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Denn die größte Gefahr für die innere Sicherheit sind längst nicht mehr nur die Extremisten.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Es ist Ihre Politik, die ihnen seit Jahren den Weg bereitet.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Moser.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Sagen Sie mal was zu den Ukrainern!)

Staatssekretär Reiner Moser: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Abgeordnete dieses Hohen Hauses! Im Juni dieses Jahres wollte ein rechtsextremer Musiker in einem Vereinsheim in Burladingen auf der Zollernalb vor Gleichgesinnten auftreten. Der Auftritt hat nie stattgefunden. Die Stadt hatte ihm vorher ein Aufenthaltsverbot zugestellt – ob elektronisch oder per Post, weiß ich nicht, aber wirksam. Verfassungsschutz, Polizei und Rathaus haben sich eng abgestimmt. So, meine Damen und Herren, sieht wehrhafte Demokratie aus:

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

(Staatssekretär Reiner Moser)

nicht laut, aber wirksam. Dafür danke ich den Sicherheitsbehörden, den Rathäusern und allen anderen, die daran mitgewirkt haben.

Ich will aber auch der SPD-Fraktion danken für die Große Anfrage zu diesem Themenkomplex. Das rankt auch um die von der Fraktion GRÜNE beantragte Aktuelle Debatte von heute Vormittag. Ich denke, der Tag ist würdig genutzt, um sich dem Thema zu stellen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Denn, meine Damen und Herren, bei diesem Thema gibt es keine Regierung und keine Opposition, sondern ein Wir – oder, anders gesagt, unser Grundgesetz.

Die Lage ist wahrlich ernst. Wir haben es gehört: 2 706 rechts motivierte Straftaten allein im Jahr 2025 – mehr als ein Drittel aller politisch motivierten Straftaten.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Dann gehen nach Adam Riese die anderen zwei Drittel auf die andere Kappe, oder?)

Die Zahl der Gewalttaten hat sich fast verdoppelt – Herr Abg. Weirauch, je nachdem, wie man es zählt oder wie man es nimmt, aber Sie haben auch nicht unrecht –, nämlich auf 104 Fälle. Dazu kommen 1 076 Fälle von Hasskriminalität – meist fremdenfeindlich, ausländerfeindlich, rassistisch – und 128 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger, 47 mehr als im Jahr zuvor.

Was heißt dies für uns alle hier im Saal? Sie wissen es: Jede ehrenamtliche Gemeinderätin, jeder ehrenamtliche Gemeinderat, jeder sonstige Mandats- und Amtsträger, jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin, alle verdienen unseren Schutz. Dem stellen wir uns auch, und dem widmen wir uns auch mit aller Kraft.

Die Polizei verfolgt diese Taten daher konsequent. Beim LKA berät ZAMAT, die Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger, in diesem Kontext. Seit ihrer Einrichtung gab es mehr als 100 Beratungsfälle. Da geht es um konsequente Strafverfolgung, es geht um einzelfallbezogene Gefährdungsbewertungen und, wenn nötig, auch erforderliche Schutzmaßnahmen.

Werte Abgeordnete dieses Hauses, wir bekämpfen nicht nur die Tat, wir bekämpfen das Netz dahinter. Wir haben die Gruppen im Blick, ihre Treffpunkte, ihre Verbindungen.

Ja, der Fall in Burladingen war kein Einzelfall. Rechtsextreme Konzerte sind keine harmlosen Liederabende. Bei ihnen werden Menschen mit Hass aufgeladen. Dort wird vernetzt, verfestigt, mobilisiert. Deshalb spüren wir solche Veranstaltungen früh auf, und wo das Recht es erlaubt, verhindern wir sie oder lösen sie auf.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Wo das Gesetz es zulässt, entziehen wir Erlaubnisse und stellen die Waffen sicher. Im Jahr 2025 waren es 20 Maßnahmen zur Entziehung von Waffen von Reichsbürgern und Selbstverwaltern und zwei Entziehungen von Waffen aus dem Bereich des Rechtsextremismus.

Im SAT BW, unserem Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-Zentrum, bündeln wir die Kräfte erfolgreich unter einem Dach – ein Lagebild, eine Linie und dann eine konzertierte Entscheidung.

Aber, meine Damen und Herren – es wurde schon angesprochen –, am meisten Sorgen macht mir, dass die Szene jünger wird. Rund 400 Rechtsextremisten in unserem Land sind zwischen 14 und 24 Jahre alt, darunter etwa 40 Minderjährige. Das ist das Alter von Schülern und Azubis. Man kann es auch anders sagen: Dort findet die Radikalisierung im Kinderzimmer statt.

Seit Jahren wird gezielt darum geworben, junge Leute vor allem im Netz zu beeinflussen, zu manipulieren und zu radikalisieren – leider erfolgreich. Sie organisieren Events, sie gehen wandern, sie sammeln gemeinsam Müll,

(Zuruf von der AfD: Sind das Straftaten?)

alles kommt relativ unverdächtig daher. Sie posten ihre Aktivitäten, es wirkt harmlos – ist es aber nicht. Dazu kommen Kampfsport und gezielte Konfrontation mit politischen Gegnern.

Erich Kästner hat es einmal so benannt:

> *Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.*

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Deshalb setzen wir nicht erst bei der Straftat an, sondern bereits im Vorfeld, bei der Radikalisierung. Der Verfassungsschutz erkennt sie früh, und unser Kompetenzzentrum gegen Extremismus, konex, hilft beim Ausstieg. Auch dort haben wir im Jahr etwa eine mittlere zweistellige Zahl von gezielten Ansprachen, um die Menschen wieder auf den richtigen Weg zurückzuführen. Kein junger Mensch kommt als Extremist auf die Welt, und wir geben keinen verloren. Wer aus dem extremistischen Sumpf herauswill, dem helfen wir heraus.

Klar ist aber auch, meine Damen und Herren: Die Polizei kann Täter stellen, der Verfassungsschutz kann Netzwerke aufdecken, aber unsere Demokratie verteidigen, das können wir alle nur gemeinsam.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Deshalb – ein kleiner Baustein mehr – wollen wir den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ neu einrichten. Seine Maßnahmen werden weiterlaufen. Wir bleiben am Thema dran und stellen uns auch den neuen Erscheinungsbildern in diesem Kriminalitätsspektrum.

Mit dem geplanten Landesprogramm „Demokratieförderung“ verzahnen wir die vielen guten Präventionsangebote, die ich auch schon erwähnt habe. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir auch im Bereich der Wissenschaft, z. B. an der Uni Tübingen oder in Karlsruhe, wichtige Beiträge zur Dokumentation, zur Forschung und zur Vernetzung sammeln, um ein Stück weit das besser zu verstehen, was um uns herum stattfindet und uns täglich fassungslos macht.

(Staatssekretär Reiner Moser)

Unsere Linie ist klar: Wir verfolgen Straftaten konsequent und gehen gegen extremistische Strukturen vor. Herr Abg. Weirauch, vielen Dank auch für den Impuls bzw. Hinweis, man möge unseren Verfassungsschutz stärken. Das wollen wir tatsächlich auch tun – im Kontext unserer Abwehroffensive, die zugegebenermaßen noch etwas größer angelegt ist und andere Themenbereiche betrifft. Aber in diesem Zusammenhang soll das auch stattfinden. Und wir setzen früh auf Prävention.

Unser Land bleibt offen, es bleibt wehrhaft. Wer unsere Freiheit angreift, trifft auf einen starken Staat und auf eine starke Gesellschaft. Unsere Demokratie ist stärker als ihre Feinde. Machen wir sie jeden Tag noch ein Stück stärker. Ich danke Ihnen, dass Sie daran mitwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 7 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Perspektive für den weiteren Ausbau der Windkraftnutzung im Land – Drucksache 18/275

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg leben über elf Millionen Menschen. Baden-Württemberg ist ein Industrieland. Die Unternehmen im Land schaffen Spitzenwerte bei der Bruttowertschöpfung. Beides bringt aber auch einen enormen Energiebedarf mit sich. Bereits im Jahr 2024 lag der Bruttostrombedarf bei rund 65 TWh, das sind 65 Milliarden kWh. Im Gegenzug erzeugen Energieanlagen in Baden-Württemberg nur ca. 34 TWh. Im Saldo verbrauchen wir in unserem Land doppelt so viel Energie, wie wir tatsächlich erzeugen können. Auf Dauer kann das nicht gut gehen, zumal der Strombedarf noch weiter steigen wird. Die Landesregierung geht in ihrem Energiebericht selbst von einem Energiebedarf von 90 TWh im Jahr 2030 aus. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir diese Lücke schließen können.

Der Ausbau der Windkraft könnte einen wichtigen Beitrag leisten. Windkraft ist eine der kostengünstigsten und klimafreundlichsten Möglichkeiten, Strom zu erzeugen. Gerade im Winter und nachts ergänzt sie die Solarenergie und ist damit unverzichtbar für eine vollständige erneuerbare Stromversorgung.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Das hat man letztens gesehen, wie zuverlässig das ist!)

Bisher beträgt der Windkraftanteil lediglich knapp 10 % der in Baden-Württemberg erzeugten Energie. Das ist ausbaufähig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Bilanz der grün geführten Landesregierung beim Windkraftausbau in Baden-Württemberg ist entgegen vollmundiger Ankündigungen, die wir immer wieder vernehmen können, bisher leider ziemlich dürftig, wenn ich ehrlich bin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dennis Klecker AfD: Gott sei Dank!)

Im Koalitionsvertrag von 2021 hat Grün-Schwarz angekündigt, die Voraussetzungen für bis zu 1 000 Windkraftanlagen zu schaffen. Schon kurz nach der Landtagswahl wurde dieses Versprechen durch Ministerpräsident Kretschmann höchstselbst einkassiert.

(Abg. Dennis Klecker AfD: Zum Glück!)

Die Landesregierung zieht auch in ihrer Stellungnahme zu unserem Berichtsantrag eine verheerende Bilanz. Seit dem Jahr 2021 – wir sprachen von 1 000; 1 000 waren versprochen – sind unterm Strich gerade mal 119 neu installierte Windkraftanlagen

(Abg. Dennis Klecker AfD: Das sind auch noch zu viele!)

mit einer zusätzlichen Leistung in Höhe von 537 MW hinzugekommen. Das ist gelinde gesagt nichts, einfach nichts. Wenn man mal sieht, wie hoch der Energiebedarf ist und was für Energiebedarfe wir auch zukünftig decken müssen, dann sind 537 MW einfach gar nichts.

Jetzt hat man pünktlich zur Landtagswahl den Leuten erzählt, man habe ja über 1 300 Anlagen in der Pipeline. Der Herr Ministerpräsident sprach kurz darauf sogar von 1 800 Anlagen, die man in der Pipeline habe. Wenn man genau hinschaut, sieht man, dass diese Geschichte im Ergebnis kaum mehr als eine Fata Morgana ist. Bei 1 316 Projekten wurde zwar ein Antrag auf Genehmigung gestellt, aber noch lange kein Windrad gebaut. Nur 236 Windkraftanlagen sind zwar genehmigt, aber noch nicht gebaut.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Zum Glück! – Abg. Dennis Klecker AfD: Weil sie unwirtschaftlich sind!)

Nur damit das hier allen klar ist: Eine Windkraftanlage auf dem Papier produziert noch keine einzige Kilowattstunde Strom, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mich fragen, ist da verdammt wenig in der Pipeline, zumal zwischenzeitlich Projektierer von Windkraftanlagen Flächen wieder zurückgegeben haben – beispielsweise im Landkreis Reutlingen oder im Landkreis Lörrach. Man hatte quasi den Zuschlag, man hat eine Anlage genehmigt bekommen, und am Schluss gibt man die Fläche wieder zurück. Warum, sage ich Ihnen: Angeführt werden wirtschaftliche Gründe, gestiegene Baukosten und höhere Zinsen im Rahmen der Fremdkapitalfinanzierung.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Vielleicht liegt es an der Förderpolitik der Bundesregierung!)

(Dr. Boris Weirauch)

Was ins Auge fallen muss, ist, wenn zu hohe Pachtforderungen Windkraftprojekte zum Scheitern bringen, zumal wenn das Land wie beim Staatswald selbst Eigentümer ist. Der Staat verteuert also die Pachtkosten so sehr, dass Windkraftprojekte nicht mehr rentabel sind.

(Abg. Kay Rittweg AfD: Seltsam, ja! – Zuruf von der AfD: Super!)

Es liegt in der Verantwortung der grün geführten Landesregierung, hier den Staatsforst, ForstBW, in die Lage zu versetzen, diese Projekte günstiger anzubieten, damit Windkraftanlagen auch künftig rentabel ausgeführt werden können.

Das ist nur der Anfang. Es steht zu befürchten, dass die Landesregierung bei der Erreichung ihrer Ausbauziele nicht wirklich weiterkommt. Jetzt wissen wir gemeinsam, dass es beim Ausbau der Windkraft darauf ankommt, strukturelle Nachteile eines südlichen Binnenlands wie Baden-Württemberg durch einen regulatorischen Ausgleich zu korrigieren. Feste Kontingente über eine Südquote könnten dafür sorgen, dass mehr Projekte einen Zuschlag bekommen. Bei der jüngsten Zuschlagsrunde haben sich gerade mal acht Projekte aus Baden-Württemberg bei der Ausschreibung durchgesetzt. Acht Projekte bei insgesamt 270 Zuschlägen – das sind knapp 3 %. Nur 3 % der Zuschläge entfallen auf Baden-Württemberg. Das ist einfach zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Um Abhilfe zu schaffen, muss die Bundesebene, muss Energieministerin Reiche dafür Sorge tragen, dass mindestens 20 % der Ausschreibungsmengen für Windkraft fest im Süden vorzusehen sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

– Da sind wir uns einig. An einem Punkt sind wir uns einig.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dabei geht es aber nicht um eine Sonderbehandlung Süddeutschlands oder Baden-Württembergs, sondern um faire Wettbewerbsbedingungen. Windkraftanlagen im Süden haben häufig höhere Stromgestehungskosten. Dafür erzeugen sie Strom näher an den großen industriellen Verbrauchszentren.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das kann die Stromnetze entlasten und teure Redispatch-Maßnahmen, also Eingriffe in den Netzbetrieb, vermeiden. Eine Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft beziffert das mögliche Einsparpotenzial bei Redispatch-Kosten im Jahr 2030 auf bis zu 1,8 Milliarden € jährlich. Das könnte man einsparen, wenn man regenerative Energieerzeugung in Baden-Württemberg entsprechend deutlich stärker ausbaut.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verantwortung für den schleppenden Ausbau lässt sich nicht einfach immer nur nach Berlin abschieben. Insgesamt drehen in Deutschland – Stand Ende 2025 – knapp 30 000 Windräder ihre Kreise, onshore, mit einer installierten Leistung in Höhe von 68,1 GW. In Baden-Württemberg waren nur 815 Anlagen mit einer installierten Leistung in Höhe von 2 066 MW in Betrieb. Auch das ist wieder nichts im Gesamtvergleich.

(Zuruf des Abg. Kay Rittweg AfD)

Das verdeutlicht die Unterschiede. Andere Bundesländer sind deutlich erfolgreicher. Allein Rheinland-Pfalz verfügt bei ungefähr der halben Landesfläche über rund doppelt so viele Windkraftanlagen wie Baden-Württemberg. Noch im November 2025 musste die Landesregierung einräumen, dass auf keiner einzigen der seit 2021 neu ausgeschriebenen Flächen eine Windkraftanlage tatsächlich errichtet worden war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg braucht endlich einen Windkraftausbau, der den eigenen Ankündigungen gerecht wird. Dafür muss die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen.

Gleichzeitig brauchen wir eine EEG-Novelle, die den Ausbau der Windkraft auch in Süddeutschland wirtschaftlich ermöglicht. Denn am Ende zählt nicht, wie viele Windräder eine Landesregierung verspricht, sondern wie viele tatsächlich Strom produzieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Schweizer das Wort.

(Beifall des Staatssekretärs Dr. Andre Baumann – Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ein Fan!)

Abg. Clara Schweizer GRÜNE: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lange Zeit herrschte beim Windkraftausbau in Baden-Württemberg eher Flaute als Rückenwind. Heute können wir aber sagen: Der Wind hat sich gedreht. Nicht, weil sich die Windverhältnisse geändert hätten, sondern weil wir, das Land, die politischen Rahmenbedingungen verändert haben.

Für uns ist nämlich klar: Für eine klimaneutrale Zukunft und einen starken Industriestandort müssen wir beim Ausbau von Windkraft in Baden-Württemberg Fahrt aufnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir Flächen bereitgestellt, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und mit der Taskforce zum Windkraftausbau Hindernisse systematisch aus dem Weg geräumt. Heute haben wir gute Rahmenbedingungen für die Windenergie bei uns im Land. Steigende Genehmigungszahlen und mehr als 1 700 Anlagen in Planung sind ein großer Erfolg.

(Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Dieser Erfolg spricht für sich. Der Kurs stimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mein großer Dank geht an dieser Stelle auch an unsere Umweltministerin Thekla Walker; denn sie hat gemeinsam mit der Taskforce zum Windkraftausbau dafür gesorgt, dass sich die Genehmigungszeiten mehr als halbiert haben. Heute sind wir mit 13 Monaten sogar 3,5 Monate schneller als der Bun-

(Clara Schweizer)

desdurchschnitt. Das zeigt: Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während Baden-Württemberg Fahrt aufnimmt, kommt aus Berlin Gegenwind. Der Engpass liegt heute nicht mehr bei uns im Land. Wir haben in Baden-Württemberg 142 Windräder mit zusammen 936 MW Leistung, die bereits genehmigt sind, aber keinen Zuschlag von der Bundesnetzagentur haben. Das sind keine „Ankündigungswindräder“,

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Doch!)

liebe SPD, lieber Herr Weirauch,

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Doch!)

das sind Windräder, die gebaut werden können, sobald der Bund die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn klar ist doch – darin sind wir uns auch einig –: Der Süden ist das industrielle Zentrum Deutschlands und steht für rund 30 % des bundesweiten Strombedarfs. Mehr Windkraft vor Ort im Süden bedeutet für uns: kürzere Transportwege, eine Stabilisierung des gesamtdeutschen Stromnetzes sowie einen geringeren Bedarf an zusätzlichen Nord-Süd-Leitungen.

Das entlastet die Netze und senkt die Kosten für Unternehmen sowie für Verbraucherinnen und Verbraucher ganz konkret. Oder einfach gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Windkraft im Süden lohnt sich für das gesamte Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD – Zurufe von der AfD)

Eine Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft aus diesem Jahr zeigt sogar – wie Sie auch zitiert haben, Herr Weirauch –: Durch einen stärkeren Windkraftausbau im Süden können jährlich bis zu 1,8 Milliarden € Redispatch-Kosten vermieden werden – Kosten, die sonst über Netzentgelte von Unternehmen und privaten Haushalten getragen werden müssten.

Trotzdem hält die Bundesregierung mit Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche an einem System fest, das süddeutsche Projekte weiterhin benachteiligt. Da müssen wir uns doch gemeinsam in Baden-Württemberg fragen: Warum gibt es weiterhin keine echte Südquote? Warum setzt sich die Bundesregierung nicht dafür ein, dass wir endlich auch im Süden mehr Windkraftanlagen bauen können?

Das verwundert doch umso mehr, weil sich der Bundesrat bereits klar positioniert hat und faire Chancen für die Windkraft im Süden eingefordert hat. Wir brauchen eine stärkere Berücksichtigung der süddeutschen Standorte, eine Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells und auch eine echte Südquote.

In Ihrem Antrag, liebe SPD, steht viel Richtiges über die Bedeutung der Windenergie für den Süden. Genau deshalb frage ich mich: Warum gilt das alles offensichtlich hier im Land, aber nicht in Berlin? Warum gilt das nicht für die Bundesregierung, an der Ihre Partei auch beteiligt ist?

Liebe SPD, es freut mich sehr, dass Sie sich auch für eine Südquote und auch für ein gutes EEG hier in Baden-Württemberg einsetzen. Meine Bitte: Nutzen Sie Ihren Einfluss in Berlin. Setzen Sie sich in Berlin für eine Südquote und für ein verbessertes Referenzertragsmodell ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Machen wir doch!)

Setzen Sie sich für ein gutes EEG ein, das den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreibt. Setzen Sie sich dafür ein, dass die geplanten Windkraftanlagen hier in Baden-Württemberg tatsächlich gebaut werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam für Rückenwind sorgen aus Bund und Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Menton.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Dr. Maximilian Menton CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jetzt muss ich mich zum Schluss dieser Debatte irgendwie doch noch ein bisschen ärgern. Der Kollege Weirauch hat wirklich viele richtige Dinge gesagt,

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Natürlich!)

einen Teil meiner Rede kann ich jetzt wirklich wegnehmen, die ganzen Zahlen. Sie haben recht. Aber in einem Punkt muss ich sagen: Sie holen jetzt zum Rundumschlag aus und tun ein bisschen so, als hätten Sie mit der aktuellen Bundespolitik nichts zu tun. Es tut mir leid, da sitzen Sie mit dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Manuel Hailfinger CDU – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ihre Leute hocken im Ministerium!)

Wir haben heute ein Paradebeispiel dafür gesehen, wie man miteinander im Bund in der Verantwortung steht, und jetzt tun Sie so, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Nein! Das habe ich gar nicht gesagt!)

Wie Sie aus meiner letzten Rede – ja, jetzt müssen Sie kurz zuhören –

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr schwer!)

zum Thema Kernenergie – –

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Weirauch!

Abg. Dr. Maximilian Menton CDU: Es freut mich, dass ich Ihr Gemüt so in Wallung bringe. So muss das sein.

(Heiterkeit bei der CDU – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie Sie aus meiner letzten Rede zum Thema Kernenergie wissen müssten, bin ich jederzeit bereit, eigene Fehler selbstkritisch anzusprechen.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Dann mal los!)

Ich ducke mich nicht weg. Aber in diesem Zusammenhang hat mir bei Ihnen eine gewisse Selbstkritik gefehlt. Ich erinnere Sie gern, deswegen bin ich hier vorn und helfe mal ein bisschen auf die Sprünge. Keine Sorge, keine Sorge, ich bin gut motiviert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Passen Sie auf! Im Jahr 2016, vor zehn Jahren, hat eine Person mal gesagt: Die Windenergie braucht keinen Welpenschutz mehr. Dann gab es noch mal eine Person, die hat gesagt: Es ist nicht besonders sinnvoll, Windkraftanlagen zu bauen an Orten, an denen es gar keinen Wind gibt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

– Passen Sie auf, zu Ihnen komme ich noch.

(Lachen bei der AfD)

Entsprechende Subventionen haben sie damals als Abzocke bezeichnet. Das waren übrigens nicht irgendwelche Hinterbänkler, so wie ich vielleicht einer bin, sondern es waren immerhin Sigmar Gabriel und Wolfgang Clement, ehemalige Bundeswirtschaftsminister

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und Vizekanzler dieses Landes.

Deswegen, liebe SPD, denke ich, dass wir in der aktuellen Situation und der Lage in diesem Land, in dem wir gemeinsam in der Verantwortung stehen, auch eine gewisse Demut verspüren müssen. Gegenseitiger Respekt würde uns guttun. Glauben Sie mir: Es gibt auch eine Menge Dinge, die ich bei der SPD im Bund sehe, die mich auch nicht besonders glücklich machen, aber ich ducke mich nicht weg und bin auch mit dafür verantwortlich.

Jetzt kommen wir vielleicht ein bisschen zum Inhaltlichen. Wir, die CDU, unterstützen den Ausbau der Windenergie dort, wo sie sinnvoll ist – jetzt ganz wichtig: ja, auch bei uns im Süden –, aber nicht überall.

In der Auseinandersetzung mit Ihrem Antrag habe ich Folgendes gelesen:

> *Windenergie ist ... die preiswerteste verfügbare ... Energiequelle.*

Da stimme ich Ihnen sogar zu. Aber: Zum Preis, der hinterher bei den Familien und den Betrieben in unserem Land ankommt, gehört halt mehr als der bloße Erzeugungspreis.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Vielmehr gehört auch dazu, dass ein einfacher, gewöhnlicher Mensch wie ich nachts vielleicht auch einmal ein Licht braucht, wenn die Sonne nicht scheint. Auch in meinem Beruf brauche ich vielleicht mal ein Ultraschallgerät, wenn der Wind eben nicht weht.

(Abg. Anton Baron AfD: Die SPD weiß gar nicht, dass der Strom aus der Steckdose kommt!)

Ein Windrad in Norddeutschland produziert wirtschaftlicher Strom, als dies im Süden der Fall ist. Es gibt in Norddeutschland mehr Wind. Aber bis die Kilowattstunde bei uns im Süden ankommt – da gebe ich der Kollegin Schweizer völlig recht –, wird sie dann teilweise teurer, als wenn man den Strom im Süden produziert.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Genau!)

– Genau. – Deshalb geht der Ausbau auch voran. 40 Windräder im Jahr 2025, 204 MW am Netz, der höchste Zubau seit 2021 – insgesamt 848 Windräder. Millionen von Menschen werden in diesem Land mit aus Windenergie erzeugtem Strom versorgt. Darauf kann man auch mal stolz sein. Man muss nicht immer alles schlechtreden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mein Eindruck: Die Energiewende wird nicht daran scheitern, dass uns die noblen Ziele fehlen. Vielmehr gerät sie dann in Schwierigkeiten, wenn Menschen und Betriebe ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können oder den Eindruck haben, dass Politik an der Lebensrealität vorbeigeht.

Jetzt kommen noch zwei steile Thesen zum Schluss – das habe ich versprochen.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ja!)

Ich bin der Überzeugung, dass nicht jeder Mensch, der in unserem Land AfD wählt, das ähnlich sieht wie Alice Weidel und sagt: Wir reißen alle Windräder nieder.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So sieht es aus!)

Wir sind hier noch immer im Land der Schwaben. Es gibt hier, meine ich, einige Menschen, die sagen werden: Heilandsack! Liebe Leute, jetzt haben wir die Dinger gebaut. Gezahlt haben wir sie auch. Teuer waren sie auch.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Mit Kernkraftwerken wäre es genauso! Die reißen Sie ab!)

Deswegen sage ich diesen Menschen: Die lassen wir genau dort stehen, wo sie sind. Warum? Weil es wirtschaftlich vernünftig ist und weil sie einen wichtigen Beitrag für eine unabhängige Energieversorgung in der Heimat leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich glaube auch nicht, dass jeder Mensch, der die Grünen wählt – das will ich auch sagen –, davon begeistert ist, wenn installierte Windräder teilweise monatelang nicht laufen, weil

ein Vogel oder eine Fledermaus in der Nähe gesichtet wurde. Aber: Deshalb arbeiten wir ja gemeinsam an Lösungen und guten Kompromissen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, genau! Wann kommen die?)

Dafür braucht es auch uns. Ausbau der erneuerbaren Energien mit Maß und Ziel, immer mit Blick auf Familien und auf die Betriebe in unserem Land. Deshalb machen wir jetzt weiter. Es gibt noch viel zu tun. Ich würde sagen: Ran an die Arbeit. Packen wir es an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Grammel zu seiner ersten Rede das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Andreas Grammel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer wissen möchte, wie wenig ein demokratisch erarbeiteter Regionalplan vor Ort wert zu sein scheint, schaut in den Landkreis Freudenstadt und dort in den Ortsteil Besenfeld. Dort stehen bereits zahlreiche Windräder. Der Gemeinderat hat den von oben verordneten Beitrag übererfüllt. Bürger, Gemeinderat und Bürgermeister haben dort deutlich gemacht: Es reicht. Es geht um Landschaft, den Schutz von Quellen und die berechtigten Interessen der Menschen, die dort leben.

Und was geschah? Das Landratsamt Freudenstadt genehmigte vier weitere Industrieanlagen genau einen Tag, bevor der neue Teilregionalplan Windkraft in Kraft trat. Flächen, die darin herausgenommen wurden, sollten künftig gerade nicht mehr für solche Anlagen zur Verfügung stehen. Der Landrat verwies auf das Ende der Einwendungsfrist und einen rechtlichen Anspruch auf Genehmigung. Ob das rechtmäßig war, muss gegebenenfalls ein Gericht klären.

Politisch bleibt die Frage: Was ist ein Regionalplan wert, wenn kurz vor seinem Inkrafttreten Tatsachen geschaffen werden, die seine Wirkung vor Ort unterlaufen?

(Beifall bei der AfD)

Das ist kein Verwaltungsdetail. Es geht um die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns.

Werte Abgeordnete, die Landesregierung verfolgt unbeirrt ein beschleunigtes Ausbauziel. Die vorliegende Drucksache zeigt, wohin die Reise gehen soll. Und alle links der bürgerlichen, demokratischen AfD machen brav mit. Wir hingegen halten das für falsch. Geschenkt, dass die ganz linke Splittergruppe nicht einmal weiß, wer für die entsprechenden Ausschreibungsverfahren zuständig ist. Kleiner Tipp: Es ist nicht die Deutsche Energie-Agentur.

Bereits im Jahr 2020 kritisierte unser viel zu früh verstorbener Parteifreund Klaus Dürr gegenüber Minister Untersteller den offensichtlich fehlerhaften Windatlas 2019. Im Jahr 2023 griff unsere Fraktion das Thema mit der Drucksache 17/5136 erneut auf. Dass unsere Bedenken nicht aus der Luft gegriffen waren, zeigt Reutlingen. Mit Ihrer Genehmigung zitiere ich den „Reutlinger General-Anzeiger“ vom 27. Oktober:

Aus für Windpark auf dem Käpfle

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Die gemessene mittlere Windgeschwindigkeit liege deutlich unter den Werten des Windatlas Baden-Württemberg. Harte Zahlen zur tatsächlichen Abweichung fehlen leider – und das bei einem widersinnigen Referenzertragsmodell, welches Mehreinnahmen trotz geringerer und nicht bedarfsgerechter Stromlieferungen ermöglicht.

Die Zahlen zum Ausbau sind ebenfalls bezeichnend. Zum 27. Juli 2026 waren in Baden-Württemberg 848 Windenergieanlagen mit rund 2,24 GW installiert. Weitere 1 770 Anlagen befanden sich in Planung. Für 1 316 Anlagen lagen Genehmigungsanträge vor. 236 Anlagen waren genehmigt. Das sind erschreckende Zahlen, die mit verlässlicher Stromversorgung wenig zu tun haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Michael Joukov GRÜNE)

Denn installierte Nennleistung ist nicht dasselbe wie jederzeit verfügbare Leistung. Abregeln kann man Windräder, aber nicht bedarfsgerecht hochfahren. Wetter und Physik lassen sich nicht durch politische Beschlüsse verändern.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! – Zuruf von der AfD: So ist es! – Abg. Anton Baron AfD: Das müssen sich die Grünen aufschreiben! Schön aufschreiben!)

Bei einem angenommenen optimistischen Kapazitätsfaktor von 22 % bleiben von 2,24 GW installierter Leistung im Jahresdurchschnitt gerade einmal 0,49 GW übrig.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Was? Wirklich? Das ist ja erschreckend, diese Zahl!)

Die entscheidende Frage ist also nicht, wie viele Anlagen Sie möglichst schnell genehmigen, sondern: Was kostet dieses System insgesamt?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Wie zuverlässig versorgt es Bürger und Unternehmen? Und: Wie viel Natur und Landschaft wollen Sie dafür opfern?

Wer Windkraft als günstige Stromerzeugung bezeichnet, darf nicht nur auf die Kosten einzelner Anlagen schauen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Dazu gehören Netzausbau, Redispatch, Abregelung, Ausgleich bei fehlendem Wind und die Kosten gesicherter Stromversorgung. Wer diese Posten ausblendet, liefert keine volkswirtschaftliche Rechnung.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ganz genau!)

Schließen Sie jetzt einen neuen Stromvertrag ab, dann wissen Sie, was eine Kugel Eis mittlerweile jeden Monat kostet.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Die Kugel Eis!)

(Andreas Grammel)

Auch regionale Wertschöpfung ist kein Freibrief. Einnahmen für Kommunen, Projektierer, Banken oder Grundstückseigentümer, bezahlt vom Strom- und Steuerzahler, ersetzen nicht die Zustimmung einer Gemeinde. Und sie beantworten nicht die Frage, wer die Folgen für Landschaft, Anwohner, geschützte Tierarten und Wasserreserven trägt.

Gerade Besenfeld zeigt: Akzeptanz lässt sich nicht verordnen. Sie entsteht durch nachvollziehbare Entscheidungen, faire Verfahren und die Bereitschaft, Grenzen anzuerkennen.

Deshalb fordern wir eine Energiepolitik mit einer ehrlichen Gesamtkostenrechnung,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Oh, dann ist es vorbei mit Wind und Solar!)

einer realistischen Bewertung der Versorgungssicherheit und einem wirksamen Schutz kommunaler Interessen. Regionalplanung darf nicht zur Kulisse werden, während im Genehmigungsverfahren bereits Fakten geschaffen werden. Wir sind gegen einen Windkraftausbau, der die Interessen der Menschen vor Ort systematisch hinter übergeordnete Ausbauziele zurückstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Genau!)

Auch und gerade Besenfeld ist deshalb mehr als ein lokaler Streit um vier Räder. Es ist ein Prüfstein dafür, ob Planung, kommunale Selbstbestimmung und demokratische Beteiligung noch etwas gelten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Sehr gut! – Bravo!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Walker.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Systemkosten, das ist entscheidend! Was kostet 1 kWh Solarstrom nachts um drei? Oje!)

Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte sich ja mal die Frage stellen:

(Abg. Miguel Klauß AfD: Oh ja!)

Was kostet die Volkswirtschaft Deutschland derzeit der Einkauf von Öl und Gas? Nach den internationalen Krisen und mitten in den internationalen Krisen, die wir gerade erleben, sind die Preise extrem gestiegen. Das wird auch die Menschen im Land, die Bürgerinnen und Bürger, in diesem Winter ganz konkret belasten,

(Zurufe von der AfD: Steuern!)

weil der Gaspreis natürlich an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wird. Sie könnten sich mal die Frage stellen: Was kostet es eigentlich unsere Volkswirtschaften, dass wir mit der Endlagerung von Müll aus der Erzeugung von Atomenergie, die Sie ja befürworten,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut! Brauchen wir ja!)

über Hunderttausende Jahre Sorge tragen müssen, dass dieser Atommüll keinerlei Schaden in der Biosphäre anrichtet?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Aber der ist ja schon da! Aber wir brauchen ja ein Endlager!)

Weil Sie die Themen Wasser, Landschaftsbild und „Schöne grüne Umgebung“ ansprechen, möchte ich Ihnen ganz klar sagen:

(Abg. Miguel Klauß AfD: Aber der Müll ist schon da!)

Bei der Atomenergie sagen Sie, das sei alles kein Problem, und ich sage Ihnen: Die Atomenergie ist die gefährliche Energie, sie ist die teure Energie, und sie macht uns abhängig von Importen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Dazu ist doch ganz klar, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Wertschöpfung hier im Land hält.

(Unruhe bei der AfD)

Wir wollen eben nicht Gas in Russland einkaufen,

(Zuruf von der AfD: Aus Katar!)

wir wollen auch nicht abhängig sein von irgendwelchen LNG-Terminals.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Herren Abgeordnete aus der AfD-Fraktion, bisher waren alle anderen sehr sachlich und ruhig. So sollten wir fortfahren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, dann soll sie auch sachlich bleiben! – Abg. Dennis Klecker AfD: Es wäre schön, wenn auch die Ministerin sachlich bleiben würde! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Nein, Sie sind zu laut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Herr Abg. Baron, Sie sind eindeutig zu laut. Erst einmal zuhören, und wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, können Sie sich gern melden. Dann entscheidet die Ministerin, ob sie die zulässt oder nicht. Ansonsten hören Sie bitte zu oder gehen aus dem Saal, wenn es Ihnen gar nicht passt.

Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Manche Leute können halt Daten und Fakten nicht so gut vertragen,

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD)

wenn sie nicht in die eigene Ideologie passen.

Aber ich möchte einfach noch einmal auf das Thema und die Sachen zurückkommen, die ja für das Land sehr wichtig sind. Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht uns unabhängiger. Die Gestehungskosten – das ist klar – sind immerhin 40 % des Energiepreises; das ist der größte Einzelfaktor. Sie werden über die Jahre gegenüber dem, was wir heute einkaufen müssen und was nicht die Wertschöpfung im Land hält,

(Ministerin Thekla Walker)

sondern anderswohin transferiert wird, deutlich reduziert werden können. Mit dem Ausbau bekommen wir es hin, dass wir hier auch die lokale und regionale Wirtschaft stärken.

Dazu kommt noch, dass die Wirtschaft, die Unternehmen längst den Ausbau der erneuerbaren Energien, auch die sichere Verfügbarkeit als Standortfaktor betrachten

(Abg. Miguel Klauß AfD: Die gehen doch alle!)

und sich darum sorgen, ob sie das mit den Netzanschlüssen und mit dem, was sie an Energie brauchen, was sie auch selbst ausbauen – z. B. auf den Dächern ihrer Werke –, hinbekommen. Das wird quasi täglich an uns, an die Landesregierung herangetragen, und wir kümmern uns mit der Taskforce „Netzausbaubeschleunigung“ darum, dass die Wirtschaft hier in Baden-Württemberg Energie zur Verfügung hat, auch die Anschlüsse bekommt. Das ist der Kurs, und das ist Industriepolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD)

Die Leistungen der Windenergieanlagen, die im Moment in Betrieb sind, sind schon doppelt so hoch wie die Leistungen der jetzt bestehenden Gaskraftwerke.

(Zuruf von der AfD: Aber liefern nicht so viel wie die Gaskraftwerke!)

Freilich – das möchte ich auch ganz klar sagen – hat niemals jemand gesagt, wir würden uns ausschließlich mit heimischer erneuerbarer Energie versorgen. Das ist ja völlig klar. Ein modernes Energiesystem beinhaltet natürlich weiterhin, dass wir Strom hierher nach Baden-Württemberg bringen. Wir wollen den Wasserstoffausbau,

(Zuruf von der AfD: Atomstrom!)

wir wollen flexible Gaskraftwerke, die dann auch Wasserstoff nutzen. Das ist ein modernes Energiesystem, inklusive der Speichertechnologien, die heute zur Verfügung stehen, der digitalen, intelligenten Systeme. Es ist ein hoch flexibles und vor allem sehr effizientes Energiesystem, das uns viel Primärenergie einsparen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Luftschlösser!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein aus der AfD-Fraktion zu oder nicht?

Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker: Zu diesem letzten Tagesordnungspunkt würde ich meine Rede gern zügig zu Ende halten. Wir haben im Ausschuss viel Gelegenheit, das zu diskutieren, und Sie hatten ja gerade Ihre Redezeit und konnten Ihre Argumente vortragen.

(Zuruf von der AfD)

Ich möchte jetzt auf den Status quo in Baden-Württemberg zurückkommen. Wir haben in der Tat 1 754 Anlagen in der Pipeline. Aber was heißt „in der Pipeline“? Das heißt, dass man sich vor Ort damit auseinandergesetzt hat, dass man geprüft hat, geplant hat, auch Bürgerinnen und Bürger einbezogen worden sind und Projektierer für die Beantragung der Anlagen Flächen sicherstellen mussten.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Aber sie geben sie jetzt wieder zurück!)

Das sind also nicht irgendwie Fantasieprojekte. Das möchte ich klarstellen. Da sind Hunderttausende Euro Planungsgelder hineingeflossen.

Mein Anliegen ist es, jetzt dafür zu sorgen, dass das nicht einfach nur in irgendeiner Tabelle steht. Vielmehr müssen die Anlagen in Betrieb genommen werden, sie müssen uns hier mit Energie versorgen. Darin sind wir uns ja auch sicherlich einig, Herr Dr. Weirauch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich finde, das kann man schon sagen, einfach weil ja gestern hier argumentiert wurde – oder heute, das weiß ich schon gar nicht mehr –: Klimaziele, erreichen Sie das?

Bei der Windenergie ist es derzeit so: Unser Klimaziel würde bedeuten, dass wir bis zum Jahr 2030 auf 6 GW kommen müssen. Wir haben jetzt 8 GW in der Planung. Wahrscheinlich werden nicht alle diese Projekte realisiert – das ist einfach nicht realistisch; das hat auch unterschiedliche Gründe; das hat manchmal auch etwas mit der Flächenverfügbarkeit zu tun. Aber im Kern ist es zumindest rechnerisch so, dass wir sehen: Wir haben eine hohe Dynamik. Viele Unternehmen – denn Windkraftprojektierer sind halt auch Unternehmer – sehen hier am Standort große Chancen, auch wirtschaftlich, Windenergie zu produzieren und damit auch Projekte zu realisieren.

Unser Job ist jetzt – – Denn im Moment wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Berlin verhandelt,

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

und das ist auch notwendig; denn die EU sagt: So, wie es bisher gelaufen ist, kann es nicht mehr weitergehen. Wir brauchen also auch neue Mechanismen, wenn z. B. der Strompreis extrem absinkt, und vieles mehr. Fakt ist aber: Jetzt liegt etwas vor, für das wir aus Baden-Württemberg uns massiv starkgemacht haben, z. B. auch mit anderen Bundesländern gemeinsam im Bundesrat. Wir haben also sehr viel dafür getan und uns da wirklich sehr in die Bresche geworfen, damit wir für Süddeutschland ein besseres Vergütungsmodell bekommen. Wenn das nicht zieht, wenn diese Projekte damit also durch die Ausschreibung hier nicht realisiert werden können, muss man darauf aufbauend auf eine Quote von 20 % kommen.

Jetzt bin ich sehr froh darüber – das möchte ich hier auch sagen –, dass wir da mit Bayern gemeinsam an einem Strang gezogen haben.

Ich möchte heute auch sagen: Es tut mir wirklich wahnsinnig leid. Ich bin echt geschockt über den Tod von Hubert Aiwanger, der ja gestern plötzlich unerwartet in Berlin gestorben ist. Ich habe sehr intensiv mit ihm zusammengearbeitet. Uns verbindet sonst politisch nicht so viel, aber bei diesem Thema war es wirklich eine pragmatische Zusammenarbeit, und das zeigt eben auch: Hier geht es wirklich um die Sache; hier geht es um den Wirtschafts- und Industriestandort. Und es zeigt

(Ministerin Thekla Walker)

doch auch: Da geht es einfach um eine Frage der Vernunft und nicht um eine Frage der Ideologie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist für uns im Moment einfach am wichtigsten, natürlich neben anderen Faktoren, auch in Baden-Württemberg immer weiter zu schauen: Wie können wir da noch besser werden? Das ist ja nicht etwas, was einmal mit einer Taskforce abgeschlossen ist; gar keine Frage.

Wie gesagt: Netzausbaubeschleunigung ist natürlich auch noch einmal ein sehr wichtiges, ein sehr großes Thema. Aber wir wollen jetzt eben alles dafür tun, dass diese Projekte realisiert werden können und damit das, was man sich auch auf kommunaler Ebene dort erarbeitet hat, natürlich auch Einnahmen, die damit verbunden sind – – Das wissen wir doch alle: Gerade für die Kommunen in unserem Land ist es sehr, sehr wichtig, dass sie auch mit bestimmten Einnahmen rechnen können, die dann zusätzlich in die Kassen fließen und die Haushaltssituation verbessern. Das ist einfach nur positiv für das Land Baden-Württemberg.

Deswegen hoffe ich, dass wir da alle gemeinsam weiterhin an einem Strang ziehen, egal, ob in Baden-Württemberg vor Ort oder in Berlin. Da, wo wir unsere Kontakte haben, da, wo wir Einfluss nehmen können, sollten wir das jetzt tun. Ich hoffe, dass sich dann in den nächsten Jahren noch einige Windräder mehr hier bei uns im Süden drehen werden

(Abg. Miguel Klauß AfD: Bitte nicht!)

und dass das geschieht, was wir auch versprochen haben, nämlich diesen Ausbau endlich in die richtige Richtung zu bringen, zu beschleunigen. Es ist wichtig, dass wir das dann auch wirklich in der Landschaft sehen.

Ich danke Ihnen jetzt für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Schöne Märchenstunde zum Schluss!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 18/275. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe die **Punkte 9 und 10** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 9

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 18/613

Punkt 10

Kleine Anfragen

Zu Punkt 9 stelle ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Der unter Punkt 10 aufgeführte Tagesordnungspunkt „Kleine Anfragen“ hat sich erledigt, da alle für die heutige Plenarsitzung relevanten Kleinen Anfragen beantwortet wurden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 9. Dezember 2026, um 10:00 Uhr statt.

Vielen Dank. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Passen Sie auf sich auf, bleiben Sie gesund.

Schluss: 16:25 Uhr

Anlage 1

Vorschlagsliste Nr. 1

Vorschlag der Fraktion GRÜNE

für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung

Name	Vorname	Wohnort
1. Schwarz MdL	Andreas	Kirchheim unter Teck
2. Aras MdL	Muhterem	Stuttgart
3. Özdemir MdL	Cem	Stuttgart
4. Ehrmann	Gabriele	Stuttgart
5. Engler	Hartmut	Bietigheim-Bissingen
6. Kazmaier	Linn	Lenningen
7. Leibinger-Kammüller	Nicola	Gerlingen
8. Nüsslein-Volhard	Christiane	Tübingen
9. Rademann	Hans-Christoph	Stuttgart
10. Reger	David	Metzingen
11. Resch	Barbara	Stuttgart
12. Tadix	Sara	Kernen im Remstal
13. Döllmann	Benedikt Georg Daniel	Tübingen
14. Boser MdL	Sandra	Wolfach
15. Lede Abal MdL	Daniel	Tübingen
16. Hagmann MdL	Sarah	Lörrach
17. Haggenmüller MdL	Pascal	Mannheim
18. Holmberg MdL	Cindy	Reutlingen
19. Poreski MdL	Thomas	Reutlingen
20. Krebs MdL	Petra	Wangen im Allgäu
21. Keune MdL	Kai	Ettlingen
22. Resch MdL	Clara	Heidenheim

Name	Vorname	Wohnort
23. Hahn MdL	Martin	Überlingen
24. Gericke MdL	Silke	Ludwigsburg
25. Tok MdL	Tayfun	Murr
26. Evers MdL	Daniela	Titisee-Neustadt
27. Bayer MdL	Gerd	Niederstetten
28. Braun MdL	Martina	Furtwangen im Schwarzwald
29. Joukov MdL	Michael	Ulm
30. Maier	Katja	Westhausen-Lippach
31. Seifert MdL	Maren	Offenburg
32. Dr. Belling MdL	Daniel	Leonberg
33. Lindlohr MdL	Andrea	Esslingen am Neckar
34. Nentwich MdL	Ralf	Murrhardt
35. Achterberg MdL	Gudula	Leingarten
36. Nüssle MdL	Niklas	Wutöschingen
37. Olschowski MdL	Petra	Stuttgart
38. Kollmann MdL	Florian	Heidelberg
39. Wiech MdL	Anna	Ravensburg
40. Hildenbrand MdL	Oliver	Stuttgart
41. Frank MdL	Saskia	Rielasingen-Worblingen
42. Eichin MdL	Artur	Rottweil

4.11.2026

Andreas Schwarz und Fraktion

Anlage 2

Vorschlagsliste Nr. 2

Vorschlag der Fraktion der CDU

für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung

Name	Vorname	Wohnort
1. Vogt MdL	Tobias	Kirchheim am Neckar
2. Hagel MdL	Manuel	Ehingen an der Donau
3. Würth	Reinhold	Niedernhall-Hermersberg
4. Barreto	Claudemir Jerônimo (Cacau)	Korb
5. Strobl MdL	Thomas	Heilbronn
6. Boos MdL	Ilona	Meßkirch
7. Braun MdL	Andreas	Unterkirnach
8. Dr. Breitkreuz MdL	Tim	Schwäbisch Hall
9. Professor Dr. Bruns MdL	Alexander	Überlingen
10. Dvořák-Vučetić MdL	Regina	Böblingen
11. Gunzelmann MdL	Nico	Wiernsheim
12. Herzog MdL	Simon	Lauchringen
13. Hirsch MdL	Carl Christian	Nagold
14. Kolb MdL	Michael	Heidenheim an der Brenz
15. Dr. Menton MdL	Maximilian	Reutlingen
16. Dr. Merkel MdL	Katrin	Kappelrodeck
17. Rathgeb MdL	Isabell	Stimpfach
18. Renner MdL	Andreas	Pforzheim-Eutingen
19. Rommelspacher MdL	Antje	Ravensburg
20. Saladino MdL	Lorenzo	Ettlingen
21. Schneider MdL	Mario	Ulm-Lehr
22. Dr. Schneider MdL	Bastian	Ladenburg

Name	Vorname	Wohnort
23. Dr. Schwarz MdL	Thorsten	Bruchsal
24. Steege MdL	Maren	Filderstadt
25. Dr. Steinat MdL	Jens	Weissach
26. Stetter MdL	Christoph	Stockach
27. Stickel MdL	Albrecht	Herrenberg-Kuppingen
28. Tietze MdL	Lukas	Tamm
29. Wernet MdL	Stefanie	Waldkirch-Siensbach
30. Maier	Katja	Westhausen-Lippach
31. Dr. Becker MdL	Alexander	Ötigheim
32. von Loga MdL	Cornelia	Baden-Baden
33. Deuschle MdL	Andreas	Esslingen
34. Mack MdL	Winfried	Ellwangen
35. Teufel MdL	Stefan	Zimmern ob Rottweil
36. Dr. Schütte MdL	Albrecht	Bammental
37. Mayr MdL	Ansgar	Stutensee
38. Dr. Pfau-Weller MdL	Natalie	Kirchheim unter Teck
39. Hailfinger MdL	Manuel	Sonnenbühl
40. Schindele MdL	Katrin	Baiersbronn
41. Razavi MdL	Nicole	Salach
42. Dr. Hoffmeister-Kraut MdL	Nicole	Balingen
43. Gentges MdL	Marion	Zell am Harmersbach
44. Jung	Andreas	Konstanz
45. Oppelt	Moritz	Neckargemünd
46. Lorek MdL	Siegfried	Winnenden
47. Haser MdL	Raimund	Kißlegg-Immenried
48. Dörflinger MdL	Thomas	Ummendorf
49. Schweizer MdL	Sarah	Göppingen

Name	Vorname	Wohnort
50. Bückner MdL	Tim	Abtsgmünd-Untergröningen
51. Epple MdL	Konrad	Ditzingen
52. Gehring MdL	Christian	Kernen im Remstal
53. Hauk MdL	Peter	Adelsheim
54. Huber MdL	Isabell	Wüstenrot
55. Dr. Preusch MdL	Michael	Eppingen
56. Dr. Rapp MdL	Patrick	Oberried
57. Professor Dr. Reinhart MdL	Wolfgang	Tauberbischofsheim
58. Schebesta MdL	Volker	Offenburg
59. Staab MdL	Christiane	Walldorf
60. Sturm MdL	Andreas	Neulußheim
61. Wolf MdL	Guido	Tuttlingen

4.11.2026

Tobias Vogt und Fraktion

Anlage 3

Vorschlagsliste Nr. 3

Vorschlag der Fraktion der AfD

für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung

Name	Vorname	Wohnort
1. Boutakoglou MdL	Nikolaos	Stuttgart
2. Freiherr von Wangenheim MdL	Uwe	Stuttgart
3. Baur MdL	Hans-Peter	Stuttgart
4. Klauß MdL	Miguel	Stuttgart
5. Hegel MdL	Chris	Stuttgart
6. Knorr MdL	Emely	Stuttgart
7. van Ryt MdL	Sebastian	Stuttgart
8. Grammel MdL	Andreas	Stuttgart
9. Stein MdL	Udo	Stuttgart
10. Pepperl MdL	Bernhard	Stuttgart
11. Lindenschmid MdL	Daniel	Stuttgart
12. Ernst MdL	Rüdiger	Stuttgart
13. Eisenhut MdL	Bernhard	Stuttgart
14. Kuhs MdL	Joachim	Stuttgart
15. Köhler MdL	Christian	Stuttgart
16. Köthe MdL	Stephan	Stuttgart
17. Schwarz MdL	Stephan	Stuttgart
18. Sänze MdL	Emil	Stuttgart
19. Haug MdL	Carmen	Stuttgart
20. Schäfer MdL	Christian	Stuttgart
21. Rothweiler MdL	Martin	Stuttgart
22. Klecker MdL	Dennis	Stuttgart

Name	Vorname	Wohnort
23. Kolb MdL	Karlheinz	Stuttgart
24. Rottmann MdL	Daniel	Stuttgart
25. Wolle MdL	Carola	Stuttgart

4.11.2026

Martin Rothweiler und Fraktion

Anlage 4

Vorschlagsliste Nr. 4

Vorschlag der Fraktion der SPD

für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 18. Bundesversammlung

Name	Vorname	Wohnort
1. Dr. Kliche-Behnke MdL	Dorothea	Tübingen
2. Sigg MdL	Viviane	Freiburg
3. Fink MdL	Nicolas	Esslingen
4. Kirschbaum MdL	Simone	Backnang
5. Wulff MdL	Annkathrin	Pforzheim
6. Dr. Weirauch MdL	Boris	Mannheim
7. Dr. Fulst-Blei MdL	Stefan	Mannheim
8. Steinhülb-Joos MdL	Katrin	Stuttgart
9. Stoch MdL	Andreas	Heidenheim

4.11.2026

Sascha Binder und Fraktion